



Notfallplan Erdgas für die Bundesrepublik Deutschland

**nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2017/1938
des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017
über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung
und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010**

**sowie nach Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/1369 des Rates vom
05. August 2022 über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage**

Berlin, 14. Juli 2023

Inhalt

Vorbemerkungen	5
1. Überblick über die Rahmenbedingungen für Krisen- und Notfallmanagement im Gassektor in Deutschland	9
2. Festlegung der Krisenstufen.....	11
I. Frühwarnstufe (Frühwarnung)	11
II. Alarmstufe (Alarm).....	12
III. Notfallstufe (Notfall)	14
2.1. Indikatorensystem zur Lagebewertung der BNetzA.....	16
2.2. Entscheidungsgrundlage für die Ausrufung der Krisenstufen durch das BMWK bzw. die Bundesregierung	19
3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen	20
3.1. Frühwarnstufe: Maßnahmen und Bewältigung der Engpasssituation	20
3.1.1. Maßnahmen, ihre Hauptakteure und entsprechende Informationsflüsse zwischen den Akteuren nach Ausrufung der Frühwarnstufe durch das BMWK	20
3.1.2. Voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen des Ereignisses oder zur Vorbereitung auf ein Ereignis vor seinem Eintritt, die zur Ausrufung der Frühwarnstufe geführt haben	21
3.2. Alarmstufe: Maßnahmen und Bewältigung der Engpasssituation.....	21
3.2.1. Maßnahmen, ihre Hauptakteure und entsprechende Informationsflüsse zwischen den Akteuren nach Ausrufung der Alarmstufe durch das BMWK.....	21
3.2.2. Voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen des Ereignisses oder zur Vorbereitung auf ein Ereignis vor seinem Eintritt, die zur Ausrufung der Alarmstufe geführt haben.....	22
3.3. Maßnahmen im Rahmen der Frühwarn- und Alarmstufe in den Jahren 2022 und 2023.....	23
3.4. Notfallstufe: Hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen sowie Bewältigung der Engpasssituation.....	23
3.4.1. Vorab festgelegten Maßnahmen, die auf der Angebots- und der Nachfrageseite ergriffen werden müssen, damit im Notfall Erdgas zur Verfügung steht	24
A. Marktbasierte Maßnahmen in der Notfallstufe	24
B. Hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen in der Notfallstufe nach VO (EU) 2017/1938	24
3.4.2. Einschränkende Bedingung bei der Umsetzung von Maßnahmen	27
3.4.3. Einbezug des Katastrophenschutzes	27
3.4.4. Voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen des Ereignisses oder zur Vorbereitung auf ein Ereignis vor seinem Eintritt, das zur Ausrufung der Notfallstufe geführt hat.....	27
3.4.5. Entschädigungsregelung im Fall einer Enteignung von Erdgas.....	27
4. Marktbasierte Maßnahmen der Marktakteure im Vorfeld und während Engpasssituationen	29
4.1. Marktbasierte Maßnahmen der Gashändler und -lieferanten	29

Inhalt

4.2.	Marktbasierte Maßnahmen der Fernleitungs- (FNB) und Verteilnetzbetreiber (VNB) und ihre Umsetzung.....	30
5.	Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe	34
5.1.	Handlungsoptionen des BLastV zur Auflösung von Engpasszonen: Ausspeicherverfügungen, Kürzungen bei Letztverbrauchern durch Allgemein- und Individualverfügungen.....	35
5.1.1.	Konzept zur Handlungsoption Ausspeicherverfügungen	36
5.1.2.	Konzept zur Handlungsoption Kürzungen bei Letztverbrauchern.....	36
5.2.	Weitere Handlungsoptionen des BLastV zur Auflösung von Engpasszonen	39
5.2.1.	Erhöhung des Angebots	39
5.2.2.	Reduktion der Nachfrage.....	39
5.3.	Bilanzierung durch den Bundeslastverteiler.....	39
5.4.	Abwägungsentscheidungen des Bundeslastverteilers.....	40
5.4.1.	Anwendung und Ermittlung von Abwägungskriterien	40
5.4.2.	Situationsbedingtes Handeln	41
6.	Sicherheitsplattform Gas (SiPla) zur Abwicklung von marktbasieren und nicht-marktbasierten Maßnahmen.....	43
7.	Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in den Krisenstufen.....	45
7.1.	Beschreibung der Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in der Frühwarn- und in der Alarmstufe	45
7.2.	Beschreibung der Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in der Notfallstufe	45
8.	Besondere Maßnahmen für den Stromsektor und für den Fernwärmesektor	48
8.1.	Fernwärmesektor.....	48
8.2.	Versorgung mit durch Erdgas erzeugtem Strom.....	48
9.	Krisenmanager und Krisenteam Erdgas.....	51
9.1.	Benennung von Krisenmanagern	51
9.2.	Aufgabe und Organisation des Bundes-Krisenteams Erdgas.....	51
9.3.	Organisation des Krisenstabs bei der BNetzA.....	52
10.	Aufgaben und Zuständigkeiten verschiedener Akteure	54
10.1.	Struktur und Akteure des deutschen Erdgasmarkts	54
10.2.	Marktrolle in Engpasssituationen im Kontext wettbewerblicher Entflechtung	55
11.	Notfalltests.....	57
12.	Regionale Dimension	59
12.1.	Mechanismen für die Zusammenarbeit	59
12.2.	Kürzung von grenzüberschreitenden Flüssen im Rahmen ihrer Rolle der BNetzA als Bundeslastverteiler in einer akuten Engpasssituation.....	60
12.3.	Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten in einer akuten Engpasssituation	61

Inhalt

I.	Anhang: Schätzung der Gasmengen, die von durch Solidarität geschützten Kunden verbraucht werden können	65
II.	Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus	68
III.	Anhang: Musterprotokoll für die Sitzungen des Krisenteams Gas.....	74
IV.	Anhang: Voraussetzungen für den Abruf von marktbasiertem und nicht-marktbasiertem Solidaritätsgas gemäß VO (EU) 2017/1938 aus Deutschland durch infrastrukturell mit Deutschland verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien	77
	Abkürzungsverzeichnis.....	80

Vorbemerkungen

Die Erdgasversorgung in Deutschland ist in hohem Maße sicher und zuverlässig.

Die Bundesrepublik Deutschland erstellt gemäß Artikel 8 der *Verordnung (EU) 2017/1938 des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010* und im Kontext einer guten Krisenvorbereitung den Notfallplan Gas gemäß den Anforderungen des Artikels 10 sowie dem Anhang VII der VO (EU) 2017/1938. Die VO (EU) 2017/1938 stärkt den Erdgasbinnenmarkt der Europäischen Union und sorgt für den Fall einer Versorgungskrise mit einem einheitlichen Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten vor.

Darüber hinaus enthält dieser Notfallplan die durch Deutschland im Jahr 2022 umgesetzten freiwilligen Maßnahmen zur Nachfragesenkung gemäß Artikel 8 Absatz 2 der bis zum 31. März 2024 befristeten *Verordnung (EU) 2022/1369 des Rates vom 05. August 2022 über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage*.

Die Anmerkungen der EU-Kommission vom 18. Februar 2020 zum am 17. Oktober 2019 notifizierten Notfallplan Gas wurden berücksichtigt.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ist für die Erstellung des vorliegenden Notfallplans Gas die für die Bundesrepublik Deutschland verantwortliche Behörde gemäß § 54a Absatz 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).

Zur vorliegenden Aktualisierung des Notfallplans wurden gemäß Artikel 8 Absatz 6 VO (EU) 2017/1938 die zuständigen Behörden aller direkt verbundenen EU-Mitgliedstaaten wie Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen und Tschechien konsultiert sowie darüber hinaus Mitglieder der Risikogruppen, in denen Deutschland Teil ist wie Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Ungarn, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Schweden, Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Irland, Spanien, Portugal und darüber hinaus die Schweiz.

Als am 24. Februar 2023 die Russische Föderation einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, einer Vertragspartei der Energiegemeinschaft, begann, änderten sich die Voraussetzungen für die Bewertung der Versorgungssicherheit in Deutschland und in der EU. Im Verlauf des Jahres 2022 erschwerte Russland zunächst den Bezug von Erdgas durch Einführung von Bestimmungen zur Zahlung in Rubel und die Sanktionierung vormaliger russischer Staatsunternehmen in Deutschland und Europa. Des Weiteren reduzierte sich zuerst schrittweise die direkte Versorgung Deutschlands über die Nord Stream 1-Pipeline; die Einstellung des Transits über die Yamal-Pipeline über Polen und die Reduzierung des Ukraine-Transits verringerten darüber hinaus die Versorgung West- und Osteuropas mit Erdgas. Mit der Zerstörung der Nord Stream 1-Pipeline Ende September 2022 und der Beendigung der Wartung des Belarus-Polnischen Yamal-Grenzübergangs ist auch langfristig die infrastrukturell naheliegende Versorgung von Deutschland mit russischem Pipelinegas technisch vollständig ausgeschlossen. Die sich verschlechternden Bezugsbedingungen und die plötzliche Einstellung des Bezugs von Erdgas aus Russland führten dazu, dass Deutschland und die EU ihren Blick auf Versorgungssicherheit mit Erdgas im Jahr 2022 neu ausrichtete und schärfte.

In Deutschland wurde die angespannte Versorgungssituation auf politischer Ebene mit der erstmaligen Ausrufung der Frühwarnstufe am 30. März 2022 sowie mit der Ausrufung

Vorbemerkungen

der Alarmstufe am 23. Juni 2022 durch das BMWK entsprechend des Notfallplan Gas flankiert. Bereits vor der Ausrufung der Frühwarnstufe wurde das fachlich übergreifende Krisenteam Erdgas etabliert, das im Verlauf der Versorgungskrise und im Vorfeld einer Verschlechterung der Versorgungssituation mit Erdgas die Aufgabe hat das BMWK zu beraten. Das Krisenteam Gas stellte insbesondere einen Konsultationsmechanismus zwischen den an der Bewältigung der Krise beteiligten Akteuren sicher und gewährleistete den Austausch der notwendigen Informationen.

Zur konkreten Verhinderung einer Gasmangellage setzte die deutsche Bundesregierung mehrere Maßnahmen um. Dazu zählen die Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (*Kurzfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung*, EnSikuMaV), befristet bis April 2023, und die Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen (*Mittelfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung*, EnSimiMaV), befristet bis Herbst 2024, zur Senkung des Erdgasverbrauchs von Industrie und Haushalten auf ein krisenadäquates Niveau. Verbunden wurde dies mit der öffentlichen Kampagne zum Energiesparen „80 Millionen gemeinsam für Energiewechsel“. Die Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), u.a. zur Einführung von Füllstandsvorgaben für deutsche Erdgasspeicheranlagen, Anpassungen des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) zur besseren Kontrolle und potentiellen Übernahme von Unternehmen der kritischen Energieinfrastruktur sowie die Einführung des Gesetzes zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz, LNGG) und dem darauf folgenden Bau von LNG-Infrastruktur und direktem Import von ersten LNG-Mengen an der deutschen Nord- und Ostseeküste im Dezember 2022/ Januar 2023 stabilisierten die Erdgasversorgung Deutschlands. Darüber hinaus wurden zur Stabilisierung der deutschen Erdgasversorgung der Import von Erdgas aus Belgien, den Niederlanden und Norwegen erhöht sowie das Erfordernis zur Deodorierung von Erdgas aus Frankreich zur Einspeisung in das deutsche Erdgasnetz aufgehoben. So konnte bislang (Stand 14. Juli 2023) eine schwere Gasmangellage adäquat verhindert werden. Die getroffenen Maßnahmen und Planungen zur Krisenvorbereitungen, wie sie in diesem Notfallplan Gas beschrieben sind, werden auch auf absehbare Zeit eine schwere Gasmangellage adäquat verhindern.

Für den Fall, dass sich die Versorgungslage im Jahr 2022 und darüber hinaus zuspitzen sollte, erarbeitete die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA), in Abstimmung mit Marktakteuren und Bundesländern, eine erhebliche Anzahl von Prozessen und Maßnahmen zur Krisenbewältigung. Diese Prozesse und Maßnahmen greifen im Vorfeld und während einer Erdgasmangellage. Sie führen dazu, dass die Konsequenzen einer Mangellage für Industrie und Bevölkerung so gering und die Mangellage so effizient wie möglich bleiben und aufgelöst werden können. Um eine effektive Verteilung von Erdgasmengen in einer Mangellage zu unterstützen, führte die BNetzA und der deutsche Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe GmbH im Herbst 2022 die Sicherheitsplattform Gas (SiPla) ein. Diese digitale Plattform für Datenaustausch und Kommunikation unterstützt den Bundeslastverteiler zum einen bei der nationalen Steuerung von noch zur Verfügung stehenden Mengen und zum anderen die Abwicklung der Solidaritätsverpflichtungen Deutschlands gegenüber mit Deutschland infrastrukturell verbundenen EU-Mitgliedstaaten gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938.

Zur Bewältigung der kritischen Versorgungssituation im Jahr 2022 und mit Blick auf die als kritisch erachteten Winter 2022/23 und 2023/24 wurden die in Deutschland umgesetzten Maßnahmen auf europäischer Ebene komplementiert mit der

Vorbemerkungen

Verabschiedung mehrerer Gas-Notfallverordnungen durch die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission. Hierzu zählten im Wesentlichen die *Verordnung (EU) 2022/1369 des Rates vom 05. August 2022 über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage (Gas-Einspar-VO)*, befristet bis zum 31. März 2024, die *Verordnung (EU) 2022/2576 des Rates vom 19. Dezember 2022 über mehr Solidarität durch eine bessere Koordinierung der Gasbeschaffung, zuverlässige Preis-Referenzwerte und den grenzüberschreitenden Austausch von Gas (Gas-Notfall-VO)*, befristet bis zum 18. Dezember 2023, und die Anpassung der *VO (EU) 2017/1938* bzgl. verpflichtenden Füllstandsziele für Erdgasspeicher.

Die VO (EU) 2017/1938 als grundlegendes Dokument deutscher und europäischer Versorgungssicherheit mit Erdgas sieht ein umfassendes Instrumentarium vor, um den EU-Binnenmarkt für Erdgas zu stärken und ein adäquates Vorsorgeniveau für den Fall einer Versorgungskrise zu erreichen. Darauf aufbauend zeigte der Verlauf der Energie- und primär Erdgaskrise im Jahr 2022 die akute Handlungsfähigkeit zur Krisenbewältigung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum einen durch die Anpassung relevanter krisenmitigierender deutscher und europäischer Normen. Zum anderen stärkte die Zusammenarbeit von Bundesbehörden, Bundesländern, BNetzA und Marktakteuren wie beispielsweise Fernleitungsnetzbetreibern und des deutschen Marktgebietsverantwortlichen Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE), erheblich die Resilienz der deutschen Gasversorgung. Die Bewältigung dieser Versorgungskrise zeigte ganz praktisch, dass die sichere Erdgasversorgung in der EU in der gemeinsamen Verantwortung der Mitgliedstaaten, ihrer zuständigen Behörden und Gasversorgungsunternehmen und der Europäischen Kommission liegt, dass der deutsche Erdgasmarkt nur im infrastrukturellen Verbund mit EU-Nachbarstaaten und darüber hinaus zu betrachten ist und dass eine Versorgungskrise nur gemeinsam aufzulösen ist.

Für die Einordnung des Schweregrads einer Versorgungskrise unterscheidet die VO (EU) 2017/1938 drei Krisenstufen: Frühwarnstufe, Alarmstufe und Notfallstufe. In der Frühwarn- und Alarmstufe sind marktbasierende Maßnahmen der Gasversorgungsunternehmen vorgesehen. Nach der Ausrufung der Notfallstufe durch die Bundesregierung mittels Verordnung können „nicht-marktbasierte Maßnahmen“ als hoheitlicher Eingriff durch die zuständige Behörde ergriffen werden. Darüber hinaus ergänzt die VO (EU) 2017/1938 die Krisenstufen mit Pflichten von Unternehmen sowie den Zuständigkeiten von nationalen Behörden und der EU-Kommission. Ausweislich Artikel 8 Absatz 2 der VO (EU) 2017/1938 haben die Mitgliedstaaten das vorgesehene Krisenmanagement nebst präventiven Maßnahmen im Rahmen von Präventions- und Notfallplänen festzulegen. Das BMWK ist für die Erstellung des Präventions- und Notfallplans zuständig; die BNetzA erstellt die nationale und ggf. regionale Risikobewertung im Rahmen einer Regionalgruppe.

Die Ereignisse und der letztlich bislang abgewendete Versorgungsengpass mit Erdgas im Jahr 2022 und Frühjahr 2023 haben eindrücklich die Notwendigkeit eines abgestimmten und kohärenten Vorgehens auf EU- und nationaler Ebene, wie sie der Notfallplan Gas beschreibt, bewiesen. Im Ausgehen der Gaskrise 2022/23 hat sich die übergreifende Notwendigkeit und Relevanz der in diesem Notfallplan beschriebenen Maßnahmen und Vorgehensweise gezeigt. Vormalig nicht denkbare Ereignisse führten schnell zu einer Gefährdung des Gesamtsystems, die letztlich durch alle Beteiligten aufgelöst werden konnte. In Vorbereitung auf eine mögliche Verschlechterung der

Vorbemerkungen

Versorgungssituation behält adäquate Krisenvorausschau und -vorsorge erhebliche Relevanz und muss weiterhin politisch unterstützt und gefördert werden.

1. Überblick über die Rahmenbedingungen für Krisen- und Notfallmanagement im Gassektor in Deutschland

1. Überblick über die Rahmenbedingungen für Krisen- und Notfallmanagement im Gassektor in Deutschland

Rechtsgrundlagen für die Durchführung der Krisen- und Notfallplanung in Deutschland sind insb. folgende nationale Vorschriften, die die VO (EU) 2017/1938 und im Kontext von Krisenbewältigung erlassene EU-Verordnungen umsetzen:

- Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz, EnWG)
- Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung (Energiesicherungsgesetz, EnSiG)
- Verordnung zur Sicherung der Gasversorgung in einer Versorgungskrise (Gassicherungsverordnung, GasSV)

Gasversorgungsunternehmen haben gemäß § 1 Absatz 1 EnWG insbesondere die Aufgabe, eine möglichst sichere Gasversorgung für die Allgemeinheit sicherzustellen. Darüber hinaus hat die Versorgung von geschützten Kunden in der VO (EU) 2017/1938 einen besonderen Stellenwert (vgl. Anhang III). Die Gasversorgungsunternehmen haben auch im Falle einer teilweisen Unterbrechung der Versorgung mit Erdgas oder im Falle außergewöhnlich hoher Gasnachfrage besonders diesen Kundenkreis mit Erdgas zu versorgen. Diese Verpflichtung ist in Deutschland in § 53a EnWG abgebildet. Die Gasversorgungsunternehmen können dabei auf marktbasierende (netz- oder marktbezogene, nicht hoheitliche) Maßnahmen zurückgreifen (vgl. Kapitel 4).

Eine Versorgung der geschützten Kunden ist nur im Rahmen der Sicherheit und der Zuverlässigkeit des Gasversorgungsnetzes möglich. Den Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern kommt daher im Rahmen ihrer Systemverantwortung für die Sicherstellung der Gasversorgung auf der Basis der §§ 15, 16 und 16a EnWG eine zentrale Rolle zu. Sofern die Netzbetreiber durch netz- oder marktbezogene Maßnahmen eine Störung oder Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Gasversorgungssystems nicht oder nicht rechtzeitig beseitigen können (§ 16 Absatz 1 EnWG), ist diese durch die Netzbetreiber mit den Maßnahmen gemäß § 16 Absatz 2 EnWG herzustellen. Sie haben bei Maßnahmen nach § 16 EnWG die Sicherstellung der Versorgung von geschützten Kunden zu berücksichtigen, sofern die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Gasversorgungssystems in dem jeweiligen Netz gefährdet oder gestört ist.

Vor allem im Falle der Gefahr von Engpässen in der Gasversorgung muss der Netzbetrieb sowie die Vergabe und Planung von Kapazitäten einschließlich Transitkapazitäten so durchgeführt werden, dass die Versorgungssicherheit der geschützten Kunden sowie der durch Solidarität geschützten Kunden in anderen Mitgliedsstaaten gewahrt bleibt. Die Gasversorgungsunternehmen nehmen diese Aufgaben eigenverantwortlich wahr.

Für die Sicherstellung der Versorgung ist vor allem der § 16 Absatz 2a EnWG i.V.m. § 13f EnWG von Bedeutung. Dieser sieht im Kern vor, dass der Betreiber des Stromübertragungsnetzes im Falle eines Versorgungsengpasses im Strom- und Gasbereich eine Güterabwägung der möglichen Schäden und weiteren Folgen bei evtl. erforderlichen Notfallmaßnahmen in beiden Bereichen trifft und auf dieser Grundlage die Gasversorgung von „systemrelevanten“ Gaskraftwerken anordnen kann.

Die Betreiber von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen haben ihre Zusammenarbeit in Form einer Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern

1. Überblick über die Rahmenbedingungen für Krisen- und Notfallmanagement im Gassektor in Deutschland

von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen (KoV) geregelt, zuletzt geändert am 12. August 2022. Die KoV beinhaltet einen Leitfaden „Krisenvorsorge Gas“. Dieser Leitfaden beschreibt unter Berücksichtigung der Inhalte dieses Notfallplans insbesondere prozessuale Abläufe in Engpasssituationen in den Gasversorgungsnetzen und damit verbundene Informationspflichten sowie Kommunikationswege zwischen den Netzbetreibern für eine koordinierte Umsetzung von Maßnahmen nach § 16 und § 16a EnWG. Falls erforderlich, kooperieren die Gas- und Stromnetzbetreiber auch im Sinne des Artikels 10 Absatz 1 Buchstabe e VO (EU) 2017/1938 über Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Gas und Strom. Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber haben hierzu ein Kommunikationskonzept erarbeitet.

Demgegenüber hat in einer Gasmangellage nach Ausrufung der Notfallstufe der Bundeslastverteiler die Aufgabe, die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Gas zu sichern (vgl. § 1 EnSiG sowie § 1 GasSV). Das heißt, er muss die benötigten Gasmengen beschaffen bzw. den Gasverbrauch steuern, um sogenannte „Engpasszonen“ aufzulösen.

2. Festlegung der Krisenstufen

2. Festlegung der Krisenstufen

Entsprechend Artikel 11 Absatz 1 VO (EU) 2017/1938 werden in den folgenden drei Tabellen drei Krisen- bzw. Eskalationsstufen festgelegt und beschrieben. Das Eintreten der einzelnen Krisenstufen, wie in den folgenden Tabellen beschrieben, ist grundsätzlich abhängig vom

- Schweregrad der Störung,
- den erwarteten ökonomischen und technischen Auswirkungen und
- der Dringlichkeit der Störungsbeseitigung auf nationaler Ebene.

Der Schweregrad einer (potentiellen) Störung im Kontext der Gesamtversorgungslage wird durch die in

Tabelle 4 beschriebenen Indikatoren operationalisiert. Anhand dieser Indikatoren kann eine Prüfung erfolgen, ob sich eine Verschlechterung der Gesamtversorgungssituation andeutet und um zu entscheiden, ob eine bestimmte Krisenstufe ausgerufen wird.

Die drei Stufen müssen nicht nacheinander ausgerufen werden. Je nach Schweregrad der Störung, Grad der Auswirkungen sowie Dringlichkeit und Art der Maßnahmen, die zur Beseitigung der Störung oder Gefährdung erforderlich sind, kann sofort in die Alarm- oder Notfallstufe übergegangen werden.

Im Falle einer erheblichen Verschlechterung der Versorgungslage ist sicherzustellen, dass den zuständigen Behörden für die Lagebewertung und die Entscheidung über weitere Schritte alle relevanten Informationen zur Verfügung stehen. Entsprechende Berichtspflichten finden sich auszugsweise ebenfalls in den folgenden Tabellen.

Ergänzend zu den in den folgenden Tabellen beschriebenen drei Krisenstufen findet sich in Kapitel 3

- eine Beschreibung der zu treffenden Maßnahmen und der daran beteiligten Hauptakteure,
- den voraussichtlichen Beitrag der Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen eines Ereignisses oder zur Vorbereitung auf ein Ereignis vor seinem Eintritt sowie
- eine Beschreibung der Informationsflüsse zwischen den Beteiligten.

Tabelle 1: Festlegung und Verfahren zur Ausrufung und Beendigung der Frühwarnstufe (Frühwarnung)

I. Frühwarnstufe (Frühwarnung)	
Für Ausrufung zuständige Stelle	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Beschreibung entsprechend VO (EU) 2017/1938	Es liegen konkrete, ernst zu nehmende und zuverlässige Hinweise darauf vor, dass ein Ereignis eintreten kann, das wahrscheinlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Versorgungslage mit Erdgas sowie wahrscheinlich zur Auslösung der Alarm- bzw. der Notfallstufe führt.
Verfahren für Ausrufung	Bei der Frühwarnstufe handelt es sich primär um eine politische Entscheidung im Sinne einer deklaratorischen Maßnahme. Sie wird durch Presseerklärung ausgerufen.
Indikatoren für die Ausrufung der Frühwarnstufe	Einzelnen oder gemeinsam auftretend: <ul style="list-style-type: none">- Nichtvorhandensein, Ausbleiben oder Reduzierung von Gasströmen an wichtigen physischen Einspeisepunkten,- Langanhaltende niedrige Erdgasspeicherfüllstände,- Ausfall wichtiger Aufkommensquellen,- Technischer Ausfall wesentlicher Infrastrukturen, z.B. Leitungen und/ oder Verdichteranlagen, wobei

2. Festlegung der Krisenstufen

I. Frühwarnstufe (Frühwarnung)	
	<p>dieser Ausfall durch Redundanzen kompensiert werden kann,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Extreme Wetterverhältnisse bei gleichzeitig hoher Nachfrage, - Gefahr langfristiger Unterversorgung, - Ausrufung einer Krisenstufe in einem Nachbarland.
Verfahren für die Rücknahme	Bei Wegfall der Indikatoren beendet das BMWK die Frühwarnstufe durch eine auf seiner Website veröffentlichten Erklärung und unterrichtet die EU-Kommission darüber.
Berichtspflichten	<ul style="list-style-type: none"> - Auf nationaler Ebene <ul style="list-style-type: none"> o Mitwirkung der Beteiligten an den Sitzungen des Krisenteams Gas, vgl. Kapitel 9. o Informationen gemäß § 15 Absatz 2 EnWG <ul style="list-style-type: none"> • Notwendige Informationen zur Gewährleistung des Transports und der Speicherung von Erdgas für einen sicheren und effizienten Betrieb des Verbundnetzes von Betreibern von Fernleitungsnetzen, Speicher- und LNG-Anlagen an jeden anderen Betreiber eines Gasversorgungsnetzes, mit dem die jeweils eigenen Fernleitungsnetze oder Anlagen technisch verbunden sind. • Informationen zum sicheren und zuverlässigen Betrieb von Fernleitungsnetzen von Betreibern von Übertragungsnetzen an Betreiber von Fernleitungsnetzen. o Informationen gemäß § 10 Absatz 1 EnSiG zur Ausführung und Vorbereitung der Rechtsverordnungen gemäß § 3 EnSiG. o Informationen gemäß § 2b Absatz 2 EnSiG und gemäß § 1a GasSV zum Betrieb der Sicherheitsplattform Gas (SiPla). - Auf europäischer Ebene <ul style="list-style-type: none"> o Informationen gemäß Artikel 11 Absätze 2 und 4 sowie Artikel 14 VO (EU) 2017/1938 an <ul style="list-style-type: none"> • die EU-Kommission (ggf. über eine durch die EU-Kommission eingerichtete Datenplattform), • die zuständigen Behörden der Risikogruppen, • der EU-Mitgliedstaaten, mit denen Deutschland infrastrukturell verbunden ist.

Tabelle 2: Festlegung und Verfahren zur Ausrufung und Beendigung der Alarmstufe (Alarm)

II. Alarmstufe (Alarm)	
Für Ausrufung zuständige Stelle	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Beschreibung entsprechend VO (EU) 2017/1938	Es liegt eine Störung der Erdgasversorgung oder eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Erdgas vor, die zu einer erheblichen

2. Festlegung der Krisenstufen

II. Alarmstufe (Alarm)	
	Verschlechterung der Versorgungslage mit Erdgas führt. Der Markt ist aber noch in der Lage, diese Störung oder Nachfrage nach Erdgas eigenständig zu bewältigen, ohne dass nicht-marktbasierte Maßnahmen ergriffen werden müssen.
Verfahren für Ausrufung	Bei der Alarmstufe handelt es sich primär um eine politische Entscheidung im Sinne einer deklaratorischen Maßnahme. Sie wird durch Presseerklärung ausgerufen.
Indikatoren für die Ausrufung der Alarmstufe	<p>Einzelnen oder gemeinsam auftretend:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nichtvorhandensein, Ausbleiben oder gravierende Reduzierung von Erdgasströmen an wichtigen physischen Einspeisepunkten, - Langanhaltende sehr niedrige Erdgasspeicherfüllstände, - Ausfall von wichtigen Aufkommensquellen, - Längerer technischer Ausfall wesentlicher Infrastrukturen, z.B. Leitungen und/ oder Verdichteranlagen, wobei dieser Ausfall durch Redundanzen kompensiert werden kann, - Extreme Wetterverhältnisse bei gleichzeitig sehr hoher Nachfrage, - Hohe Gefahr langfristiger Unterversorgung, - Ein oder mehrere direkt mit Deutschland verbundenen Mitgliedstaaten ersuchen um solidarische Gaslieferungen von Deutschland nach Artikel 13 Absatz 1 VO (EU) 2017/1938 oder nach Artikel 26 Absatz 1 VO (EU) 2022/2576 (vorübergehend bis zum 18. Dezember 2023), vgl. Kapitel 12.
Beendigung	Bei Wegfall der Indikatoren beendet das BMWK die Alarmstufe durch eine auf seiner Website veröffentlichten Erklärung und unterrichtet die EU-Kommission darüber.
Berichtspflichten der Gasversorgungsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> - Auf nationaler Ebene <ul style="list-style-type: none"> o Mitwirkung der Beteiligten an den Sitzungen des Krisenteams Gas, vgl. Kapitel 9. o Informationen gemäß § 15 Absatz 2 EnWG <ul style="list-style-type: none"> • Notwendige Informationen zur Gewährleistung des Transports und der Speicherung von Erdgas für einen sicheren und effizienten Betrieb des Verbundnetzes von Betreibern von Fernleitungsnetzen, Speicher- und LNG-Anlagen an jeden anderen Betreiber eines Gasversorgungsnetzes, mit dem die jeweils eigenen Fernleitungsnetze oder Anlagen technisch verbunden sind.

2. Festlegung der Krisenstufen

II. Alarmstufe (Alarm)

- Informationen zum sicheren und zuverlässigen Betrieb von Fernleitungsnetzen von Betreibern von Übertragungsnetzen an Betreiber von Fernleitungsnetzen.
- Informationen gemäß § 10 (1) EnSiG zur Ausführung und Vorbereitung der Rechtsverordnungen gemäß § 3 EnSiG.
- Informationen gemäß § 2b (2) EnSiG und gemäß § 1a GasSV zum Betrieb der Sicherheitsplattform Gas (SiPla).
- Auf europäischer Ebene
 - Informationen gemäß Artikel 11 Absätze 2 und 4 sowie Artikel 14 VO (EU) 2017/1938 an
 - die EU-Kommission (ggf. über eine durch die EU-Kommission eingerichtete Datenplattform),
 - die zuständigen Behörden der Risikogruppen,
 - die EU-Mitgliedstaaten, mit denen Deutschland infrastrukturell verbunden ist.

Tabelle 3: Festlegung und Verfahren zur Ausrufung und Beendigung der Notfallstufe (Notfall)

III. Notfallstufe (Notfall)	
Für Ausrufung zuständige Stelle	Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Beschreibung entsprechend VO (EU) 2017/1938	<p>Es liegt vor</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Erdgas, - eine erhebliche Störung der Erdgasversorgung und/oder - eine andere beträchtliche Verschlechterung der Versorgungslage. <p>Einschlägige marktbasierende Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, aber die Gasversorgung reicht weiterhin nicht aus, um die verbleibende Gasnachfrage zu decken. Nur die Umsetzung von nicht-marktbasierten Maßnahmen kann die Versorgung der geschützten Kunden mit Erdgas nach Artikel 6 Absatz 1 VO (EU) 2017/1938 sicherstellen. Eine Schätzung der Gasmengen, die von durch Solidarität geschützten Kunden verbraucht werden könnten findet sich in Anhang I.</p>
Beendigung	Die Feststellung der Notfallstufe erfolgt gemäß § 3 EnSiG durch Verordnung der Bundesregierung und wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Das BMWK bereitet die Feststellung der Notfallstufe und die Veröffentlichung der Verordnung vor.

2. Festlegung der Krisenstufen

III. Notfallstufe (Notfall)	
	<p>Zusätzlich informiert das BMWK in einer Presseerklärung über die Feststellung der Notfallstufe.</p> <p>Die EU-Kommission und die zuständigen Behörden der unmittelbar verbundenen EU-Mitgliedstaaten werden über die Ausrufung einer Krisenstufe und geplante Maßnahmen zur Behebung der Mangellage unterrichtet.</p>
Indikatoren für die Ausrufung der Notfallstufe	<p>Das BMWK prüft, ob die oben genannten Voraussetzungen für die Ausrufung der Notfallstufe entsprechend VO (EU) 2017/1938 vorliegen.</p> <p>Parallel prüft das BMWK, ob die Voraussetzungen nach § 1 Absatz 1 Satz 1 EnSiG vorliegen, d.h.</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Energieversorgung ist unmittelbar gefährdet oder gestört und - die Gefährdung oder die Störung der Energieversorgung ist durch marktbasierende Maßnahmen nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln zu beheben, um den lebenswichtigen Bedarf an Energie zu sichern. <p>Als lebenswichtig gilt auch der Bedarf zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben und im EnSiG definierter internationaler Verpflichtungen.</p> <p>Die Prüfungen werden insbesondere anhand folgender Indikatoren (einzeln oder gemeinsam auftretend) vorgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Weitere massive langfristige Lieferausfälle ohne ausreichende Möglichkeit einer Alternativversorgung sind zu erwarten, - Das Krisenteam fest, dass die Ausschöpfung aller marktbasierenden Maßnahmen droht, - Verschlechterung der Versorgungssituation in einem Ausmaß, dass die Versorgung der geschützten Kunden sowie die Sicherung des lebenswichtigen Bedarfs gefährdet sind, - Ausfall wesentlicher Leitungen und/ oder Verdichteranlagen, wobei dieser Ausfall durch Redundanzen nicht kompensiert werden kann.
Beendigung	<p>Die Bundesregierung befristet in ihrem Ausruf und mit Veröffentlichung der entsprechenden Verordnung die Notfallstufe.</p> <p>Die Notfallstufe ist aufzuheben, wenn keine Gefährdung oder Störung der Energieversorgung im Sinne § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 3 EnSiG vorliegen oder wenn Bundestag und Bundesrat die Aufhebung verlangen.</p> <p>Das BMWK informiert unverzüglich die EU-Kommission über die Beendigung der Notfallstufe.</p>
Berichtspflichten	<ul style="list-style-type: none"> - Auf nationaler Ebene <ul style="list-style-type: none"> o Mitwirkung der Beteiligten an den Sitzungen des Krisenteams Gas, vgl. Kapitel 9.

2. Festlegung der Krisenstufen

III. Notfallstufe (Notfall)

- Informationen gemäß § 15 Absatz 2 EnWG
 - Notwendige Informationen zur Gewährleistung des Transports und der Speicherung von Erdgas für einen sicheren und effizienten Betrieb des Verbundnetzes von Betreibern von Fernleitungsnetzen, Speicher- und LNG-Anlagen an jeden anderen Betreiber eines Gasversorgungsnetzes, mit dem die jeweils eigenen Fernleitungsnetze oder Anlagen technisch verbunden sind.
 - Informationen zum sicheren und zuverlässigen Betrieb von Fernleitungsnetzen von Betreibern von Übertragungsnetzen an Betreiber von Fernleitungsnetzen.
- Informationen gemäß § 10 Absatz 1 EnSiG zur Ausführung und Vorbereitung der Rechtsverordnungen gemäß § 3 EnSiG.
- Informationen gemäß § 2b Absatz 2 EnSiG und gemäß § 1a GasSV zum Betrieb der Sicherheitsplattform Gas (SiPla).
- Informationen gemäß § 2 GasSV.
- Auf europäischer Ebene
 - Informationen gemäß Artikel 11 Absätze 2 und 4 sowie Artikel 14 VO (EU) 2017/1938 an
 - die EU-Kommission (ggf. über eine durch die EU-Kommission eingerichtete Datenplattform),
 - die zuständigen Behörden der Risikogruppen,
 - der EU-Mitgliedstaaten, mit denen Deutschland infrastrukturell verbunden ist.

2.1. Indikatorensystem zur Lagebewertung der BNetzA

In Ergänzung zu den in den oben aufgeführten Indikatoren je Krisenstufe hat die BNetzA im Verlauf des Jahres 2022 ein Indikatorensystem entwickelt, das Aufschluss über die tägliche Versorgungssituation mit Erdgas gibt. Detailliert beschrieben in einem täglichen Lagebericht bewerten die Indikatoren die Gasversorgung in Deutschland. Sie geben eine Einschätzung und Prognose zur aktuellen Lage und erzeugen Transparenz inwiefern eine Gasmangellage akut droht. Sie dienen der Bundesregierung als Anhaltspunkte für die Lagebewertung im Rahmen des vorliegenden Notfallplans Gas. Die Indikatoren und ihre Bewertungsvariablen werden in der folgenden Tabelle 4 detailliert beschrieben.

Tabelle 4: Indikatoren und Bewertungsvariablen zur Einschätzung der aktuellen Versorgungslage mit Gas, die im Jahr 2022 zur Lagebewertung entwickelt wurden

	Indikator	Bewertung
A.	Temperaturprognose für die kommenden sieben Tage in Grad Celsius	Stabil: Als stabil wird die Lage eingestuft, wenn die prognostizierte Durchschnittstemperatur der kommenden sieben Tage über dem Durchschnitt der vorherigen vier Jahre liegt.

2. Festlegung der Krisenstufen

Indikator	Bewertung
	<p>Dann ist die Woche im Mittel wärmer als im Bezugszeitraum.</p> <p>Angespannt: Als angespannt wird die Lage eingestuft, wenn die prognostizierte Durchschnittstemperatur der kommenden sieben Tage null bis zwei Grad Celsius unter dem Durchschnitt der vorherigen vier Jahre liegt.</p> <p>Kritisch: Als kritisch wird die Lage eingestuft, wenn die prognostizierte Durchschnittstemperatur der kommenden sieben Tage zwei Grad Celsius unter dem Durchschnitt der vorherigen vier Jahre liegt. Eine solche Temperatur würde einen Mehrbedarf von zwei Terrawattstunden in dieser Woche bedeuten. Über den gesamten Winter würde dies einen Mehrgasverbrauch von ungefähr 44 TWh (rund 18% der maximalen Speicherkapazität) bedeuten und müsste durch Mehreinsparungen oder Mehrimporte ausgeglichen werden.</p>
B. Gasverbrauch, temperaturbereinigt	<p>Stabil: Als stabil wird die Lage eingestuft, wenn temperaturbereinigt mehr als 25% Erdgas eingespart werden.</p> <p>Angespannt: Als angespannt wird die Lage eingestuft, wenn temperaturbereinigt zwischen 15-25% Erdgas eingespart werden.</p> <p>Kritisch: Als kritisch wird die Lage eingestuft, wenn temperaturbereinigt weniger als 15% Gas eingespart werden.</p>
C. Füllstände der Erdgasspeicher	<p>Stabil: Als stabil wird die Lage eingestuft, wenn der Füllstand über dem Speicherpfad liegt, der auf das Niveau von 55% am 01. Februar des jeweiligen Jahres führt.</p> <p>Angespannt: Als angespannt wird die Lage eingestuft, wenn der Füllstand zwischen den Speicherpfaden liegt, die auf das 40%- bzw. 55%-Niveau am 01. Februar des jeweiligen Jahres führen.</p> <p>Kritisch: Als kritisch wird die Lage eingestuft, wenn der Füllstand unter den Speicherpfad fällt, der auf das 40%-Niveau am 01. Februar des jeweiligen Jahres führt. In diesem Fall befindet sich der Speicherfüllstand in einem Bereich, in dem Gegenmaßnahmen ergriffen werden sollten. Eine Gasmangellage kann bei kälteren Temperaturen im Frühjahr nicht mehr völlig ausgeschlossen werden und eine Befüllung für den nächsten Winter wird vermutlich</p>

2. Festlegung der Krisenstufen

	Indikator	Bewertung
		herausfordernd. Die ausreichende Befüllung der deutschen Erdgasspeicher für den folgenden Winter ist eine Voraussetzung für eine stabile Versorgungssituation.
D.	Situation in EU-Nachbarländern Deutschlands, inkl. Italien	<p>Stabil: Die Lage wird als stabil eingeschätzt, wenn in keinem Nachbarland die Notfallstufe ausgerufen und keine Solidaritätsmaßnahmen aus einem Nachbarland nach Artikel 13 Absatz 1 VO (EU) 2017/1938 oder nach Artikel 26 Absatz 1 Notfall-VO (vorübergehend bis zum 18. Dezember 2023) gefordert wurden.</p> <p>Angespannt: Die Lage wird als angespannt eingestuft, wenn ein Nachbarland, in das Deutschland Erdgas derzeit (eher) exportiert (Österreich, Schweiz/ Italien, Tschechien, Dänemark, Luxemburg, Polen), die Notfallstufe ausgerufen hat.</p> <p>Kritisch: Die Lage wird als kritisch eingestuft, wenn ein EU-Nachbarland, von dem Deutschland Erdgas derzeit (eher) importiert (Belgien, Frankreich, Niederlande) die Notfallstufe ausgerufen hat oder aus einem dieser Nachbarländer Solidaritätsmaßnahmen gefordert werden.</p>
E.	Beschaffungssituation für Regelenergie	<p>Stabil: Die Lage wird als stabil eingestuft, wenn ausreichend Regelenergie an einem öffentlichen Börsenmarktplatz beschafft werden können.</p> <p>Angespannt: Die Lage wird als angespannt eingestuft, wenn zwar die an der Börse beschaffbaren Mengen nicht ausreichen, der Regelenergiebedarf aber durch ausgeschriebene Regelenergieprodukte gedeckt werden kann.</p> <p>Kritisch: Die Lage ist kritisch, wenn die benötigte Regelenergie weder über eine Energiebörse noch über Ausschreibungen gedeckt werden kann.</p> <p>Beschreibung Regelenergie dient dazu, den erforderlichen Gasdruck in den Gasleitungen aufrecht zu erhalten und damit die Gasversorgung sicherzustellen. Sie wird durch den Marktgebietsverantwortlichen Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE), dann eingesetzt, wenn das Verhältnis zwischen abgenommenen und eingespeisten Gasmengen im Netz nicht ausgeglichen ist. Regelenergie ist der zentrale Mechanismus, um auch während einer</p>

2. Festlegung der Krisenstufen

	Indikator	Bewertung
		Gasmangellage Einspeisung und Verbrauch zum Ausgleich zu bringen.

2.2. Entscheidungsgrundlage für die Ausrufung der Krisenstufen durch das BMWK bzw. die Bundesregierung

Das Vorliegen eines oder mehrerer angespannter und/ oder kritischer Indikatoren für die Bewertung einer konkreten Engpasssituation, wie hier beschrieben, führen nicht zwangsläufig und automatisch zur Annahme einer Versorgungskrise oder zur Ausrufung einer Krisenstufe. Das BMWK bzw. die Bundesregierung berücksichtigen in der Ausrufung der jeweiligen Krisenstufe die jeweilige Gesamtversorgungssituation, die potentiell absehbare Entwicklung und mögliche Wechselwirkungen der Beibehaltung oder Ausrufung von Krisenstufen mit bereits getroffenen oder noch zu treffenden krisenmitigierenden Maßnahmen sowie entsprechenden situations-/ ereignisadäquaten Entscheidungsparametern. Darauf aufbauend trifft das BMWK bzw. die Bundesregierung eine entsprechende Entscheidung.

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

Die BNetzA führt die Aufsicht darüber, dass die in diesem Kapitel beschriebenen Maßnahmen bzw. Verpflichtungen oder erlassene Rechtsverordnungen gemäß EnWG durch die entsprechenden Akteure umgesetzt werden. Die BNetzA kann gemäß § 65 EnWG Maßnahmen zur Einhaltung der Verpflichtungen (Aufsichtsmaßnahmen) anordnen. Eine nähere Beschreibung der Akteure findet sich in Kapitel 10.

Tabelle 5: Übersicht über die Art der Maßnahmen je nach Krisenstufe

	Marktbasierte Maßnahmen nach EnWG	Hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen nach EnSiG und GasSV
Frühwarnstufe	✓	
Alarmstufe	✓	
Notfallstufe	✓	✓

Hoheitliche Maßnahmen des Bundeslastverteilers nach EnSiG und GasSV sind nur in der Notfallstufe möglich.

3.1. Frühwarnstufe: Maßnahmen und Bewältigung der Engpasssituation

3.1.1. Maßnahmen, ihre Hauptakteure und entsprechende Informationsflüsse zwischen den Akteuren nach Ausrufung der Frühwarnstufe durch das BMWK

- Das BMWK beruft das Bundes-Krisenteam Gas entsprechend Ausführungen in Kapitel 9.2 ein. Das *Krisenteam* tagt bis zur Rücknahme der Frühwarn- oder einer anderen Krisenstufe regelmäßig und verstärkt seine Beobachtung der Versorgungslage;
- Die europäischen Binnenmarktregeln gelten weiter uneingeschränkt;
- Die *Gasversorgungsunternehmen* stellen weiter die Versorgung mit Erdgas nach § 53a EnWG sicher. Hierfür stehen marktbasierende Maßnahmen der Gasversorgungsunternehmen nach Kapitel 4 dieses Notfallplans zur Verfügung,
- Die *Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber* ergreifen im Rahmen ihrer jeweiligen Systemverantwortung Maßnahmen gemäß §§ 16 und 16a EnWG;
- Die *Fernleitungsnetzbetreiber* geben im Rahmen der regelmäßig bzw. der Gesamtsituation angepasst stattfindenden Sitzungen des Krisenteams sowie auf Anfrage ihre Lageeinschätzungen an das BMWK (Berichtspflichten);
- Die *Übertragungsnetzbetreiber* Strom tauschen notwendige Informationen aus und koordinieren ihre Maßnahmen soweit möglich untereinander mit der Maßgabe, ihre jeweiligen Netze so lange wie möglich stabil zu halten;
- Die *Erdgasversorgungsunternehmen* und der *Marktgebietsverantwortliche Gas*, Trading Hub Europe GmbH (THE), sind verpflichtet das BMWK bei der Lagebewertung zu unterstützen und im Krisenteam mitzuwirken (Berichtspflichten). Details zu Berichtspflichten der Beteiligten am Krisenteam Gas finden sich in den Ausführungen in Kapitel 9.2; bei Bedarf können diese Berichtspflichten durch das BMWK ausgeweitet werden;
- Die *BNetzA* übermittelt an die EU-Kommissionen Informationen zur deutschen Versorgungssituation mit Erdgas nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a der VO (EU) 2017/1938.

Im Verlauf des Jahres 2022 hat die EU-Kommission für die Übermittlung von Informationen ein Online-Formular zur Verfügung gestellt;

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

- Das *BMWK* übermittelt nach Artikel 11 Absatz 2 Satz 1 der VO (EU) 2017/1938 alle notwendigen Informationen, insbesondere über die von ihr geplanten Maßnahmen, an die EU-Kommission und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, mit denen Deutschland unmittelbar verbunden ist.

Maßnahmen der Hauptakteure, Verfahren und voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Lage sowie die Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren im Rahmen der Frühwarnstufe zur Verhinderung einer potentiell nationalen Gasmangellage unterscheiden sich nicht grundlegend von den Maßnahmen der Hauptakteure der Frühwarnstufe zur Verhinderung einer potentiellen Gasmangellage mit regionaler Dimension. Dabei erfolgt sowohl in einer Gasmangellage mit nationaler, als auch mit regionaler Dimension ein verstärkt grenzübergreifender Austausch der Fernleitungsnetzbetreiber zur Kompensation der Engpässe (u.a. auf im Rahmen des regionalen Koordinierungssystems für Gas, ReCo), etabliert durch den Verband der Europäischen Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (ENTSO-G) gemäß Artikel 3 Absatz 6 VO (EU) 2017/1938. Auf Ebene der Mitgliedstaaten findet dieser Austausch im Rahmen der Koordinierungsgruppe Gas (Gas Coordination Group, GCG) gemäß Artikel 4 VO (EU) 2017/1938 statt.

3.1.2. Voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen des Ereignisses oder zur Vorbereitung auf ein Ereignis vor seinem Eintritt, die zur Ausrufung der Frühwarnstufe geführt haben

Das *BMWK* und die am Krisenteam-Beteiligten sind über die aktuelle Lage informiert und können bei Bedarf entsprechende weitere Schritte unternehmen, um einer Verschlechterung der Lage entgegen zu wirken.

Die Maßnahmen führen dazu, dass sich die Versorgungslage stabilisiert bzw. dass die Auswirkungen der in der Tabelle 1 bzw.

Tabelle 4 beschriebenen Indikatoren, die der Ausrufung der Frühwarnstufe zugrunde lagen, mitigiert werden. Darüber hinaus führen die Maßnahmen dazu, dass das Risiko einer Verschärfung der Lage, z.B. der Eintritt einer Gasmangellage, die zur Ausrufung der Notfallstufe führen könnte, verringert wird. Im Idealfall führen die Maßnahmen dazu, dass die Frühwarnstufe beendet werden kann.

3.2. Alarmstufe: Maßnahmen und Bewältigung der Engpasssituation

3.2.1. Maßnahmen, ihre Hauptakteure und entsprechende Informationsflüsse zwischen den Akteuren nach Ausrufung der Alarmstufe durch das *BMWK*

- Sofern nicht bereits die Frühwarnstufe ausgerufen und das Krisenteam einberufen wurde, wird spätestens bei der Ausrufung der Alarmstufe das *Krisenteam* entsprechend Ausführungen in Kapitel 9.2 einberufen. Das Krisenteam tagt bis zur Rücknahme der Alarm- oder einer anderen Krisenstufe regelmäßig;
- Die europäischen Binnenmarktregeln gelten weiter uneingeschränkt;
- Die *Gasversorgungsunternehmen* stellen weiter die Versorgung mit Erdgas nach § 53a EnWG sicher. Hierfür stehen marktbasierende Maßnahmen der Gasversorgungsunternehmen nach Kapitel 4 dieses Notfallplans zur Verfügung,

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

- Die *Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber* ergreifen im Rahmen ihrer jeweiligen Systemverantwortung Maßnahmen gemäß §§ 16 und 16a EnWG;
- Die *Fernleitungsnetzbetreiber* geben im Rahmen der regelmäßig bzw. der Gesamtsituation angepasst stattfindenden Sitzungen des Krisenteams Gas sowie auf Anfrage ihre Lageeinschätzungen an das BMWK,
- Die *Übertragungsnetzbetreiber Strom* tauschen notwendige Informationen aus und koordinieren ihre Maßnahmen soweit möglich untereinander mit der Maßgabe, ihre jeweiligen Netze so lange wie möglich stabil zu halten;
- Die *Erdgasversorgungsunternehmen* und der *Marktgebietsverantwortliche Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE)*, sind verpflichtet das BMWK bei der Lagebewertung zu unterstützen und im Krisenteam mitzuwirken (Berichtspflichten). Details zu Berichtspflichten der Beteiligten am Krisenteam Gas finden sich in den Ausführungen in Kapitel 9.2; bei Bedarf können diese Berichtspflichten durch das BMWK ausgeweitet werden;
- Die *BNetzA* übermittelt an die EU-Kommissionen Informationen zur deutschen Versorgungssituation mit Erdgas nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a der VO (EU) 2017/1938. Bei Bedarf stellen die von der Mangellage betroffenen Gasversorgungsunternehmen täglich Prognosen und Lastflussdaten für die BNetzA zur Verfügung.
Im Verlauf des Jahres 2022 hatte die EU-Kommission für die Übermittlung von Informationen ein Online-Formular zur Verfügung gestellt;
- Die *BMWK* übermittelt nach Artikel 11 Absatz 2 Satz 1 der VO (EU) 2017/1938 alle notwendigen Informationen, insbesondere über die von ihr geplanten Maßnahmen, an die EU-Kommission und die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, mit denen Deutschland unmittelbar verbunden ist.

Maßnahmen und Berichtspflichten der Hauptakteure, Verfahren und voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Lage sowie Informationsflüsse zwischen den Beteiligten im Rahmen der Alarmstufe zur Verhinderung einer potentiell nationalen Gasmangellage unterscheiden sich nicht grundlegend von den Maßnahmen der Hauptakteure der Frühwarn- oder Alarmstufe zur Verhinderung einer potentiellen Gasmangellage mit regionaler Dimension. Dabei erfolgt sowohl in einer Gasmangellage mit nationaler, als auch mit regionaler Dimension ein verstärkt grenzübergreifender Austausch der Fernleitungsnetzbetreiber zur Kompensation der Engpässe (u.a. auf im Rahmen des regionalen Koordinierungssystems für Gas (ReCo), etabliert durch den Verband der Europäischen Fernleitungsnetzbetreiber (ENTSO-G) gemäß Artikel 3 Absatz 6 VO (EU) 2017/1938. Auf Ebene der Mitgliedstaaten findet dieser Austausch im Rahmen der Koordinierungsgruppe Gas (Gas Coordination Group, GCG) gemäß Artikel 4 VO (EU) 2017/1938 statt.

3.2.2. Voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen des Ereignisses oder zur Vorbereitung auf ein Ereignis vor seinem Eintritt, die zur Ausrufung der Alarmstufe geführt haben

Das BMWK und die am Krisenteam-Beteiligten sind über die aktuelle Lage informiert und können bei Bedarf entsprechende weitere Schritte unternehmen, um einer Verschlechterung der Lage entgegen zu wirken.

Die Maßnahmen führen dazu, dass sich die Versorgungslage stabilisiert bzw. dass die Auswirkungen der in der Tabelle 2 bzw.

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

Tabelle 4 beschriebenen Indikatoren, die der Ausrufung der Alarmstufe zugrunde lagen, mitigiert werden. Darüber hinaus führen die Maßnahmen dazu, dass das Risiko einer Verschärfung der Lage, z.B. der Eintritt einer Gasmangellage, die zur Ausrufung der Notfallstufe führen könnte, verringert wird. Im Idealfall führen die Maßnahmen dazu, dass die Alarmstufe beendet werden kann.

3.3. Maßnahmen im Rahmen der Frühwarn- und Alarmstufe in den Jahren 2022 und 2023

Im Verlauf des Jahres 2022 wurden mehrere Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation umgesetzt, die zur weiteren Bewältigung der weiterhin angespannten Versorgungssituation auch im Jahr 2023 weiterhin gelten. Eine Aufstellung dieser Maßnahmen finden sich im Anhang II gemäß Artikel 8 Absatz 2 der bis zum 31. März 2024 befristeten *Verordnung (EU) 2022/1369 des Rates vom 05. August 2022 über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage*.

3.4. Notfallstufe: Hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen sowie Bewältigung der Engpasssituation

Die Bundesregierung stellt durch eine Rechtsverordnung eine Gefährdung oder Störung der Energieversorgung bzw. der Notfallstufe fest. Die Feststellung der Notfallstufe setzt voraus, dass die Versorgungslage nicht mehr, nicht mehr rechtzeitig oder nur noch mit unverhältnismäßigen Mitteln durch marktgerechte Maßnahmen aufrecht erhalten werden kann. Eine Zustimmung des Bundesrates ist hierfür nicht erforderlich. Die Feststellung der Notfallstufe durch eine Rechtsverordnung ist die Voraussetzung für die Umsetzung von Maßnahmen des EnSiG und der GasSV sowie zur Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs an Erdgas.

Die Notfallstufe unterscheidet sich bezüglich des zur Verfügung stehenden Instrumentariums wesentlich von der Frühwarn- bzw. der Alarmstufe. Während in der Frühwarn- bzw. der Alarmstufe die verantwortlichen Marktakteure insb. nach EnWG eigenverantwortlich mit ihrem Instrumentarium die Versorgungsengpässe bewältigen, erfordert die Versorgungslage in der Notfallstufe, dass ergänzend zu noch möglichen marktbasierter Maßnahmen, auf hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen zur Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Erdgas zurückgegriffen werden kann. Solche Eingriffe sind im deutschen Recht nur bei Feststellung des Notfalls entsprechend den Verfahrensregeln des EnSiG und der GasSV möglich.

Die Anwendung von nicht-marktbasierten/ hoheitlichen Maßnahmen ist subsidiär der Anwendung von marktbasierter Maßnahmen durch die Marktakteure. Sofern es die (lokale/ regionale) Situation zulässt sind Maßnahmen der Marktakteure, wie in der Frühwarnstufe in Kapitel 3.1.1 und in der Alarmstufe in Kapitel 3.2.1 aufgeführt, zu bevorzugen. – Die Netzbetreiber sind insbesondere für die Aufrechterhaltung der Systemstabilität verantwortlich. Sie haben sicherzustellen, dass die Netze ihrer Transportaufgabe nachkommen, weshalb sowohl die Fernleitungsnetzbetreiber, als auch die Verteilernetzbetreiber, sofern notwendig, im Rahmen ihrer Verantwortung netz- und marktbezogene Maßnahmen (gemäß §§ 16 und 16a EnWG) ergreifen.

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

In der Notfallstufe tagt das Krisenteam täglich und darüber hinaus ereignisbezogen; es gelten die Pflichten an der Mitwirkung an den Sitzungen des Krisenteams wie in den Kapiteln 3.1.1 und 3.2.1 beschrieben.

Maßnahmen und Berichtspflichten der Hauptakteure, Verfahren und voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Lage sowie Informationsflüsse zwischen den Beteiligten im Rahmen der Notfallstufe zur Verhinderung einer potentiell nationalen Gasmangellage unterscheiden sich nicht grundlegend von den Maßnahmen der Hauptakteure der Notfallstufe zur Verhinderung einer potentiellen Gasmangellage mit regionaler Dimension. Dabei erfolgt sowohl in einer Gasmangellage mit nationaler, als auch mit regionaler Dimension ein sehr intensiver grenzübergreifender Austausch der Fernleitungsnetzbetreiber zur Kompensation der Engpässe (u.a. auf im Rahmen des regionalen Koordinierungssystems für Gas, ReCo), etabliert durch den Verband der Europäischen Fernleitungsnetzbetreiber (ENTSO-G) gemäß Artikel 3 Absatz 6 VO (EU) 2017/1938. Auf Ebene der Mitgliedstaaten findet dieser Austausch im Rahmen der Koordinierungsgruppe Gas (Gas Coordination Group, GCG) gemäß Artikel 4 VO (EU) 2017/1938 statt.

Die in der Notfallstufe geplanten oder durchzuführenden nicht-marktbasierten Maßnahmen zur Verhinderung einer potentiell nationalen Gasmangellage unterscheiden sich nicht grundlegend von den nicht-marktbasierten Maßnahmen der Hauptakteure der Notfallstufe zur Verhinderung einer potentiellen Gasmangellage mit regionaler Dimension.

3.4.1. Vorab festgelegten Maßnahmen, die auf der Angebots- und der Nachfrageseite ergriffen werden müssen, damit im Notfall Erdgas zur Verfügung steht

A. Marktbasierte Maßnahmen in der Notfallstufe

Sofern es die Versorgungslage zulässt sind in der Notfallstufe die Marktakteure angehalten alle möglichen marktbasieren Maßnahmen nach Kapitel 4 umzusetzen; u.a. auch die, die bereits in der Frühwarn- und Alarmstufe aufgeführt sind. Grundsätzlich gilt, dass in der Notfallstufe neben den hoheitlichen/ nicht-marktbasierten Maßnahmen auch marktbasieren Maßnahmen weiterhin parallel genutzt werden.

B. Hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen in der Notfallstufe nach VO (EU) 2017/1938

Hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen im Sinne dieses Notfallplans entsprechen hoheitlicher Eingriffsbefugnisse. Eine (nicht erschöpfende) Liste der nicht-marktbasierten Maßnahmen finden sich in Anhang VIII der VO (EU) 2017/1938 und sind in dieser Form auch im EnSiG und in der GasSV festgelegt. Sie umfassen, nicht erschöpfend,

a. Maßnahmen auf der Angebotsseite

- Rückgriff auf strategische Erdgasvorräte (in Deutschland nicht vorhanden),
- Anordnung der Nutzung der Speicherbestände alternativer Brennstoffe (z.B. gemäß der *Richtlinie 2009/119/EG des Rates vom 14. September 2009 zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/ oder Erdölzeugnissen zu halten* (Abl. 2009, L 265, S. 9)),
- Anordnung der Nutzung von Strom, der nicht mit Erdgas erzeugt wird,

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

- Anordnung der Erhöhung der Produktionsniveaus von Erdgas,
- Anordnung der Entnahme aus Speichieranlagen.

b. Maßnahmen auf der Nachfrageseite

Verschiedene Etappen einer verbindlichen Reduzierung der Nachfrage, einschließlich:

- Anordnung von Brennstoffwechsel,
- Anordnung der Nutzung von unterbrechbaren Verträgen, wo diese nicht in vollem Umfang als Teil der marktbasierenden Maßnahmen eingesetzt werden,
- Anordnung der Abschaltung von Kunden.

c. Maßnahmen nach EnSiG

Das EnSiG bietet ein umfassendes Instrumentarium für hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen zur Bewältigung einer Gasmangellage. Im Zuge der Bewältigung der Energiekrise im Jahr 2022 wurde das Instrumentarium des EnSiG ereignisbasiert und kurzfristig erweitert, z.B. mit betriebswirtschaftlichen Maßnahmen der Krisenbewältigung durch private Unternehmen wie *Besondere Maßnahmen zur Treuhandverwaltung und Enteignung, Preisanpassungsrechten und Stabilisierungsmaßnahmen* und der Umsetzung einer *Digitalen Plattform für Erdgas* (vgl. Kapitel 6) zur operativen Bewältigung einer Gasmangellage. Somit bietet das EnSiG eine stabile und gleichzeitig atmende Basis zur Bewältigung einer Energiekrise.

Auszugsweise werden die folgenden **Vorschriften nach § 1 Absatz 1 EnSiG** für hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen aufgelistet, die durch Rechtsverordnung auf der Angebots- und der Nachfrageseite für maximal sechs Monate grundsätzlich erlassen werden können; eine Verlängerung bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Konkrete Handlungsoptionen der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler finden sich in Kapitel 5. Das EnSiG ermöglicht grundsätzlich Rechtsverordnungen über

- (1) *„die Produktion, den Transport, die Lagerung, die Verteilung, die Abgabe, den Bezug, die Verwendung, die Einsparung, die Reduzierung des Verbrauchs sowie Höchstpreise von (...) gasförmigen Energieträgern, (...),*
- (2) *Buchführungs-, Nachweis- und Meldepflichten über die (...) genannten wirtschaftlichen Vorgänge, über Mengen und Preise sowie über sonstige Marktverhältnisse bei diesen Gütern,*
- (3) *die Herstellung, die Instandhaltung, die Abgabe, die Verbindung und die Verwendung von Produktionsmitteln der gewerblichen Wirtschaft, soweit diese Produktionsmittel der Versorgung mit (...) Erdgas dienen, sowie über Werkleistungen von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zur Instandhaltung, Instandsetzung, Herstellung und Veränderung von Bauwerken und technischen Anlagen, die der Versorgung mit (...) Erdgas dienen,*
- (4) *die Errichtung, den Einsatz und den Betrieb digitaler Plattformen durch die Verwaltungsbehörde oder durch Dritte für die Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen nach den Nummern 1 bis 3; soweit Dritte aufgrund ihrer Funktion zur Errichtung, zum Einsatz oder zum Betrieb einer digitalen Plattform verpflichtet werden, sind insbesondere Regelungen zu den Rechten und Pflichten des Betreibers, zu den Registrierungs- und Mitwirkungspflichten von Teilnehmern der Plattform sowie zur Ausgestaltung der Kosten und Entgelte des Betriebs und der Teilnahme vorzusehen,*

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

- (5) *befristete Abweichungen oder Ausnahmen für den Betrieb von Anlagen, soweit diese zwingend erforderlich sind, um die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie zu sichern, oder für den Betrieb sonstiger Anlagen, insbesondere, um diesen zu ermöglichen, den Einsatzbrennstoff zu wechseln, damit dieser für die Sicherstellung der Energieversorgung zur Verfügung gestellt werden kann (...),*
- (6) *befristete Abweichungen oder Ausnahmen für die Errichtung, den Betrieb und die Änderung von Anlagen, soweit diese Abweichungen oder Ausnahmen zwingend erforderlich sind, um die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie zu sichern, oder von sonstigen Anlagen, insbesondere, um diesen zu ermöglichen, den Einsatzbrennstoff zu wechseln, damit dieser für die Sicherstellung der Energieversorgung zur Verfügung gestellt werden kann (...).*“

In der Rechtsverordnung kann nach § 1 Absatz 3 EnSiG insbesondere vorgesehen werden, dass *„die Abgabe, der Bezug oder die Verwendung der Güter [gasförmige Energieträger] zeitlich, örtlich oder mengenmäßig beschränkt oder nur für bestimmte vordringliche Versorgungszwecke vorgenommen werden darf.“*

d. Maßnahmen nach GasSV

Die GasSV wurde auf Grundlage des EnSiG erlassen. Sie regelt die Übertragung der Lastverteilung bzw. hoheitliche Maßnahmen an die zuständigen staatlichen Stellen im Notfall. Zuständige staatliche Stellen sind im Fall eines überregionalen Versorgungsengpasses die BNetzA und bei einem regionalen Versorgungsengpass die Bundesländer. Zur Deckung des „lebenswichtigen Bedarfs“ an Erdgas unter besonderer Berücksichtigung der geschützten Kunden und der Minimierung von Folgeschäden können diese zuständigen Stellen als Lastverteiler Verfügungen nach § 1 GasSV erlassen.

Wenn ein Eingreifen im überregionalen Interesse, ein Ausgleich von elektrizitäts- und erdgaswirtschaftlichen Belangen oder der Einsatz von Erdgasspeichern und sonstigen Erdgasversorgungsanlagen mit überregionaler Bedeutung zu regeln ist, so übernimmt die BNetzA als zuständige staatliche Stelle ihre Rolle als Bundeslastverteiler. Wenn ein Eingreifen keine überregionalen Auswirkungen hat, so übernimmt das regional betroffene Bundesland die Lastverteilung. Da in den meisten Fällen davon auszugehen ist, dass eine Gasmangellage überregionale Auswirkungen hat, kommt der BNetzA in der Notfallstufe die zentrale Rolle als Lastverteiler zu.

Die Lastverteiler können u.a. nach § 1 Absatz 1 GasSV zur Deckung des lebenswichtigen Bedarfs Verfügungen erlassen

1. *„An Unternehmen an Unternehmen und Betriebe, die Gas erzeugen, beziehen, transportieren oder abgeben oder die Gasspeicheranlagen betreiben, über*
 - a) *die Gewinnung, Herstellung, den Bezug, die Bearbeitung, Verarbeitung, Umwandlung, Lagerung, Weiterleitung, Zuteilung, Abgabe, Verwendung, Einfuhr und Ausfuhr von Gas,*
 - b) *die Lagerung, Abgabe und Verwendung von Ausgangsstoffen zur Gasherstellung;*
2. *an Verbraucher über die Zuteilung, den Bezug und die Verwendung von Gas sowie den Ausschluss vom Bezug von Gas.“*

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

Darüber hinaus können Lastverteiler nach § 1 Absatz 2 GasSV „*Unternehmen und Betriebe, die Erdgas erzeugen, beziehen oder abgeben, sowie Verbraucher durch Verfügung verpflichtet, innerhalb einer bestimmten Frist bestehende Verträge zu ändern oder neue Verträge dieses Inhalts abzuschließen, soweit das angestrebte Verhalten durch Anwendung bestehender Verträge nicht oder nicht rechtzeitig verwirklicht werden kann. In der Verfügung ist für eine Leistung das übliche Entgelt oder, in Ermangelung eines solchen, ein angemessenes Entgelt festzusetzen.*“ Für die übrigen Vertragsbedingungen gilt Entsprechendes.

Nach § 1 Absatz 3 GasSV dürfen die Lastverteiler „*Verfügungen nur erlassen, soweit diese unbedingt erforderlich sind, um eine Gefährdung oder Störung der lebenswichtigen Versorgung mit Gas zu beheben oder zu mindern.*“

e. Konkretes Vorgehen der BNetzA in ihrer Rolle als Bundelastverteiler

Die sich aus EnSiG und GasSV ableitenden Handlungsoptionen der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler werden in Kapitel 5 beschrieben. Die zum Einsatz kommende Sicherheitsplattform Gas (SiPla) wird als zentrales Instrument zum Management von Gasverbrauch in der Notfallstufe in einem eigenen Kapitel 6 beschrieben.

3.4.2. Einschränkende Bedingung bei der Umsetzung von Maßnahmen

Nach Artikel 11 Absatz 6 der VO (EU) 2017/1938 müssen die Gasversorgungsunternehmen und die zuständigen Behörden bei der Umsetzung von oben genannten Maßnahmen beachten, dass

- keine Maßnahmen ergriffen werden, die die Lastflüsse innerhalb des Binnenmarktes ungebührlich einschränken;
- keine Maßnahmen ergriffen werden, durch die wahrscheinlich die Gasversorgung in einem anderen EU-Mitgliedstaat ernsthaft gefährdet würde;
- der grenzüberschreitende Zugang zu Infrastrukturen (...) soweit technisch und sicherheitstechnisch möglich aufrechterhalten wird.

Das Agieren der Lastverteiler in der Notfallstufe soll keinen unangemessenen Einfluss auf den Betrieb des virtuellen Handlungspunkts (VHP) und und die getätigten Geschäfte haben.

3.4.3. Einbezug des Katastrophenschutzes

Liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass der Einsatz des Katastrophenschutzes infolge einer massiven Versorgungskrise im Bereich Erdgas erforderlich werden könnte, informiert das BMWK lageabhängig die zuständige Stelle im Bereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI).

3.4.4. Voraussichtliche Beiträge der Maßnahmen zur Bewältigung der Auswirkungen des Ereignisses oder zur Vorbereitung auf ein Ereignis vor seinem Eintritt, das zur Ausrufung der Notfallstufe geführt hat

Die beschriebenen Maßnahmen führen in ihrer Gesamtheit dazu, dass sich die Versorgungslage stabilisiert bzw. dass die Auswirkungen der in der Tabelle 3 bzw. der in der Tabelle 4 beschriebenen Indikatoren, die der Ausrufung der Notfallstufe zugrunde lagen, mitigiert werden. Darüber hinaus führen die Maßnahmen dazu, dass das Risiko einer lang-anhaltenden Gasmangellage verringert wird. Im

3. Bei den einzelnen Krisenstufen zu treffende Maßnahmen

Idealfall führen die Maßnahmen dazu, dass die Krisenstufe von der Notfallstufe wieder auf die Alarmstufe zurückgestuft werden kann.

3.4.5. Entschädigungsregelung im Fall einer Enteignung von Erdgas

Entschädigungs- und Ausgleichsmechanismen gemäß §§ 11, 11a und 12 EnSiG gelten für den Fall, dass die Sicherung der Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Erdgas oder die Erfüllung von Solidaritätsmaßnahmen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 durch den Einsatz von Rechtsverordnungen gemäß EnSiG, also oben aufgeführte hoheitliche/ nicht-marktbasierte Maßnahmen, erforderlich sind.

Für eine Enteignung des Eigentums an Erdöl, Erdölerzeugnissen, an sonstigen festen, flüssigen und gasförmigen Energieträgern, an elektrischer Energie und sonstigen Energien (Güter) oder an Produktionsmitteln der gewerblichen Wirtschaft, soweit diese Produktionsmittel der Versorgung mit elektrischer Energie dienen, zur Sicherung des lebenswichtigen Bedarfs an Erdgas innerhalb Deutschlands oder in einem mit Deutschland infrastrukturell verbundenen Nachbarstaat, ist gemäß § 11 EnSiG eine Entschädigung in Geld zu leisten. Die Entschädigung wird gewährt für mit der Enteignung verbundenen Vermögensnachteilen.

Die Entschädigung wird bemessen maßgeblich an den Erwerbs- oder Produktionskosten des Entschädigungsberechtigten zum Zeitpunkt des Erwerbs oder der Produktion des enteigneten Gutes. Insofern Produktionsmittel der gewerblichen Wirtschaft enteignet werden ist für die Bemessung der Entschädigung deren Verkehrswert maßgeblich.

Zur Leistung der Entschädigung ist derjenige verpflichtet, der durch die angewendeten hoheitlichen/ nicht-marktbasierten Maßnahmen begünstigt wird. Insofern kein Begünstigter vorhanden ist, so müssen der Bund bzw. das Bundesland die Entschädigung leisten, wenn die Enteignung durch eine nach dem EnSiG erlassene Rechtsverordnung oder durch eine Maßnahme einer Bundesbehörde erfolgt ist bzw. das Bundesland, das die Maßnahme angeordnet hat. Die Entschädigung wird durch die Behörde festgesetzt, die die entsprechende Rechtsverordnung bzw. Maßnahme erlassen hat.

Wird durch eine Rechtsverordnung oder Maßnahme dem Betroffenen ein Vermögensnachteil zugefügt, der nicht die in § 11 EnSiG Voraussetzungen erfüllt, so ist gemäß § 12 EnSiG eine Entschädigung in Geld durch den Bund oder dem Bundesland zu gewähren, soweit die wirtschaftliche Existenz des Betroffenen durch unabwendbare Schäden gefährdet oder vernichtet ist oder die Entschädigung zur Abwendung oder zum Ausgleich ähnlicher unbilliger Härte geboten ist (Härtefallausgleich). Dies ist regelmäßig geboten bei Maßnahmen aufgrund einer Rechtsverordnung Erfüllung der Verpflichtung zu Solidaritätsmaßnahmen nach Artikel 13 VO (EU) 2017/1938.

Werden Gasmengen, die in Erdgasspeichern eingespeichert sind, durch Rechtsverordnungen oder Maßnahmen gemäß EnSiG enteignet, ist ebenfalls eine Entschädigung gemäß § 11a EnSiG in Geld an den entsprechenden Nutzer der Erdgasspeicheranlage durch den Bund zu leisten.

4. Marktbasierte Maßnahmen der Marktakteure im Vorfeld und während Engpasssituationen

4. Marktbasierte Maßnahmen der Marktakteure im Vorfeld und während Engpasssituationen

Es besteht ein breiter Instrumentenkasten an marktbasierter Instrumenten, die helfen können, den industriellen Gasverbrauch zu reduzieren. Dabei sind marktbasierende Instrumente und Maßnahmen der Gasversorgungsunternehmen in Deutschland rechtlich im EnWG verankert. Marktbasierende Maßnahmen bezeichnen solche Maßnahmen, die von den am Markt tätigen Gasversorgungsunternehmen ohne Eingriff des Staats ergriffen werden können. Darunter fallen sowohl marktbezogene als auch netzbezogene Maßnahmen.

Marktbezogene Maßnahmen sind Maßnahmen, die den Markt miteinbeziehen, also z.B. der Einkauf von Regelenergie oder die Kürzung von Gaslieferungen. Netzbezogene Maßnahmen, z.B. Netzschaltungen, werden dagegen vom Markt nicht bemerkt. Maßnahmen, die die Netzbetreiber gemäß § 16 Absatz 1 sowie § 16a EnWG ergreifen, sind marktbasierend im Sinne der VO (EU) 2017/1938 und dieses Notfallplans. Darüber hinaus existieren Maßnahmen nach § 16 Absatz 2 EnWG (ggf. in Verbindung mit § 16a EnWG), die von den Netzbetreibern ergriffen werden, wenn es ihnen einzeln nicht gelingt, die Gefährdung oder Störung in ihrem jeweiligen Netz im Rahmen ihrer eigenen Systemverantwortung zu beseitigen.

Zur Sicherstellung der Erdgasversorgung stehen den Gasversorgungsunternehmen im Falle von (potenziellen) Engpässen kurzfristig konkrete operative Maßnahmen zur Verfügung, die sie im Einklang mit ihren jeweiligen, den gesetzlichen und den regulatorischen Rahmenbedingungen und den Vorgaben der VO (EU) 2017/1938 greifen können. Dieses Maßnahmenbündel wird im Krisenfall bei Bedarf durch die Gasversorgungsunternehmen, unter Umständen in Absprache mit und unter Berücksichtigung der Risikobewertung der BNetzA präzisiert. Die nachfolgende Aufzählung ist lediglich indikativ, impliziert keine Abfolge und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

4.1. Marktbasierte Maßnahmen der Gashändler und -lieferanten

A. Flexibilität auf der Beschaffungsseite

Erdgashändler und -lieferanten, insb. Produzenten und Importeure, nutzen vorhandene Flexibilität auf der Beschaffungsseite, um die Versorgung ihrer Kunden in (potenziellen) Engpasssituationen zu sichern. Bei Lieferausfällen bemühen sich die betroffenen Erdgashändler und -lieferanten zeitnah um Ersatzmengen. Hierzu gehören insb. auch die Nutzung von Flexibilität im Importbereich und der netzdienliche Einsatz der von ihnen gebuchten Erdgasspeichermengen. Gleichermaßen wird Flexibilität auf der nationalen und internationalen Absatzseite nutzbar gemacht.

B. Handel am virtuellen Handlungspunkt des Marktgebietsverantwortlichen Gas (THE)

Auch in der Notfallstufe ist der grundsätzliche Betrieb des virtuellen Handlungspunktes (VHP) und des darauf aufsetzenden Börsenbetriebs inklusive Lieferung bzw. Nominierung am VHP vorgesehen und gewährleistet.

Die European Energy Exchange (EEX) plant, den Betrieb des Spothandels auch bei Eintritt einer Gasmangellage nicht einzustellen. Hierdurch kann folgendes weitestgehend sichergestellt werden:

- Am Markt entstehen auch in der Notfallstufe wichtige Preissignale, so dass bestehende Lieferverpflichtungen und die Ausgeglichenheit der Bilanzkreise

4. Marktbasierte Maßnahmen der Marktakteure im Vorfeld und während Engpasssituationen

marktbasiert organisiert werden können. Die EEX-Börsenplattform bietet somit Marktteilnehmenden die Möglichkeit, Handelsgeschäfte auch im Krisenfall abzuschließen. Dadurch entsteht auch weiterhin Anreize möglichst hohe Erdgasmengen nach Deutschland zu importieren.

- Systemrelevanter Regelenergiehandel, Engpassmanagement zur Aufrechterhaltung des deutschlandweiten Marktgebiets und die Bestimmung von Ausgleichsenergiepreisen durch THE werden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben an der Energiehandelsbörse European Energy Exchange (EEX) ermöglicht.

C. Verantwortlichkeit für das Bilanzkreismanagement

Auch in der Notfallstufe bleiben die Verantwortlichkeiten für das Bilanzkreismanagement aufrechterhalten.

4.2. Marktbasierte Maßnahmen der Fernleitungs- (FNB) und Verteilnetzbetreiber (VNB) und ihre Umsetzung

Die Gasversorgungsunternehmen entscheiden in eigener Verantwortung unter Berücksichtigung der jeweiligen Gefährdungssituation und der Versorgungslage, welche Maßnahme erforderlich und geeignet ist, um das Funktionieren des Markts und die Aufrechterhaltung der Systemstabilität und Versorgung der geschützten Kunden so lange wie möglich zu gewährleisten. Im Sinne der VO (EU) 2017/1938 und im Rahmen ihrer rechtlichen und technischen Möglichkeiten geben die Gasversorgungsunternehmen denjenigen Maßnahmen den Vorzug, die bei vergleichbarer Wirkung die Umwelt und die Wirtschaft am wenigsten belasten. Grundsätzlich sind die Gasnetzbetreiber im Rahmen ihrer Systemverantwortung nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) verpflichtet, den Betrieb sicherer und zuverlässiger Netze zu gewährleisten. Den Fernleitungs- und Verteilnetzbetreibern kommt für die Sicherstellung der Gasversorgung auf der Basis der §§ 15, 16 und 16a EnWG dabei eine zentrale Rolle zu.

Sofern die Netzbetreiber durch netz- oder marktbezogene Maßnahmen eine Störung oder Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Gasversorgungssystems nicht oder nicht rechtzeitig beseitigen können (§ 16 Absatz 1 EnWG), ist diese durch die Netzbetreiber mit den Maßnahmen gemäß § 16 Absatz 2 EnWG herzustellen.

Im Zusammenspiel mit der Vorgabe des § 53a EnWG haben sie dabei maßgeblich darauf hinzuwirken, die Versorgung geschützter Kunden im Sinne der europäischen Gasversorgungssicherheits-Verordnung 2017/1938 (Gas-SoS-VO) auch im Falle der teilweisen Unterbrechung der Gasversorgung sicherzustellen, soweit dies aus wirtschaftlichen Gründen zumutbar ist. Bei den geschützten Kunden handelt es sich um Haushalts- bzw. SLP-Kunden, grundlegende soziale Dienste und unter bestimmten Voraussetzungen auch um Fernwärmeanlagen.

A. Nutzung interner Regelenergie

Es werden die Puffermöglichkeiten in den Erdgasnetzen genutzt, um kurzfristige Schwankungen in der Systembilanz auszugleichen. Diese werden sowohl innerhalb der Marktgebiete als auch übergreifend eingesetzt.

B. Optimierung von Lastflüssen

4. Marktbasierte Maßnahmen der Marktakteure im Vorfeld und während Engpasssituationen

Es finden Optimierungen innerhalb der Erdgasnetze und mit den anderen Netzbetreibern im Marktgebiet statt, um die verfügbaren Transportkapazitäten maximal zu nutzen.

C. Anforderung externer Regelenergie

Regelenergie setzt der Marktgebietsverantwortliche Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE), immer dann ein, wenn das Verhältnis zwischen abgenommenen und eingespeisten Gasmengen im Netz nicht ausgeglichen ist. Regelenergie ist der zentrale Mechanismus, um auch während einer Gasmangellage Einspeisung und Verbrauch zum Ausgleich zu bringen. Zum Ausgleich von Defiziten in der Bilanz des Marktgebiets aufgrund zu geringer Einspeisungen werden durch THE Erdgasmengen an den Großhandelsmärkten eingekauft.

D. Abruf von externer lokaler und/ oder netzpunktscharfer Regelenergie

Sofern der Abruf von externer Regelenergie nicht den gewünschten Effekt bewirkt hat, beschafft THE zum einen kurzfristig Erdgas. Zum anderen beschafft THE zum Ausgleich von Defiziten in den einzelnen Netzbereichen die folgenden lokal und/ oder netzpunktscharf wirksamen Regelenergieprodukte. Bei den aktuell von THE nachgefragten börslichen Regelenergieprodukten bzw. den Regelenergieprodukten auf der Plattform von THE handelt es sich um etablierte Instrumente, die in marktlichen Verfahren ausgeschrieben werden. Auf beiden Plattformen können sich Gasverbraucher grundsätzlich bereits heute schon beteiligen. Insbesondere die existierenden Produkte Long Term Options (LTO) bzw. Short Term Balancing Services (STB) kommen für industrielle Verbraucher in Betracht.

- Long Term Option (LTO)

Die auszuschreibende Menge an LTOs wird im Vorfeld eines jeden Winters zwischen THE, BMWK und BNetzA abgestimmt. Kurzfristige Sonderausschreibungen innerhalb des Winters zur ergänzenden Absicherung des Regelenergiebedarfs sind möglich.

LTOs verpflichten den Anbieter, die kontrahierte Leistung über einen festgelegten Zeitraum für den Fall eines Abrufes vorzuhalten. Für die LTOs können Angebote für eine Leistungsvorhaltung innerhalb einer Regelenergiezone oder einer Teilzone abgegeben werden. Im Fall eines Abrufs müssen die Mengen an allen nominierbaren Ein- und Ausspeisepunkten sowie an Ausspeisepunkten mit registrierter Leistungsmessung (RLM) der jeweiligen Regelenergiezone oder der Teilzone erfüllt werden. Um die Bereitschaft und operative Möglichkeit zur Teilnahme am Regelenergiemarkt für industrielle Endverbraucher zu erhöhen, wurde zudem die Anzahl der möglichen Abruftage innerhalb eines Vorhaltezeitraums beschränkt und die Möglichkeit zum „Pooling“ verschiedener Flexibilitätsquellen gegeben.

Ein eigenständiges langfristiges Regelenergieprodukt zur Realisierung des Demand-Side-Management Potentials (DSM-Produkt) wurde zum 01. Januar 2018 mit dem LTO-Produkt verschmolzen.

- Short-Term-Balancing-Service (STB)

STBs decken kurzfristige und lokal begrenzte Versorgungsengpässe. Über STBs kann THE im Bedarfsfall auf kurzfristiger Basis ggf. Regelenergiepotentiale erreichen, die Anbieter nicht über die standardisierten Börsenprodukte anbieten (Industriekunden können z.B. Verbrauchsreduzierungen gegen Zahlung eines Arbeitspreises anbieten).

4. Marktbasierte Maßnahmen der Marktakteure im Vorfeld und während Engpasssituationen

STB-Ausschreibungen erfolgen lediglich kurzfristig bei einem entsprechenden Bedarf.

– **Regelenergieprodukt Load Reduction (LRD)**

Zum Startzeitpunkt 01. Oktober 2022 wurde durch den Marktgebietsverantwortlichen Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE), dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und der BNetzA das zusätzliche Regelenergieprodukt Load Reduction (LRD) beauftragt, das einen besonderen Fokus auf die Aktivierung von Abschaltpotentialen von Industrieverbrauchern legt. Die Umsetzung dieses Regelenergieprodukts erfolgt innerhalb des MOL-Ranges 4 (Merit Order List - Preisreihenfolge).

Ähnlich wie Regelenergieprodukte wirken auch die in Baden-Württemberg genutzten **Lastflusszusagen**, bei denen Unternehmen sich aus Gründen von Netzengpässen verpflichten, den Gasverbrauch zu reduzieren.

E. Speichergesetz und Ausschreibung von strategischen Optionen zur Vorhaltung von Gas (Strategic Storage-Based Options, SSBOs)

Entsprechend des am 30. April 2022 in Kraft getretenen Speichergesetzes hat THE zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit strategische Optionen zur Vorhaltung von Gas (Strategic Storage-Based Options, SSBOs) auszuschreiben. SSBOs bestehen aus zwei Vertragskomponenten: Zum einen verpflichten sich die Speichernutzer dazu, zu bestimmten Stichtagen eine bestimmte Menge Erdgas physisch in Erdgasspeicher einzulagern. Zum anderen bekommt THE Zugriff auf einen Teil dieser Mengen.

Das Instrument SSBOs adressiert dabei bereits auch solche Erdgashändler, die – durch Einsparungen ihrer „normalen“ Abnehmer – freigewordene Bezugsmengen aus ihren Lieferverträgen für das Angebot von SSBOs einsetzen werden. Im Grunde können solche SSBO-Angebote auch in Kooperation zwischen einem Industriekunden und seinem Lieferanten abgegeben werden.

F. Verlagerung von Erdgasmengen in Zusammenarbeit mit Netzbetreibern

Mit in- und ausländischen direkt-verbundenen Netzbetreibern werden Möglichkeiten zur vorübergehenden Verlagerung von Einspeisemengen an andere Einspeisepunkte vereinbart, um akute Transportengpässe zu umgehen und damit die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mengen zu verbessern.

G. Lastflusszusagen

Vertraglich verbindliche Zusagen zwischen Gasversorgungsunternehmen werden zur Mengenverteilung eingesetzt, um Erdgasflüsse an bestimmte Ein- bzw. Ausspeisepunkte zu verlagern oder bereitzustellen.

H. Unterbrechung auf vertraglicher Basis von unterbrechbaren Verträgen

Die Netzbetreiber nutzen ihre vertraglichen Rechte zur Unterbrechung von Ausspeisungen an relevanten Punkten zur Reduzierung der Last. Relevante Punkte können insb. Grenzübergangs-, Marktgebietsübergangs-, Netzanschluss- und Speicheranschlusspunkte sein. Die unterbrechbaren Ausspeiseverträge enthalten kommerzielle Regelungen für diesen Zweck. Auch eine Unterbrechung des nicht fest zugesagten Anteils der internen Bestellung ist möglich.

Wenn Netzbetreiber und Letztverbraucher in einer vertraglichen Vereinbarung eine Unterbrechung der Nutzung von Erdgasanschlüssen nach § 14 Buchstabe b

4. Marktbasierte Maßnahmen der Marktakteure im Vorfeld und während Engpasssituationen

EnWG vereinbaren, berechnen die Verteilnetzbetreiber im Gegenzug ein reduziertes Netzentgelt.

Um die Bilanzkreisverantwortlichen zur Verlagerung ihrer Einspeisungen in unterversorgte Netzbereiche zu veranlassen kann es notwendig werden, bei unterbrechbaren Einspeiseverträgen die Pflichten ruhen zu lassen.

Der Betreiber eines für das Elektrizitätsversorgungssystem als systemrelevant ausgewiesenen Gaskraftwerks und sein Verteilnetzbetreiber berücksichtigen feste Kapazitäten für den Zugang zum Erdgasversorgungsnetz.

I. Weitere Befugnisse und Pflichten der Fernleitungs- und Verteilnetzbetreiber

Gelingt es den einzelnen Netzbetreibern nicht, mithilfe der oben genannten Maßnahmen, die Gefährdung oder Störung in ihrem jeweiligen Netz im Rahmen ihrer eigenen Systemverantwortung zu beseitigen, so sind sie im Rahmen der Zusammenarbeit nach § 16 Absatz 2 i.V.m § 15 Absatz 1 EnWG *„berechtigt und verpflichtet, sämtliche Gaseinspeisungen, Gastransporte und Gasausspeisungen in ihren Netzen den Erfordernissen eines sicheren und zuverlässigen Betriebs der Netze anzupassen oder diese Anpassung zu verlangen.“* Dabei sind *„die betroffenen Betreiber von anderen Fernleitungs- und Gasverteilernetzen und Gashändler (...) soweit möglich vorab zu informieren.“*

Entsprechendes gilt nach § 16a EnWG auch für die Verteilnetzbetreiber.

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

Die Handlungsoptionen der BNetzA als Bundeslastverteiler (BLastV) im Rahmen einer Gasmangellage sollen so transparent wie möglich beschrieben werden. Die Ausführungen in diesem Kapitel unterliegen einer ständigen Weiterentwicklung im Dialog der BNetzA mit Politik, Ministerien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

Der BLastV hat in einer Gasmangellage die Aufgabe gemäß § 1 EnSiG sowie § 1 GasSV, den lebenswichtigen Bedarf an Gas zu decken. Praktisch besteht die Aufgabe des BLastV darin, Gasmengen zu beschaffen bzw. den Gasverbrauch zu reduzieren. Ziel ist es die seitens der Fernleitungsnetzbetreibern gemeldeten „Engpasszonen“ aufzulösen. Solche Engpasszonen entstehen, sofern der Marktgebietsverantwortliche Gas (THE) nicht ausreichend Gasmengen als Regelenergie für ein unterspeistes Netzgebiet auf dem Markt beschaffen kann. Eine Engpasszone kann regional beschränkt sein, sich über Bundesländer erstrecken oder auch das gesamte Bundesgebiet beschreiben; hydraulische Netzbeschränkungen innerhalb einer Engpasszone werden nicht weiter berücksichtigt. Diesem Kapitel liegt die Annahme zu Grunde, dass jede Maßnahme innerhalb einer Engpasszone gleichermaßen wirken kann.

Der BLastV wird in der Notfallsituation eine Prognose für die folgenden neun Tage auf Basis der durch die Fernleitungsnetzbetreiber benannten Fehlmengen zu erstellen. Die Abwägungsentscheidungen des BLastV werden unter Anwendung der im folgenden skizzierten Kriterien in der Regel über diesen Zeithorizont erfolgen.

Die in einer Mangellage zu treffenden Entscheidungen sind immer Einzelfall-Entscheidungen, weil die dann geltenden Umstände von so vielen Parametern (u.a. Gasspeicherfüllmengen, Witterungsbedingungen, europäische Bedarfe, erzielte Einsparerfolge, etc.) abhängen, dass sie nicht vorherzusehen sind. Daher bereitet die BNetzA keine abstrakten Abschalt-Reihenfolgen vor. Eine abstrakte Abschalt-Reihenfolge würde der Komplexität des Entscheidungsprozesses weder gerecht, noch ist sie geeignet, tragfähige Lösungen im Vorfeld herbeizuführen. Vielmehr müssen Entscheidung mit Blick auf Belange und Bedeutung der betroffenen Akteure, aber eben auch mit Blick auf die netztechnische Situation und die bestehenden Gasflüsse in einer Gesamtabwägung getroffen werden.

Ziel des Bundeslastverteilers ist es, die Reduktion von Gasmengen so zu verfügen, dass die Bereitstellung von lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen sichergestellt bleibt. Dies ist letztlich eine Abwägungsentscheidung. Diese Abwägungsentscheidung beruht auf einer Reihe von Bausteinen, die die BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler nutzt, um Engpasssituationen in der Erdgasversorgung aufzulösen. Diese Bausteine umfassen Informationen, die über die Sicherheitsplattform Gas (SiPla) ermittelt, sowie über die Austausch des Bundeslastverteilers mit den Fernleitungsnetzbetreibern, dem Marktgebietsverantwortlichen sowie mit den Ressorts und Behörden der Bundesländer sowie ggf. weiteren Analysen gewonnen werden.

Um die für eine – vor allem nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen – differenzierende Vorgehensweise des Bundeslastverteilers erforderlichen Daten zu erlangen, hat die BNetzA die im Kapitel 6 beschriebene Sicherheitsplattform Gas

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

(SiPla) in Betrieb genommen. Mit der SiPla soll die Menge an Daten handhabbar gestaltet und vor allem aktuell gehalten werden. Damit können sich in einem ersten Schritt die 2.500 größten Gasverbraucher und Bilanzkreisverantwortliche sowie Fernleitungsnetzbetreiber zunächst registrieren und ihre Daten fortlaufend aktualisieren. Es werden neben Stammdaten auch Informationen zu aktuellen und geplanten Gasverbräuchen abgefragt und analysiert. Sie dienen dem BLastV im Falle einer Gasmangellage dazu, fundierte Entscheidungen über erforderliche Versorgungsreduktionen im Krisenfall zu treffen. In einem zweiten Schritt wird die SiPla auch auf Gasverteilernetzbetreiber, Gasspeicherbetreiber und Gasspeichernutzer ausgeweitet werden.

Im Sommer 2022 hat die BNetzA Studie „Gasverbrauch von Produktionsbereichen – Analyse von Wertschöpfungsketten“ bei der *Prognos AG* in Auftrag gegeben, die seit November 2022 vorliegt. Inhalt der Studie ist die Darstellung und Analyse von Wertschöpfungsketten zur grundlegenden Vorbereitung auf eine potentiell notwendige Reduktion der Gasbezugsmengen (Gasmangellage). Die Studie liefert abstrakt Hinweise auf Produktionsbereiche, in denen die negativen Folgen einer Gasmengenbezugsreduktion erwartbar geringer wären als in anderen. Sie gibt jedoch explizit keine „Abschaltreihenfolge“ vor.

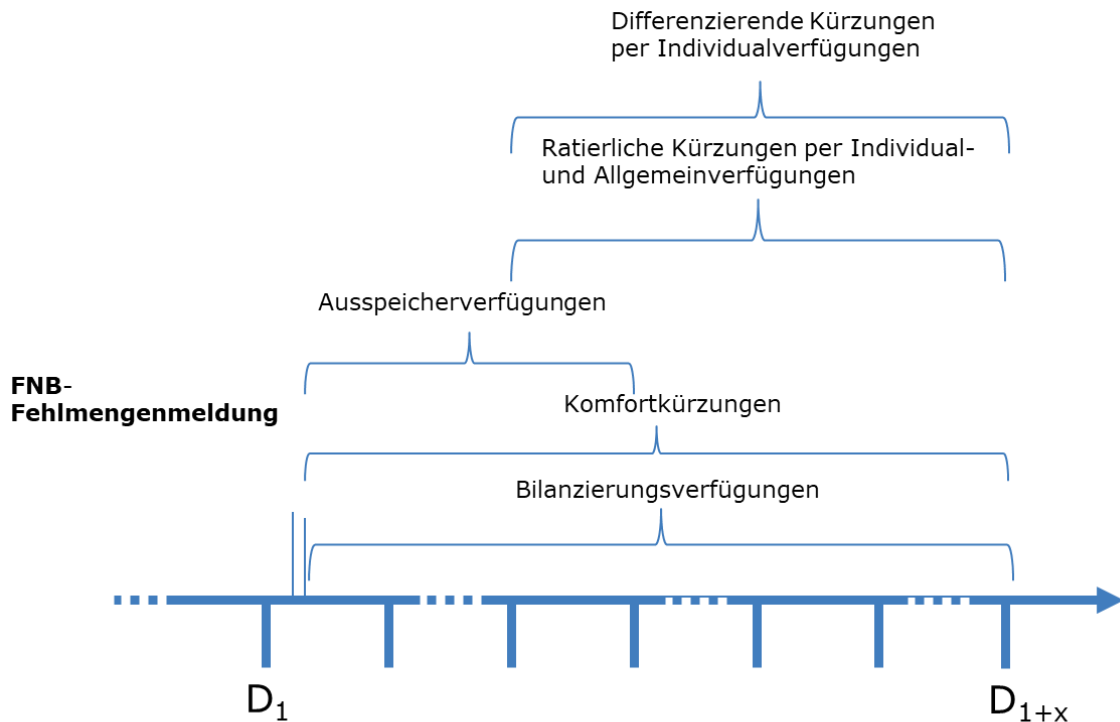
Methodisch führt die Studie Gasverbrauchsdaten, Informationen über Wertschöpfungsketten und die Liste Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammen und berücksichtigt dabei auch die gesetzlichen Vorgaben zu geschützten Kunden. KRITIS sind Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Im Ergebnis liefert die Studie für 78 aggregierte Produktionsbereiche Zahlen zu deren Schutzstatus, Bedeutungsgrad in Wertschöpfungsketten sowie Komplexitätsgrad.

5.1. Handlungsoptionen des BLastV zur Auflösung von Engpasszonen: Ausspeicherverfügungen, Kürzungen bei Letztverbrauchern durch Allgemein- und Individualverfügungen

Der BLastV trifft eine Abwägungsentscheidung auf der Basis der ihm vorliegenden Informationen. Abwägungsentscheidungen setzen Maßnahmen des BLastV in Kraft, die eine Engpasszone auflösen können. Hierzu kommen grundsätzlich folgende Handlungsmöglichkeiten in Betracht. Diese stehen aber nicht in jedem Falle tatsächlich zur Verfügung oder versprechen immer zwingend effektive Resultate:

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

Abbildung 1: Handlungsoptionen des BLastV im Zeitverlauf zur Auflösung von Engpasszonen in der Notfallstufe



5.1.1. Konzept zur Handlungsoption Ausspeicherverfügungen

Ausspeicherverfügungen sollen stufenweise erlassen werden:

Abbildung 2: Ausspeicherverfügungen in drei Stufen

Stufe	Beschreibung
1. Stufe	Ausspeicherung von strategischen Optionen zur Vorhaltung von Gas (SSBO), die durch den Marktgebietsverantwortlichen Gas (THE) gehalten werden; ggf. gemäß § 35d EnWG im Einvernehmen zw. BMWK und BNetzA auch bereits vor der Notfallstufe möglich
2. Stufe	Ausspeicherung von Gasmengen, die durch den Marktgebietsverantwortlichen Gas (THE) beschafft wurden
3. Stufe	Ausspeicherung sonstiger Gasmengen der Speichernutzer

Die Ausspeicherverfügungen sowie die Freigabe der Mengen gemäß § 35d EnWG dienen neben einer Behebung eines Engpasses vor allem dem Ziel, durch eine Erhöhung des Angebots in einer Gasmangellage Zeit zu gewinnen (im Optimalfall – je nach Lage – 72 Stunden und mehr), damit die Letztverbraucher einen Vorlauf haben und sich darauf einstellen können, ggf. ihren Gasverbrauch zu reduzieren. Entsprechende Maßnahmen richten sich zunächst an den Marktgebietsverantwortlichen Gas, der Gasmengen eingespeichert hat, und dann an die übrigen Speichernutzer.

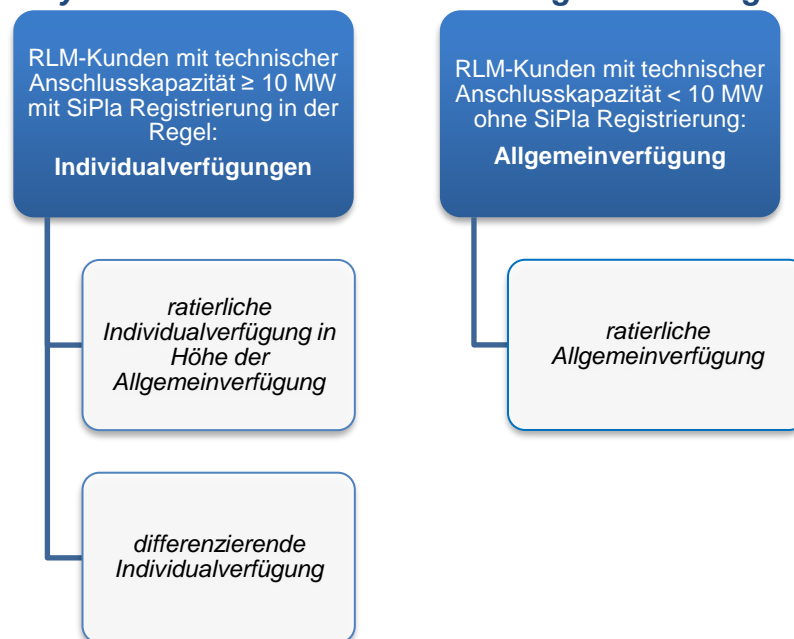
5.1.2. Konzept zur Handlungsoption Kürzungen bei Letztverbrauchern

In engem zeitlichem Zusammenhang zu den Ausspeicherverfügungen sollen Anordnungen zu Gasverbrauchsreduktionen mit zeitlichem Vorlauf gegenüber

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM-Kunden) ergehen, um die Nachfrage zu reduzieren und somit auch im weiteren Verlauf der Gasmangellage den Engpass zu beheben. Gegenüber den RLM-Kunden wird durch den BLastV – sowohl über Allgemeinverfügungen als auch über Individualverfügungen – eine ratierliche Kürzung des Gasverbrauchs verfügt. Während die Allgemeinverfügungen über die Website der BNetzA und durch Pressemitteilungen bekanntgegeben werden, werden die Individualverfügungen über die SiPla Gas per Email bekanntgegeben. Als Adressaten solcher Verfügungen sind Erdgasspeicherbetreiber ausgenommen.

Abbildung 3: Systematik der Individual- und Allgemeinverfügungen



A. Ausgestaltung der Allgemeinverfügungen

Die Allgemeinverfügung wird erlassen für alle RLM-Kunden, die nicht auf der SiPla Gas registriert sind. Hierbei bestehen Ausnahmen für geschützte Kunden gemäß § 53a EnWG und besonders schützenswerte Produktionsbereiche.

Allgemeinverfügungen

- verfügen über einen Prozentsatz im Vergleich zum Gasverbrauch der vorangegangenen Woche,
- berücksichtigen bereits erfolgter freiwilliger Gaseinsparungen,
- ermöglichen Pooling,
- machen Ausnahmen bei Gefahr für z.B. Leib oder Leben sowie drohenden Anlage- oder Tier-, oder Umweltschäden.

Für weitere Details zur Ausgestaltung der Allgemeinverfügung wie freiwillige Gaseinsparungen und Pooling sind die Merkblätter auf der Website der BNetzA zu beachten.

Die Ausnahmen könnten je nach konkreter Lage des Einzelfalls angepasst werden. Der Umfang des lebenswichtigen Bedarfs muss in der jeweiligen konkreten Lage bestimmt werden – insbesondere in Relation zu den verfügbaren Gasmengen, der vermuteten Dauer der Mangellage und der Außentemperatur.

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

Auch die Belange des Elektrizitätsmarkts werden durch eine Regelung für Gaskraftwerke berücksichtigt.

B. Ausgestaltung der Individualverfügungen

Bei Reduzierungsverpflichtungen, die durch den BLastV per Email übermittelt werden, ist zwischen den folgenden zwei Arten von Individualverfügungen zu unterscheiden.

Tabelle 6: Rationierliche und differenzierte Individualverfügung

Rationierliche Individualverfügung	Differenzierte Individualverfügung
<ul style="list-style-type: none"> - basiert auf den Maßstäben der Allgemeinverfügung - adressiert die auf der SiPla registrierten Letztverbraucher - sieht Ausnahmen von der Verfügung vor auf Basis konkreter Angaben der Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - berücksichtigt weitere Kriterien, die über die SiPla erhoben werden, - berücksichtigt mögliche Differenzierungskriterien nach Produkten, Gasintensität, Wertschöpfung, ökonomischen Effekten, Substituierbarkeit, Position in Lieferketten und Relevanz einzelner Güter, - kürzt den Gasbezug unter Umständen in erheblichem Umfang, ggf. bis zur kompletten Untersagung
<p>Die individuelle rationierliche Kürzung ist das Äquivalent zu der rationierlichen Allgemeinverfügung, die gegenüber den nicht auf der SiPla registrierten RLM Kunden ergeht. Dabei wird statt einer prozentualen Reduzierungspflicht – so in der Allgemeinverfügung – ein absoluter Leistungswert in MWh/Stunde festgelegt, auf den der Adressat mindestens im Tagesdurchschnitt reduzieren muss.</p>	<p>Die individuelle differenzierende Kürzung wird perspektivisch aufgrund eines individualisierten Abwägungsprozesses ergehen. Bei dieser Verfügung sollen Reduzierungsverpflichtungen für die Endverbraucher verfügt werden, bei denen eine Gesamtbetrachtung, insbesondere unter wohlfahrtsökonomischen Gesichtspunkten, ergibt, dass die Beschaffung entsprechender Gasmengen bei dem jeweiligen Endverbraucher zum einen effizient, aber gleichzeitig verhältnismäßig ist.</p>

Die rationierliche und die differenzierte Individualverfügung setzen eine Registrierung des jeweiligen Adressaten auf der SiPla voraus. Verpflichtend ist eine Registrierung für industrielle und gewerbliche Kunden mit einer technischen Anschlusskapazität in Höhe von mindestens 10 MWh/Stunde. Weiter sind Verbraucher der öffentlichen Verwaltung mit einer technischen Anschlusskapazität i.H.v. größer 10 MWh/Stunde angehalten, sich auf der SiPla Gas zu registrieren.

Die BNetzA beabsichtigt in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler bereits erfolgte Erdgaseinsparungen bei den rationierlichen Kürzungen des Erdgasverbrauchs zu berücksichtigen. Freiwillige Reduzierungen bedeuten dann also keinen Nachteil

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

für Unternehmen. Auf diese Weise erhalten Unternehmen auch keinen Anreiz, im Vorhinein mehr Gas zu verbrauchen als erforderlich.

Für die Berücksichtigung von bereits erfolgten Erdgaseinsparungen bestehen zwei Zeiträume: Ein aktueller Betrachtungszeitraum und ein historischer Referenzzeitraum, die von der BNetzA angepasst werden können, sollten z.B. Bemühungen der Industrie Erdgas einzusparen erheblich nachlassen; Ziel ist es die Anreize Einsparungen vorzunehmen möglichst hoch zu lassen. Nachweise über bereits erfolgte Gaseinsparungen werden zum einen entsprechend Marktlokationen per Individualverfügung adressiert, die auf der Sicherheitsplattform Gas registriert sind. Marktlokationen, die nicht auf der Sicherheitsplattform Gas registriert sind werden im Wege einer Allgemeinverfügung verpflichtet, eine Selbsterklärung zur Bestimmung ihres maximal noch zulässigen Gasbezugs abzugeben.

5.2. Weitere Handlungsoptionen des BLastV zur Auflösung von Engpasszonen

Es bestehen folgende weiteren Handlungsoptionen des BLastV zur Auflösung von Engpasszonen, über die in Kapitel 5.1 beschriebenen hinaus. Teilweise können diese Handlungsoptionen über Anordnungen/ Verfügungen umgesetzt werden, die über die in Kapitel 6 beschriebene Sicherheitsplattform Gas (SiPla) erlassen werden.

5.2.1. Erhöhung des Angebots

- Anordnung der Erhöhung der Gasproduktion bei Produktionsanlagen durch Erlass einer Allgemein- oder Individualverfügung,
- Anordnung über die Einfuhr von Gas durch Erlass einer Individualverfügung.

5.2.2. Reduktion der Nachfrage

- Anordnung der Substitution von Erdgas bei bivalenten Kraftwerken, sofern noch nicht erfolgt, durch Erlass einer Individualverfügung,
- Anordnung einer Substitution von Erdgas bei nicht-geschützten Letztverbrauchern ≥ 10 MWh/Stunde durch den Erlass von Individualverfügung,
- Anordnung einer Exportreduktion an Grenzübergabepunkten ggü. Netzbetreibern (FNB) im Wege der Individualverfügung,
- Anordnung einer Gasverbrauchsreduktion bei geschützten Letztverbrauchern durch den Erlass einer Allgemeinverfügung (Komfortkürzung).
- Anordnung einer Abschaltung von Netzen bzw. Teilnetzbereichen ggü. Netzbetreibern (Fernleitungsnetzbetreibern und/ oder Verteilnetzbetreibern) durch den Erlass von Individualverfügungen als letzte Handlungsoption; da die Abschaltung eines Netzes unterschiedslos wirkt und auch alle Arten von Kunden erfasst und darüber hinaus einen erheblichen Aufwand zur Wiederinbetriebnahme erfordert, ist diese Maßnahme im Rahmen der Abwägungsentscheidung voraussichtlich eine der letzten zu treffenden Maßnahmen.

5.3. Bilanzierung durch den Bundeslastverteiler

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

Die Bundesnetzagentur beabsichtigt im Grundsatz, die derzeit gültigen Marktregeln für die Bilanzierung von Gasmengen auch in der Notfallstufe aufrechtzuerhalten. Die bestehende grundlegende Bilanzierungssystematik bei Gasmengen stellt im Wesentlichen darauf ab, dass Bilanzkreisverantwortliche (BKV) Ein- und Ausspeisungen ausgeglichen halten. Diese Verpflichtung wird systemseitig durch einen mengen- und entgeltbewährten Ausgleichsmechanismus unterstützt. Um den konkreten Zielsetzungen in der Notfallstufe gerecht zu werden, insbesondere den physischen Effekt von angeordneten Verbrauchsreduktionen sicherzustellen, sind jedoch Anpassungen an der Bilanzierungssystematik erforderlich. Dabei sind folgenden zwei Fälle zu unterscheiden.

A. Gleichzeitiger Erlass von Allgemeinverfügungen zur ratierten Kürzung von Letztverbrauchern und an Bilanzkreisverantwortliche zur Einspeisung

In der Notfallstufe erlässt der BLastV begleitend zu einer Allgemeinverfügung über eine ratierte Kürzung von RLM-Letztverbrauchern zeitgleich eine zusätzliche Allgemeinverfügung an alle Bilanzkreisverantwortlichen (BKV) des Marktgebietes. Diese untersagt es den BKV, die Einspeisungen in ihre Bilanzkreise im Umfang der angeordneten Verbrauchskürzung zu reduzieren. Dies verhindert, dass die BKV (den allgemeinen Grundsätzen des Bilanzierungssystems folgend) die Einspeisungen in ihre Bilanzkreise ebenfalls um den Wert der vorgegebenen ratierten Kürzung vermindern. Damit würde die Einspeisung ins Marktgebiet in dem gleichen Maße abnehmen wie die Ausspeisung. Mit der Verfügung wird sichergestellt, dass die für die Versorgung benötigten zusätzlichen Gasmengen entweder über den virtuellen Handlungspunkt handelsseitig oder infolge der bestehenden Bilanzkreissystematik über den Marktgebietsverantwortlichen für den Ausgleich von Fehlmengen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Da eine bilanzkreisscharfe Zuordnung der Gasmengen in dieser Konstellation nicht möglich ist, kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass es bei einem Verkauf dieser Mengen am virtuellen Handlungspunkt zu einem Abfluss dieser Mengen in angrenzende Märkte kommt und dadurch ggf. der zur Versorgung des deutschen Marktgebiets zur Verfügung stehende Mengenanteil gemindert wird.

B. Enteignung und Übertragung von Gas in den Bilanzkreis des BLastV

Bei Individual- und Ausspeicherverfügungen des Bundeslastverteilers, bei denen eine konkrete Mengenzuordnung zu Bilanzkreisen dagegen möglich ist, erfolgt deshalb eine Enteignung der gegenüber größeren Letztverbrauchern und Speichernutzern verfügbaren Mengen des Bilanzkreisverantwortlichen durch eine explizite Übertragung der reduzierten Mengen in einen Bilanzkreis des Bundeslastverteilers. Die übertragenen Mengen stehen im Rahmen des Ausgleichsenergiesystems dem Marktgebietsverantwortlichen zur Sicherung des lebenswichtigen Bedarfs tatsächlich sicher zur Verfügung. Damit wird sichergestellt, dass diese Mengen ausschließlich im Netz des deutschen Marktgebiets verbleiben.

5.4. Abwägungsentscheidungen des Bundeslastverteilers

5.4.1. Anwendung und Ermittlung von Abwägungskriterien

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

Zur Abwägung der anzuwendenden Maßnahmen wird der Bundeslastverteiler unter anderem die folgenden Kriterien berücksichtigen. Eine klare und immer gültige Wertigkeit dieser Kriterien kann weder aus einzelnen Normen, noch aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz oder aus faktischen Umständen hergeleitet werden. Die BNetzA prüft kontinuierlich darüber hinaus, ob sich über die mögliche Berücksichtigung der Bruttowertschöpfung zusätzliche Optimierungen der Abwägungsentscheidung ergeben.

- Dringlichkeit der Maßnahme, insbesondere in Abhängigkeit der Ausprägung der Gasmangelsituation,
- Größe der Anlage und deren Gasbezug und somit die Wirkung einer Gasversorgungsreduktion,
- Vorlaufzeit zur Gasbezugsreduktion bzw. eines geordneten Herunterfahrens der Produktionsanlagen oder benötigte Vorlaufzeit zur Anpassung der Produktionsketten an einen verminderten Bezug,
- zu erwartende (volks-/betriebs-)wirtschaftliche Schäden,
- Kosten und Dauer der Wiederinbetriebnahme nach einer Gasversorgungsreduktion, sofern möglich,
- Bedeutung für die Versorgung der Allgemeinheit.

Die BNetzA beabsichtigt langfristig, auch danach zu unterscheiden, ob die bei einem gasmangelbedingten Produktionsausfall fehlenden Güter importiert werden können, sowie ob und in welchem Umfang Unternehmen in Lieferketten eingebunden sind. Diese Überlegung entspricht dem derzeitigen Stand der Vorbereitungen und resultiert aus den Diskussionen mit der Energiewirtschaft und den Verbänden der Endverbraucher. Dazu sind umfassende wirtschaftspolitische Informationen und umfangreiche Informationen über die Binnenverhältnisse innerhalb der Unternehmen, die nie nur ein Produkt herstellen, erforderlich. Eine Umsetzung dieser weitergehenden Bewertungen ist aktuell noch nicht möglich.

5.4.2. Situationsbedingtes Handeln

Eine konkrete Abschaltreihenfolge von Gasverbrauchern gibt es nicht. Die Abschaltung ist das Ergebnis von Abwägungsentscheidungen in Abhängigkeit von der zu dem Zeitpunkt gegebenen und absehbaren Lage. So erlaubt eine längere Vorlaufzeit unter anderem eine detailliertere Abwägungsentscheidung – auch in Rücksprache mit möglicherweise betroffenen Unternehmen und den Krisenstäben der Bundesländer. Auswahl und Umfang der getroffenen Maßnahmen hängen von der konkreten Ausprägung einer Gasmangellage ab. Prinzipiell gilt es immer lageangepasst die mildesten Mittel zu ergreifen. Schon deshalb kann es keine feste Abschaltreihenfolge in Bezug auf einzelne Verbraucher oder Branchen geben.

Bei zu kurzer Vorlaufzeit können nicht alle Kriterien erschöpfend geprüft und abgewogen werden. In der Konsequenz könnte insbesondere der Erlass von Allgemeinverfügungen erwogen werden. Eine längere Vorlaufzeit erfordert aber gleichzeitig, dass prognostisch eine Verschlechterung oder zumindest eine gleichbleibend schlechte Lage unterstellt werden muss. Insbesondere die verfügbaren Speichermengen werden auch einen Einfluss auf die Dauer des Vorlaufs haben, die Letztverbraucher gewährt werden kann, bevor Anordnungen zur Reduktion des Gasverbrauchs greifen. Dabei ist auch abzuwägen, inwieweit es sinnvoll ist, Speicher sehr früh und in möglichst hohem Umfang zur

5. Verfügungskonzept der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler in der Notfallstufe

Bereitstellung von Gas zu nutzen. Die BNetzA tendiert auf Basis der erreichbaren Prognosen, unter anderem im Einklang mit den neuen Regelungen im EnWG zum Umgang mit Erdgasspeichern, eher zu einem vorsichtigen Umgang mit diesen Gasreserven. Der Einsatz hängt deshalb auch maßgeblich davon ab, wie sich die mittelfristigen und langfristigen Prognosen zur Versorgungssituation darstellen.

6. Sicherheitsplattform Gas (SiPla) zur Abwicklung von marktbasieren und nicht-marktbasieren Maßnahmen

6. Sicherheitsplattform Gas (SiPla) zur Abwicklung von marktbasieren und nicht-marktbasieren Maßnahmen

Als digitale Plattform für Datenaustausch und Kommunikation unterstützt die SiPla bei der Kommunikation bzgl. Regelung des Gasverbrauchs in der Notfallstufe und zur Ergänzung der Maßnahmen in Kapitel 3.4 wird die Sicherheitsplattform Gas (SiPla) in einem eigenen Kapitel beschrieben.

Auf der Basis von §1 Absatz 1 Ziffer 4 EnSiG i.V.m. § 1a GasSV wurde die Sicherheitsplattform Gas (SiPla) durch die BNetzA und den Marktgebietsverantwortlichen für Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE), entwickelt. Sie wird seit Oktober 2022 durch den Marktgebietsverantwortlichen bereitgestellt.

Die Sicherheitsplattform Gas ist ein Datenportal, in dem sich u.a. alle Gasendverbraucher mit einer technischen Anschlusskapazität größer 10 MWh/Stunde registrieren müssen. Ziel ist es, der BNetzA in einer Gasmangellage aktuelle Daten online in einer Datenbank zur Verfügung zu stellen. Die Daten der Unternehmen sind nicht öffentlich.

Die Sicherheitsplattform Gas soll wichtige Informationen für Entscheidungen des Bundeslastverteilers im Fall einer Notfallsituation bereitstellen. Die Datengrundlage unterstützt den Bundeslastverteiler insbesondere in der Entscheidung über erforderliche Versorgungsreduzierungen im Krisenfall. Dabei kann die Sicherheitsplattform Gas

- mögliche Gasmengen zur Reduzierung zügig identifizieren,
- aktuelle Informationen über die Verbrauchslage liefern sowie Empfehlungen der Netzbetreiber übermitteln, in welchen Regionen Lastreduzierungen erforderlich sind,
- als Kommunikations- und Datenverwaltungstool dienen zwischen den beteiligten Akteuren Bundeslastverteiler, Fernleitungsnetzbetreibern, Verteilnetzbetreibern, Endverbrauchern, Bilanzkreisverantwortlichen sowie zukünftig und Speicherbetreibern und Speichernutzern,
- Verfügungen des Bundeslastverteilers übermitteln an Gasverbraucher zur Reduktion des Gasbezugs,
- Abläufe in einer Gasmangellage optimieren durch die zentrale Bereitstellung von Daten. Hier können durch den Bundeslastverteiler auch kurzfristige Datenänderungen berücksichtigt werden, um schnellstmöglich auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

Die Zuordnung der Abschaltleistungen der Gasverbraucher zu den Netzen und den Bilanzkreisen von bspw. Gasversorgern oder Gashändlern erfolgt über eine eindeutige Identifikationsnummer (Marktlokations-ID). Die Netzbetreiber stellen diese Zuordnung der Sicherheitsplattform Gas zur Verfügung und aktualisieren dieses fortwährend.

Über die Sicherheitsplattform Gas kann die BNetzA gemäß § 1 GasSV in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler Verfügungen erlassen an

- a) Unternehmen und Betriebe, die Erdgas erzeugen, beziehen, transportieren oder abgeben oder Gasspeicheranlagen betreiben, sowie
- b) Verbraucher über die Zuteilung, den Bezug und die Verwendung von Gas sowie den Ausschluss vom Bezug von Gas.

Solche Verfügungen stellen vorab festgelegte, hoheitliche/ nicht-marktbasieren Maßnahmen im Sinne der VO (EU) 2017/1938 dar. Darunter können nach §1 GasSV bspw. Anordnungen fallen zur

6. Sicherheitsplattform Gas (SiPIa) zur Abwicklung von marktbasieren und nicht-marktbasieren Maßnahmen

- Erhöhung der Ausspeicherung von Erdgas,
- Substitution von Erdgas durch Erdöl oder durch andere Brennstoffe,
- Nutzung von nicht mit Gas erzeugter Elektrizität,
- Einschränkung der Stromproduktion in Erdgaskraftwerken,
- Erhöhung des Produktionsniveaus von Erdgas,
- Beheizung öffentlicher Gebäude,
- Reduzierung des Verbrauchs von Erdgas an Groß- oder weiterer Endverbraucher,
- Abschaltung von Industriekunden,
- Nutzung der Speicherbestände alternativer Brennstoffe,
- Einschränkung grenzüberschreitender Erdgasflüsse (unter Beachtung der Vorgaben von Artikel 10 Absatz 4 und Artikel 11 Absatz 6 VO (EU) 2017/1938.

Mit Hilfe der Sicherheitsplattform Gas und auf Grundlage des EnSiG und der GasSV kann in der Notfallstufe ebenfalls im Sinne des Artikels 10 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe I sowie Artikel 10 Absatz 1 Satz 2 der EU (VO) 2017/1938 ein ungerechtfertigter Verbrauch durch Kunden, die an ein Erdgasverteilernetz oder Erdgasfernleitungsnetz angeschlossen sind, so weit wie möglich verhindert werden, ohne den sicheren und verlässlichen Betrieb des Gasnetzes zu gefährden oder unsichere Situationen herbeizuführen. So kann verhindert werden, dass Gas, das während eines Notfalls für den essentiellen Verbrauch geschützter Kunden bestimmt ist, durch nicht geschützte Kunden verbraucht wird.

Eine vollständige Untersagung des Gasbezugs wird mit einer Ersatzvornahme durchgesetzt. Die Ersatzvornahme ist ein Mittel der Vollstreckung, das dann eingesetzt wird, wenn Unternehmen der angeordneten Einstellung des Gasbezugs nicht nachkommen. Zur technischen Umsetzung der Einstellung des Gasbezugs kann sich der Bundeslastverteiler auch sachkundiger Dritter bedienen. In der Regel werden diese sachkundigen Dritten die lokalen Netzbetreiber sein. Mit den Netzbetreibern wird im konkreten Fall ein Vertrag über den Auftrag einer Ersatzvornahme geschlossen.

7. Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in den Krisenstufen

7. Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in den Krisenstufen

7.1. Beschreibung der Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in der Frühwarn- und in der Alarmstufe

Die Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in der Frühwarn- und in der Alarmstufe ergeben sich aus den Beschreibungen in den Kapiteln 2 und 9.

7.2. Beschreibung der Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in der Notfallstufe

Die erste Information darüber, dass die Notfallstufe des Notfallplan Gas durch die Bundesregierung festgestellt werden soll, erfolgt durch das BMKW über das Bundes-Krisenteam Gas.

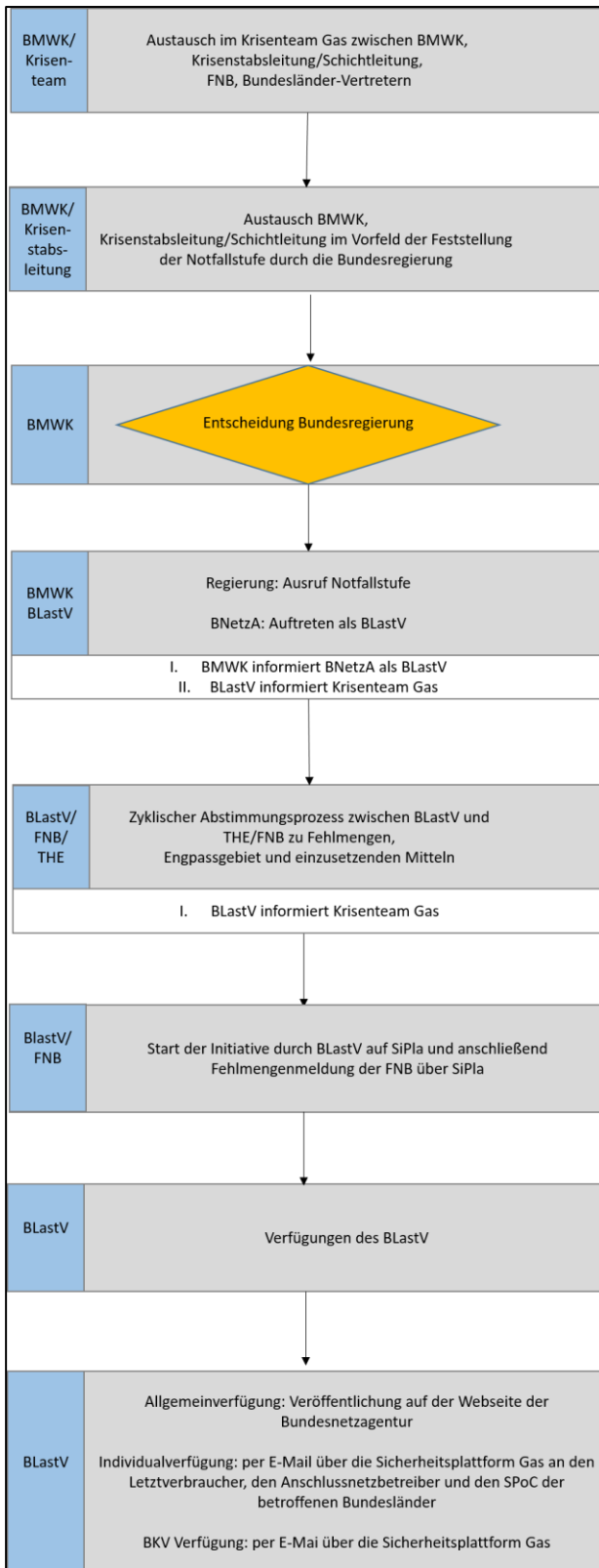
Bereits im Vorfeld der Feststellung der Notfallstufe durch die Bundesregierung, ist ein entsprechender Austausch im Bundes-Krisenteam Gas zwischen BMWK, Krisenstabsleitung BNetzA, Fernleitungsnetzbetreibern (FNB), Marktgebietsverantwortlichem Gas Trading Hub Europe GmbH (THE), Vertretenden der Bundesländer und weiteren am Bundes-Krisenteam beteiligten Akteuren vorgesehen. Insbesondere findet ein enger Austausch zwischen BMWK und Krisenstabsleitung BNetzA statt, damit der Bundeslastverteiler rechtzeitig informiert ist und die entsprechenden Vorbereitungen einleiten kann. Über die Multiplikatorenrolle der im Krisenteam Gas vertretenen Länder werden auch die anderen Bundesländer in den Informationsfluss eingebunden.

Nach der Ausrufung der Notfallstufe durch die Bundesregierung wird die BNetzA als Bundeslastverteiler Gas (BLastV) aktiv. Das Bundes-Krisenteam Gas wird wiederum durch den Bundeslastverteiler über die Aufnahme der Arbeit als Bundeslastverteiler informiert.

Nach Information der FNB an den BLastV, dass eine Fehlmenge vorliegt, startet der BLastV eine Initiative auf der Sicherheitsplattform Gas (SiPla). In diese tragen die FNB dann die entsprechende Fehlmenge in ihren Netzgebieten ein. Auf Basis der Fehlmengenmeldung ermittelt der BLastV die nötigen Reduktionen und erstellt die Verfügungen. Die Allgemeinverfügung wird auf der Webseite der Bundesnetzagentur und über die Presse öffentlich bekannt gemacht. Die Individualverfügung wird per Email über die SiPla an den Letztverbraucher, den Anschlussnetzbetreiber und den Single Point of Contact (SPoC) der betroffenen Bundesländer gesendet. Der Bilanzkreisverantwortliche (BKV) erhält die BKV-Verfügung über die Aufrechterhaltung des Entry ebenfalls per E-Mail über die SiPla.

7. Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in den Krisenstufen

Abbildung 4: Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in der Notfallstufe



Die Kommunikation mit den Bundesländern erfolgt zwischen dem Krisenstab Gas der BNetzA und den der BNetzA mitgeteilten SPoC der Bundesländer. Der Krisenstab Gas der BNetzA informiert die Bundesländer über eine Vollstreckung per Ersatzvornahme und dass damit die Unterstützung der Bundesländer erforderlich wird. Der SPoC der Bundesländer meldet wiederum bei Bedarf

7. Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren in den Krisenstufen

einzelne regionalspezifische, besonders kritische Informationen an den Bundeslastverteiler.

Die Kontrolle der Einhaltung der Individualverfügungen durch die Letztverbraucher erfolgt über die Sicherheitsplattform Gas, die Einhaltung der Allgemeinverfügung über die Anschlussnetzbetreiber und Meldung an den BLastV. Bei Nichteinhaltung der erlassenen Verfügungen stehen dem BLastV die Mittel des Verwaltungszwanges zur Verfügung. Darüber hinaus können Zuwiderhandlungen mit einer Geldbuße oder, in Fällen beharrlicher oder schwerwiegender Zuwiderhandlungen, mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe geahndet werden, vgl. § 15 EnSiG.

8. Besondere Maßnahmen für den Stromsektor und für den Fernwärmesektor

8. Besondere Maßnahmen für den Stromsektor und für den Fernwärmesektor

8.1. Fernwärmesektor

Der Fernwärmemarkt ist anders als der Strom- und Gasmarkt in Deutschland nicht reguliert, weshalb grundsätzlich wenige Daten zum Fernwärmemarkt vorliegen. Fernwärmenetze werden in Deutschland auf kommunaler bzw. regionaler Ebene betrieben. Inwiefern eine Störung der Gasversorgung Auswirkungen auf den Fernwärmesektor hat sowie eine Auflistung von Maßnahmen und Aktionen, die zur Minderung potentieller Folgen einer Störung der Gasversorgung auf den Fernwärmesektor beitragen, können aufgrund eines Mangels einer umfassenden Datenlage auf Bundesebene nicht beantwortet werden. Eine Auflistung von Maßnahmen und Aktionen ist nicht möglich, da es an der Kenntnis über die konkreten kommunalen bzw. regionalen Wärmenetze und deren Anfälligkeiten fehlt.

Die möglichen Auswirkungen einer Störung der Gasversorgung im Fernwärmesektor sind immer eine Frage des Einzelfalls und abhängig von der Größe des Wärmenetzes. Sie lassen sich deshalb nicht abstrakt vereinheitlichen. Gleiches gilt hinsichtlich konkreter Maßnahmen. Bei einem Versorgungsausfall ist jeder einzelne Versorger auf kommunaler bzw. regionaler Ebene für eine Wiederherstellung der Wärmeversorgung verantwortlich. Zu beachten ist dabei, dass die Fernwärme mit dem Anteil, der zur Versorgung geschützter Kunden mit Wärme dient, zu den geschützten Kunden zählt.

8.2. Versorgung mit durch Erdgas erzeugtem Strom

Zur Minderung potentieller Folgen einer Störung der Gasversorgung für den Stromsektor werden verschiedene Reserveanlagen von den Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) vorgehalten.

- Nach § 13d Absatz 1 EnWG halten die ÜNB Anlagen zum Zweck der Gewährleistung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems insbesondere für die Bewirtschaftung von Netzengpässen, für die Spannungshaltung und zur Sicherstellung eines möglichen Versorgungswiederaufbaus als so genannte „Netzreserve“ vor. Die Netzreserve wird gebildet aus als systemrelevant ausgewiesenen Anlagen, die von ihrem Betreiber ansonsten bereits stillgelegt worden wären und aus geeigneten, vertraglich gesicherten, Anlagen im europäischen Ausland.
- Nach § 13e Absatz 1 Satz 1 EnWG halten die ÜNB über die so genannte „Kapazitätsreserve“ Reserveleistung vor, um diese im Fall einer Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems anfordern und damit Leistungsbilanzdefizite im deutschen Netzregelverbund ausgleichen zu können.
- Nach § 11 Absatz 3 EnWG in der Fassung vom 22. Juli 2017 i. V. m. § 118 Absatz 33 EnWG können ÜNB besondere netztechnische Betriebsmittel vorhalten, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems bei einem tatsächlichen örtlichen Ausfall eines Betriebsmittels im Übertragungsnetz wiederherzustellen (sog. kurativer Redispatch). Entschieden wurde im Jahr 2021 über vier zu errichtenden Anlagen.

Für die Notversorgung, z.B. mit Strom durch Netzersatzanlagen, aber auch für die Versorgung mit Wärme, können bestimmte Primärenergieträger bevorratet

8. Besondere Maßnahmen für den Stromsektor und für den Fernwärmesektor

werden. Eine nationale Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen wie Benzin oder Dieseltreibstoff ist beispielsweise durch den Erdölbevorratungsverband auf Grundlage des Erdölbevorratungsgesetzes vorgesehen. Durch die Energiesicherungstransportverordnung (EnSiTrV) sind die schienengebundenen Transporte von Erdöl und Kohle vorrangig abzuwickeln, soweit dies zur Gewährleistung der Versorgung mit Energieträgern erforderlich ist und die Transporte über das in der Anlage 1 EnSiTrV bestimmte Energiekorridor-Netz stattfinden (§ 1 Absätze 1 und 2 EnSiTrV). Die Verordnung ist bis März 2024 befristet.

Gemäß §§ 35a ff. EnWG in Verbindung mit der Verordnung zur Anpassung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen (Gasspeicherfüllstandsverordnung, GasSpFüllstV), sind die nachfolgenden Füllstandsvorgaben für die Gasspeicher zu den jeweiligen Stichtagen einzuhalten:

- am 01. Oktober: 85 Prozent,
- am 01. November: 95 Prozent,
- am 01. Februar: 40 Prozent.

Darüber hinaus können die ÜNB nach § 13f EnWG bestimmte Gaskraftwerksanlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie aus Gas (ganz oder teilweise) als systemrelevant ausweisen. Diese – am Strommarkt betriebenen – Anlagen sind verpflichtet, wenn möglich einen Brennstoffwechsel vorzunehmen, um ihre Erzeugung abzusichern. Ist die Versorgung mit Erdgas in einer Notlage zwingend erforderlich, können Maßnahmen nach § 16 Absatz 2a EnWG ergriffen werden, indem eine bevorzugte Brennstoffversorgung der Anlagen sichergestellt wird, um Versorgungsengpässe oder -ausfälle zu vermeiden.

Zur engmaschigen Überwachung der Stromversorgungssicherheit in Deutschland im Winter 2022/23 haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (*Amprion GmbH, TransnetBW GmbH, TenneT TSO GmbH, 50Hertz Transmission GmbH*), BMWK und BNetzA erstmals das sog. „Winter-Monitoring Strom“ etabliert. Es werden wöchentlich die zentralen Parameter einer sicheren Stromversorgung bewertet, um somit frühzeitig herausfordernde Entwicklungen für die Entscheidungsträger erkennbar und damit behandelbar zu machen. Konkret werden beispielsweise die Verfügbarkeiten der Energieträger, die Lieferlogistik, die Kraftwerksverfügbarkeiten, Entwicklungen beim Strombedarf, Verfügbarkeiten von Regelenergie und die Situation der Strommärkte betrachtet. Aus den Leitwarten der ÜNB werden Informationen hinsichtlich ggf. auffälliger Systemzustände beigesteuert. Auch die Bedingungen der benachbarten ÜNB einschließlich möglicher Warnungen gemäß *Verordnung (EU) 2019/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG* anderer Staaten des Europäischen Verbundsystems finden hierbei Berücksichtigung. Nicht zuletzt wird eine Wetterprognose in die Bewertungen einbezogen, da auch diese Aufschlüsse über die möglichen Tendenzen im Bereich der Stromversorgungssicherheit geben kann. Die Berichterstattung des Monitorings findet mittels Ampelsystematik statt und liefert den jeweiligen Entscheidungsträgern einen niederschweligen Informationszugang. Sollten angespannte oder gar kritische Teilbewertungen im Monitoring festgestellt

8. Besondere Maßnahmen für den Stromsektor und für den Fernwärmesektor

werden, erhöht sich die Frequenz der Lagebesprechungen. Das Monitoring wird im Winter 2023/24 fortgesetzt.

9. Krisenmanager und Krisenteam Erdgas

9. Krisenmanager und Krisenteam Erdgas

9.1. Benennung von Krisenmanagern

Die BNetzA, die Bundesländer und Gasmarktakteure sowie der Marktgebietsverantwortliche Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE), benennen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die für die Durchführung der Maßnahmen im Falle einer Krisenstufe verantwortlichen Krisenmanager und informieren darüber das BMWK. Das BMWK führt hierüber eine vertrauliche Kontaktliste. Änderungen der Zuständigkeit müssen dem BMWK unaufgefordert und unverzüglich mitgeteilt werden. Die Krisenmanager sind verantwortliche Personen innerhalb ihrer jeweiligen Organisationen, Behörden oder Unternehmen.

9.2. Aufgabe und Organisation des Bundes-Krisenteams Erdgas

Aufgabe des Krisenteams

Das Krisenteam Erdgas tritt spätestens ab der Ausrufung einer Krisenstufe und auf Einladung des BMWK zusammen. Das fachlich übergreifende Krisenteam berät das BMWK im Vorfeld und im Verlauf einer Krise.

Aufgabe des Krisenteams ist insb. die Sicherstellung eines Konsultationsmechanismus zwischen den an der Bewältigung der Krise beteiligten Akteuren. Dadurch soll der Austausch der notwendigen Informationen übergreifend gewährleistet werden.

Nach der Aufhebung der Notfallstufe durch Verordnung der Bundesregierung begleitet das Krisenteam die geordnete Rückkehr zu einem normalen Marktgeschehen und wertet die Erfahrungen aus den Versorgungsstörungen aus.

Sitzungen des Krisenteams

Die Sitzungen des Krisenteams finden lageangepasst und nach Bedarf regelmäßig sowie an Wochenenden statt. Um zu gewährleisten, dass das Krisenteam auch ad hoc zu einer Sitzung zusammenkommen kann, wird eine kontinuierliche Erreichbarkeit der ständigen Mitglieder des Krisenteams über einen festgelegten Kommunikationskanal festgelegt (Messengerdienst, Email, Telefon). Bei der Bewältigung von Versorgungskrisen findet eine enge Abstimmung zwischen Gasnetzbetreibern, dem Krisenteam Gas und dem Bundeslastverteiler bzw. dem oder den Landeslastverteilern statt.

Zusammensetzung des Krisenteams

Neben dem BMWK sind die Krisenmanager von BNetzA, Bundesländern, FNB und dem Marktgebietsverantwortlichen Trading Hub Europe GmbH (THE) sowie dem BMI ständige Mitglieder des Krisenteams und verpflichtet an den Sitzungen des Krisenteams teilzunehmen. Die Bundesländer und die FNB klären jeweils unter sich, ggf. auch alternierend, ihre adäquate Vertretung. Bei einer konkreten regionalen Betroffenheit nehmen die entsprechenden Bundesländer und FNB an den Sitzungen des Krisenteams teil. Eine Vertretung von Krisenmanagern ist zulässig.

Bei starker regionaler Betroffenheit kann zusätzlich die Bildung lokaler Krisenteams unter der Leitung der jeweils zuständigen Ressorts der Bundesländer sinnvoll sein.

Die Hinzuziehung weiterer Verbände und Organisationen (z.B. Übertragungsnetzbetreibern, ggf. großer/ repräsentativer Verteilnetzbetreibern, Börsenbetreiber) sowie zusätzlicher Vertreterinnen und Vertreter von FNB und Bundesländern zur Unterstützung der Arbeiten des Krisenteams wird situations-

9. Krisenmanager und Krisenteam Erdgas

bzw. ereignisabhängig und entsprechend der Notwendigkeit an die Bewältigung der Krise beraten und ggf. durch den Vorsitz des Krisenteams bei der entsprechenden Organisation bzw. Unternehmen angefragt.

Leitung der Sitzungen des Krisenteams

Das BMWK nimmt den Vorsitz des Krisenteams wahr; der stellvertretende Vorsitz liegt bei der BNetzA. Der Vorsitz beruft das Krisenteam formlos ein. Das Krisenteam kann auch ortsunabhängig mittels Telefon- oder Webkonferenz zusammentreten.

Protokoll der Sitzungen des Krisenteams

Das BMWK erstellt und versendet das Protokoll der Sitzungen des Krisenteams. Die Protokollführung beginnt bei Zusammentreten des Krisenteams, alle Sitzungen des Krisenteams werden protokolliert. Es beinhaltet neben der Lageeinschätzungen des Krisenteams auch daraus abgeleitete Aktivitäten, weitere Maßnahmen und Aktivitäten im Kontext der Krisenvorbereitung und des -management, die Beratung über Nicht-/ Ausrufung sowie Aufrechterhaltung einer Krisenstufe sowie Organisatorisches. Ein Musterprotokoll befindet sich im Anhang III.

Das Krisenprotokoll ist durch alle Mitglieder des Krisenteams vertraulich zu handhaben unterliegt aber aufgrund der nicht nur behördlichen Teilnehmenden nicht der behördlichen Vertraulichkeitseinstufung *VS-nfD* (Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch).

9.3. Organisation des Krisenstabs bei der BNetzA

Mit Bekanntgabe der Alarmstufe durch das BMWK kann sich bei der BNetzA der Krisenstab konstituieren und bereitet die Übernahme der Bundeslastverteilung Gas, wie in Kapitel 3.4 ausgeführt, für den möglichen Eintritt der Notfallstufe vor. Der Krisenstab bei der BNetzA umfasst die folgenden Bereiche

- Regulierung Gasnetze
- Netzentgelte Gas
- Ökonomie und Recht
- Anlagen und Netzbetrieb
- Krisenvorsorge, Resilienz und Cybersicherheit
- Zugang zu Gasfernleitungsnetzen, Internationales, Netzentwicklung Gas, Versorgungssicherheits-Monitoring, EU-Angelegenheiten Gas
- Zugang zu Elektrizitätsübertragungsnetzen, grenzüberschreitender Stromhandel, EU-Angelegenheiten Strom
- Gasverteilernetze, technische Grundsatzfragen, Versorgungsqualität, KWK-Ausschreibungen
- Rechtsfragen der Energieregulierung und der Erneuerbaren Energien, Grundsatzfragen der Energieverbraucher

Darüber hinaus können bei Bedarf weitere Beschäftigte in den Krisenstab einberufen werden.

Soweit bereits im Vorfeld – also etwas im Zuge der Frühwarnstufe – anhand sich abzeichnender Eskalationsstufen bei der Versorgungslage eine Einberufung des Krisenstabs angezeigt erscheint, wird dies veranlasst.

Der Krisenstab Gas bei der BNetzA stellt in Anbetracht der konkreten Lage seine Arbeitsfähigkeit in angemessener Weise sicher. Dies kann im Einzelnen über die Einberufung von weiteren verfügbaren Beschäftigten, die Organisation eines

9. Krisenmanager und Krisenteam Erdgas

Dienstes mit Früh- und Spätschichten oder die Einrichtung eines 24 Stunden-Dienstes nach einem Schichtplan erfolgen.

Spätestens mit der Feststellung der Bundesregierung, dass eine unmittelbare Gefährdung oder Störung der Energieversorgung gemäß § 1 EnSiG vorliegt, werden die Aufgaben des Krisenstabs von dessen Mitgliedern im Wege eines 24 Stunden-Schichtbetriebs wahrgenommen.

Für den Krisenstab ist eine besondere Aufbauorganisation vorgesehen. Neben den originären fachlichen Aufgaben obliegen dem Krisenstab auch Stabs- und mit entsprechender Unterstützung der jeweiligen Organisationseinheiten eigene Querschnittsaufgaben (u.a. Einsatzregelung Personal, Innerer Dienst, IT).

Die externe Kommunikation im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Medien, staatlichen Stellen (u.a. Anfragen aus dem parlamentarischen Raum, Bundesregierung, Landes- und Bezirksregierungen, Kreis- und Stadtverwaltungen), Energieversorgungsunternehmen etc. obliegt grundsätzlich dem Präsidium der BNetzA, soweit dies nicht gesondert an die Leitung des Krisenstabs delegiert wird. Die für eine Veröffentlichung vorgesehenen Informationen sind über das Sachgebiet Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Krisenstabs (Pressereferat) dem Präsidium zuzuleiten.

Der Krisenstab Gas der BNetzA tritt grundsätzlich in der Zentrale der BNetzA am Dienort Bonn zusammen. Für die Tätigkeiten des Krisenstabs steht in der Liegenschaft Tulpenfeld eine entsprechende Kriseninfrastruktur zur Verfügung.

10. Aufgaben und Zuständigkeiten verschiedener Akteure

10.1. Struktur und Akteure des deutschen Erdgasmarkts

Der deutsche Erdgasmarkt ist geprägt von einer Vielzahl privatrechtlich organisierter Marktakteure in den Bereichen Erdgasnetze, Betrieb von Erdgasspeichern und Erdgashandel mit weiter zunehmender Wettbewerbsintensität. Zur Sicherstellung der Versorgung mit Erdgas sind in Deutschland insbesondere folgende Akteure verantwortlich. Die Rahmenbedingungen ihrer jeweiligen Tätigkeiten im Markt ergeben sich v.a. aus dem EnWG, den einschlägigen Verordnungen und Regelungen der BNetzA sowie den allgemein anerkannten Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW). Die Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen Akteure in den einzelnen Krisenstufen finden sich in Kapitel 3.

Betreiber von Fernleitungsnetzen (FNB)

Fernleitungsnetzbetreiber für Erdgas betreiben Fernleitungsnetze, die Grenz- oder Marktgebietsübergangspunkte aufweisen, die insb. die Einbindung großer europäischer Importleitungen in das deutsche Fernleitungsnetz gewährleisten. Die Fernleitungsnetzbetreiber sind gemäß § 3 Nummer 5 EnWG verantwortlich für den ordnungsgemäßen Betrieb, die Wartung und den Ausbau eines Netzes.

Betreiber von Gasverteilnetzen (VNB)

Verteilnetzbetreiber für Erdgas betreiben Erdgasverteilnetze und sind gemäß § 3 Nummer 8 EnWG verantwortlich für deren Wartung, Ausbau sowie dem Bau von Verbindungsleitungen zu anderen Netzen und Verbrauchern; hierunter können z.B. Stadtwerke fallen.

Betreiber von Gasspeicheranlagen (Untergrundspeicherbetreiber, UGSB)

Untergrundspeicherbetreiber betreiben gemäß § 3 Nummer 6 EnWG Erdgasspeicher mit dem von Händlern eingespeicherten Erdgas.

Transportkunde (TK)

Transportkunden sind gemäß § 3 Nummer 31d EnWG Großhändler, Erdgaslieferanten einschließlich der Handelsabteilung eines vertikal integrierten Unternehmens und Letztverbraucher.

Marktgebietsverantwortlicher (MGV) Trading Hub Europe GmbH (THE)

Der Marktgebietsverantwortliche für Erdgas ist gemäß § 2 Nummer 11 GasNZV eine natürliche oder juristische Person, die von den Fernleitungsnetzbetreibern bestimmt wurde zur Erbringung von Leistungen wie der effizienten Abwicklung des Zugangs zu Erdgasnetzen in einem Marktgebiet.

Der Marktgebietsverantwortliche für das gesamtdeutsche Erdgasmarktgebiet ist die Trading Hub Europe GmbH (THE). THE betreibt das Marktgebiet im Sinne der „*Vereinbarung über die Kooperation nach § 20 Nummer 1 Buchstabe b EnWG zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen*“. THE ist ein Kooperationsunternehmen der elf deutschen Netzgesellschaften *bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, GRTgaz Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH*.

In dem gesamtdeutschen Marktgebiet werden die unterschiedlichen Netzbereiche jeweils einem erdgasqualitätsübergreifenden Marktgebiet zugeordnet. In beiden Marktgebieten können hochkalorisches H-Gas und

10. Aufgaben und Zuständigkeiten verschiedener Akteure

niederkalorisches L-Gas gehandelt werden. Die Fernleitungszentbetreiber sorgen dafür, dass die vorgegebenen Gasqualitäten in den jeweiligen Fernleitungsnetzbereichen eingehalten werden.

Die Aufgaben von THE umfassen

- **Bilanzkreismanagement**
THE ermöglicht den Abschluss von Bilanzkreisverträgen und führt Bilanzkreise, Sub-Bilanzkonten und Netzkonten.
- **Regelenergiemanagement**
THE beschafft Regelenergie zum Ausgleich physischer Differenzen zwischen Ein- und Ausspeisung.
- **Virtueller Handlungspunkt (VHP)**
Bereitstellung und Betrieb - über den virtuellen Handlungspunkt können Bilanzkreisverantwortliche Gasmengen zwischen Bilanzkreisen übertragen.
- **Versorgungssicherheit**
Seit dem Jahr 2022 gesetzliche Aufgaben zur Sicherung der Versorgungssicherheit, z.B. durch den Betrieb der Sicherheitsplattform Gas gemäß § 2b EnSiG, Abwicklung von Gassolidarität nach VO (EU) 2017/1938 für die Bundesrepublik Deutschland gemäß § 2a EnSiG, Einkauf von Erdgas zur Befüllung von Erdgasspeichern gemäß § 3a Absatz 1 EnWG.

Bilanzkreisverantwortlicher (BKV)

Der Bilanzkreisverantwortliche ist eine natürliche oder juristische Person, die gemäß § 2 Nummer 5 GasNZV gegenüber dem Marktgebietsverantwortlichen den Bilanzkreis abwickelt. Der BKV nominieren gegenüber dem Marktgebietsverantwortlichen und den Fernleitungsnetzbetreibern, im Auftrag ihrer Transportkunden, und sind verantwortlich für die Steuerung der Bilanzkreise. Die Bilanzkreisverantwortlichen gewährleisten die Mengenverfügbarkeit und die Ausgeglichenheit der Bilanzkreise innerhalb des Marktgebietes.

Ein- und Ausspeisenetzbetreiber (ENB, ANB)

Einspeisenetzbetreiber und Ausspeisenetzbetreiber sind gemäß § 4 Nummern 4 und 11 Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen (KoV) Netzbetreiber, die mit den Transportkunden gemäß § 3 Absatz 1 GasNZV Einspeise- bzw. Ausspeiseverträge (auch in Form von Lieferantenrahmenverträgen) abschließen.

10.2. Markttrollen in Engpasssituationen im Kontext wettbewerblicher Entflechtung

Die Entflechtung der Markttrollen zur Förderung des Wettbewerbs im Sinne der EU-Binnenmarktpakete zur Strom- und Erdgasmarktliberalisierung verlangt von den Marktteilnehmenden die unmittelbare Wahrnehmung ihrer jeweiligen markttrollenspezifischen Aufgaben. Entsprechend operieren die Betreiber von Erdgasversorgungsnetzen (alle FNB, VNB) und Erdgasspeichern (UGSB) gemäß §§ 6 ff. EnWG heute unabhängig von den anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung und stellen die diskriminierungsfreie Abwicklung des Netz- und Speicherbetriebs sicher.

Die Komplexität des Marktgeschehens auf dem deutschen Erdgasmarkt hat durch die Entflechtung der Markttrollen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Durch die Trennung der Markttrollen haben sich neue Herausforderungen in Bezug auf das Zusammenspiel zwischen den einzelnen

10. Aufgaben und Zuständigkeiten verschiedener Akteure

Akteuren ergeben. Dies gilt insbesondere auch für die Koordinierung und Kommunikation im Fall von Engpasssituationen. So muss beispielsweise auch die Kommunikation mit und zwischen den Erdgashändlern und -lieferanten auch in Krisenfällen im Einklang mit kartellrechtlichen Vorgaben erfolgen.

11. Notfalltests

Deutschland hat vom 05.-07. Dezember 2022 an der sog. "Dry Run gas security of supply exercise" am Standort des Joint Research Center (JRC) der EU-Kommission in Ispra aktiv teilgenommen. Details zu diesem Notfalltest/ Krisensimulation sind dem entsprechend separaten Bericht der EU-Kommission zu entnehmen.

Am 09. Februar 2023 wurde ein ganztägiger Notfalltest/ Krisensimulation durch die BNetzA gemäß Artikel 10 Absatz 3 VO (EU) 2017/1938 mit Marktakteuren organisiert. In dem Notfalltest wurde die Notfallstufe infolge einer überregionalen Gasmangellage simuliert und die BNetzA übernahm die Rolle des Bundeslastverteilers (BLastV). Der Notfalltest diente dem Testen der in vorausgegangenen Monaten mit Marktakteuren (Bilanzkreisverantwortlichen, Letztverbraucher, Fernleitungsnetzbetreiber, Verteilnetzbetreiber), Verbänden und Bundesländern erarbeiteten Prozesse im Krisenfall; Marktgeschehen, Bilanzierungsprozesse und Information der Bevölkerung/ Informationsbedürfnisse der Kunden in der Breite waren nicht Bestandteil der Krisensimulation.

Das simulierte Krisenszenario basierte auf folgender Ausgangssituation: Die Fernleitungsnetzbetreiber informieren den BLastV über eine Fehlmenge von 400 GWh/Tag (deutschlandweit, H-Gas, ohne weiteren lokalen Engpass). Der BLastV ermittelt die notwendige Höhe der einzelnen Verfügungsarten und erlässt eine Allgemeinverfügung sowie Individualverfügungen. Dabei wurde unter anderem die Sicherheitsplattform Gas (SiPla) genutzt.

Besonders ist hervorzuheben, dass die wichtigsten Kommunikationsprozesse funktionieren:

- Die Kommunikation über die Sicherheitsplattform Gas funktioniert grundlegend; die Informationen haben die Adressaten erreicht.
- Der End-to-End-Test auf der SiPla konnte durchgeführt werden. Dabei traten keine Systemprobleme oder gravierende Fehler auf.
- Der telefonische Kontakt mit dem Bundes-Krisenteam Gas funktioniert.

Die Übung zeigte jedoch auch eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen für die Prozesse des Krisenmanagements und insb. für die SiPla auf. Diese umfassen sowohl prozessuale bzw. operative Themen (z.B. Optimierungen genutzter Templates) als auch technische Themen (z.B. Funktionalitäten) der SiPla.

Nachstehend werden die am häufigsten genannten Verbesserungsfelder aufgeführt. Diese werden nun sukzessive umgesetzt.

A. Operative Herausforderungen

- Die Anzahl der übermittelten Emails zu Beginn einer Initiative stellte eine Herausforderung dar;
- Der Wechsel zwischen Allgemein- und Individualverfügung führte zur Verwirrung und unklarer Datenlage für die Letztverbraucher und Verteilnetzbetreiber;
- Endverbraucher hatten Schwierigkeiten die Berechnung der Reduktion der Individualverfügung nachzuvollziehen.

B. Technische Herausforderungen

- Verbesserung der Ansicht und Nutzungsfähigkeit der Sicherheitsplattform, z.B. bei der Anzeige von Hilfen und Hinweisen bei der Eingabe;

12. Regionale Dimension

- Bei der Bearbeitung der verschiedenen Marktlokations-IDs auf der Sicherheitsplattform werden bereits erfolgte Eingaben und abgespeicherte Zwischenstände nicht angezeigt.

Die nächste Krisenübung ist für den 21. September 2023 geplant. Das konkrete Szenario befindet sich derzeit (Stand 04. Juli 2023) noch in der Erarbeitung. Gegenüber der Übung im Februar 2023 sollen nun zusätzlich auch die Speicherverfügungen vertieft geübt werden, sodass auch Speichernutzer und -betreiber teilnehmen. Mit ausgewählten Bundesländern soll zudem der Prozess der Vollstreckungshilfe geübt werden.

12. Regionale Dimension

Gemäß Anhang I der VO (EU) 2017/1938 ist Deutschland, zusammen mit den im folgenden aufgeführten weiteren EU-Mitgliedstaaten, Teil der folgenden acht von insgesamt 13 Risikogruppen und engagiert sich in der Erstellung der gemeinsamen Risikobewertungen innerhalb dieser Gruppen:

Risikogruppe „Gasversorgung Ost“

- **Ukraine:** Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Kroatien, Italien, Luxemburg, Ungarn, Österreich, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei und Schweden;
- **Belarus:** Belgien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Polen, Slowakei, Finnland und Schweden;
- **Ostsee:** Belgien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Slowakei und Schweden;
- **Nordost:** Tschechien, Dänemark, Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Finnland und Schweden;

Risikogruppe „Gasversorgung Nordsee“

- **Norwegen:** Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal und Schweden;
- **Niederkalorisches Gas (L-Gas):** Belgien, Deutschland, Frankreich und Niederlande;
- **Dänemark:** Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Polen und Schweden;
- **Vereinigtes Königreich:** Belgien, Deutschland, Irland, Luxemburg und Niederlande.

Deutschland fungierte bis zum Frühjahr 2023 für die Risikogruppe „Gasversorgung Ost – Ostsee“ als Koordinator und reichte am 19. April 2023 gemäß Artikel 7 Absatz 2 VO (EU) 2017/1938 die regionale Risikobewertung bei der EU-Kommission ein.

12.1. Mechanismen für die Zusammenarbeit

Grundsätzlich liegt die Koordinierung des Informationsflusses zwischen den Mitgliedstaaten auf allen drei Krisenstufen bei der EU-Kommission. Das BMWK ist zentraler Ansprechpartner für die gasinfrastrukturell verbundenen Mitgliedstaaten, der EU-Kommission und darüber hinaus und gewährleistet den entsprechenden Informationsfluss.

Da Engpasssituationen sehr unterschiedlich aussehen können und Reaktionen auf der Grundlage umfassender Informationen erfordern, besteht das grundlegende und wichtigste Anliegen der Risikogruppen darin, den Informationsfluss zwischen den Mitgliedstaaten und relevanten Interessensvertretern der Risikogruppe in einer Krisensituation zu gewährleisten.

Der Kooperationsmechanismus innerhalb der Risikogruppe unterliegt den Koordinierungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten, Fernleitungsnetzbetreibern, Regulierungsbehörden und sonstigen Informationsberechtigten der verschiedenen Krisenstufen. Ziel ist es, den relevanten Informationsberechtigten detaillierte Informationen über den Grund für eine und die Auswirkungen einer Krisensituation zu liefern und potentielle,

12. Regionale Dimension

miteinander vereinbarte Lösungen zu koordinieren, um negative Auswirkungen einer Versorgungskrise zu verhindern oder abzuschwächen.

Generell arbeiten die Fernleitungsnetzbetreiber eng mit den FNB der anderen Mitgliedstaaten der Gruppe zusammen, insb. im Rahmen des regionalen Koordinierungssystems für Gas (ReCo), etabliert durch den Verband der Europäischen Fernleitungsnetzbetreiber (ENTSO-G) gemäß Artikel 3 Absatz 6 VO (EU) 2017/1938. Auf Ebene der Mitgliedstaaten findet dieser Austausch im Rahmen der Koordinierungsgruppe Gas (Gas Coordination Group, GCG) gemäß Artikel 4 VO (EU) 2017/1938 statt. Wenn ein Versorgungsengpass absehbar ist, setzen sich die FNB mit den FNB in den anderen der Risikogruppe angehörigen Mitgliedstaaten in Verbindung. Soweit möglich verständigen sie sich auf die grenzüberschreitende Koordinierung von Maßnahmen, einschließlich des Informationsaustauschs über notwendige marktbasierende Maßnahmen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen.

Die Aktivierung des ReCo-Teams erfolgt durch die 24-Stunden-Einsatzteams der Fernleitungsnetzbetreiber und von ENTSO-G. Nach den Treffen unterrichtet ENTSO-G die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators, ACER) und die EU-Kommission.

Wenn die Notfallstufe ausgerufen wurde, stehen die Lastverteiler der den Risikogruppen angehörigen Mitgliedstaaten und darüber hinaus im engen Kontakt miteinander, insbesondere wird über das erwartete Ausmaß notwendiger grenzüberschreitender Lastflusseinschränkungen informiert.

12.2. Kürzung von grenzüberschreitenden Flüssen im Rahmen ihrer Rolle der BNetzA als Bundeslastverteiler in einer akuten Engpasssituation

Der Bundeslastverteiler greift im Falle einer Gasmangellage auch auf das Instrument der Einschränkung von grenzüberschreitenden Transporten zu. Mit der sogenannten Exportreduktionsverordnung adressiert der Bundeslastverteiler die an den Grenzübergangspunkten aktiven Fernleitungsnetzbetreiber. Mit diesem Instrument zur Behebung der Gasmangellage wird verfügt, dass in Abhängigkeit zu den zu diesem Zeitpunkt aktuellsten Verbräuchen eine Obergrenze für Exporte ermittelt wird. Über diese Obergrenze hinausgehende Exporte werden dann von den deutschen Fernleitungsnetzbetreibern in Form von Nominierungsbeschränkungen zurückgewiesen. Das Konzept des Bundeslastverteilers sieht vor, dass die Exportreduktionsverordnung punktscharf auf alle exportierenden Grenzübergangspunkte mit jeweils spezifischen, verhältnismäßigen und diskriminierungsfreien Obergrenzen zu Anwendung kommt.

Die BNetzA stellt sicher, dass die hier beschriebenen Kürzungen gemäß Artikel 10 Absatz 4 VO (EU) 2017/1938 die grenzüberschreitenden Gasflüsse nicht unangemessen einschränken.

Die BNetzA hat im Mai 2023 per Email sowie am 15. Juni 2023 in der Koordinierungsgruppe Gas (GCG) über das oben genannte Vorgehen alle infrastrukturell mit Deutschland verbundenen EU-Mitgliedstaaten informiert und nach weiteren Informationen von diesen Ländern gefragt, um eine mögliche Umsetzung so gut wie möglich auf die spezifischen Bedarfe der einzelnen EU-

12. Regionale Dimension

Mitgliedstaaten abzustimmen. Bis dato (Stand 13. Juni 2023) erhielt die BNetzA keine Informationen von den angeschriebenen Ländern, die für die weitere Vorbereitung dieser Krisenvorsorgemaßnahmen notwendig wären. Die EU-Kommission ist über diesen Vorgang informiert.

12.3. Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten in einer akuten Engpasssituation

Deutschland ist gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 verpflichtet, infrastrukturell verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien, marktbasiert und nicht-marktbasiert „solidarisch“ in einer schweren Gasmangellage Gas zur Verfügung zu stellen. Diese Verpflichtung gilt unabhängig von einer grundsätzlich finanziellen prozeduralen und technischen Verständigung in bilateralen Solidaritätsabkommen. Bis dato (Stand Juli 2023) hat Deutschland mit Dänemark (14. Dezember 2020) und Österreich (01. Dezember 2021) bilaterale Solidaritätsabkommen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 abgeschlossen.

Deutschland hat allen mit ihm infrastrukturell verbundenen EU-Mitgliedstaaten die grundständigen allgemeinen Regelungen für die Erfüllung der in Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 in Form von Entwürfen für bilateralen Solidaritätsabkommen mitgeteilt. Darüber hinaus hat Deutschland allen entsprechenden EU-Mitgliedstaaten detailliert die technischen Prozesse mitgeteilt, die diese EU-Mitgliedstaaten erfüllen müssen, damit diese die in Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 festgelegten Solidaritätsverpflichtungen aus Deutschland abrufen können. Diese Prozesse sind detailliert Anhang IV beschrieben. Deutschland alle Prozesse vorbereitet und umgesetzt, damit seine infrastrukturell mit Deutschland verbundenen Nachbarstaaten, inkl. Italien, Gassolidarität in einer schweren Gasmangellage anfragen und adäquat abwickeln können. Somit erfüllt Deutschland die Anforderungen nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe m und Anhang VII Nummer 8.3 der VO (EU) 2017/1938.

Deutschland hat zuletzt am 13. Januar 2023 seine infrastrukturell verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien, aufgefordert, diese notwendigen Prozesse umzusetzen, um gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 auch technisch Solidaritätsgas aus Deutschland erhalten zu können (vgl. hierzu Anhang IV). Somit ist allen mit Deutschland infrastrukturell verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien, mitgeteilt worden, wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von Deutschland umgesetzt wird bzw. wie Deutschland seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber diesen EU-Mitgliedstaaten erfüllen wird.

Darüber hinaus forderte Deutschland seine Nachbarstaaten, inkl. Italien, am 13. Januar 2023 dazu auf, ihrerseits die technischen Voraussetzungen mitzuteilen, die Deutschland zu erfüllen hat, damit Deutschland bei seinen Nachbarstaaten, inkl. Italien, um Gassolidarität anfragen kann. Zudem wurde, zum wiederholten Mal, diese Nachbarstaaten aufgefordert, die bilateralen Verhandlungen zu den Solidaritätsabkommen wieder aufzunehmen und zu finalisieren, mit denen noch keine bilateralen Vereinbarungen bestehen. Bis dato (Stand Juli 2023) ging eine umfassende Antwort von Österreich ein; weitere Rückmeldungen erfolgten von Belgien und Luxemburg. Somit ist eine adäquate Abwicklung von Solidaritätsanfragen von Deutschland an

12. Regionale Dimension

Nachbarstaaten, inkl. Italien, und reziprok aktuell nur vollständig mit Österreich möglich.

Die EU-Kommission ist über den Stand der in diesem Kapitel genannten Vorgänge informiert.

Überblick über den Stand der Verhandlungen und Rückmeldungen bzgl. Artikel 13 (10) Satz 2 VO (EU) 2017/1938 zum Abschluss von technischen, rechtlichen und finanziellen Regelungen mittels bilateraler Solidaritätsabkommen von infrastrukturell mit Deutschland verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien.

- **Belgien:** Ein Entwurf für ein bilaterales Solidaritätsabkommen wurde zuletzt im Frühjahr 2022 von Deutschland an Belgien per Ministerbrief übersendet, im Nachgang erfolgten entsprechende Rücksprachen auf Fachebene ohne Ergebnis. Am 29. März 2023 teilte Belgien Deutschland mit, dass die belgische Rechtslage zur Umsetzung von Krisenmaßnahmen Anpassungen unterworfen ist und somit Deutschland nicht mitgeteilt werden könne, wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 umgesetzt werden kann.
Für Deutschland ist somit aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie Belgien seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.
- **Frankreich:** Ein Entwurf für ein bilaterales Solidaritätsabkommen wurde im Frühjahr 2022 von Deutschland an Frankreich übersendet, im Nachgang vorangegangener fachlicher Austausche. Ein kurzer fachlicher Austausch fand zuletzt im Oktober 2022 statt, der im Abschluss einer bilateralen Absichtserklärung „Solidaritätsbekundung Energie“ mündete, unterzeichnet von Bundeskanzler Scholz und Premierministerin Borne. Frankreich und Deutschland bekräftigten hier, zeitnah ein bilaterales Solidaritätsabkommen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 abschließen zu wollen. Eine Rückmeldung aus Frankreich steht bis dato weiterhin aus. Für Deutschland bleibt unklar, wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von Frankreich umgesetzt werden kann.
Für Deutschland ist aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von Frankreich umgesetzt werden bzw. wie Frankreich seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.
- **Italien:** Ein aktueller Entwurf für ein bilaterales Solidaritätsabkommen liegt Italien und Deutschland Anfang Juni 2023 vor. Bereits für Ende März 2022 war die Unterzeichnung geplant; jedoch hatte Italien im letzten Augenblick seine Bereitschaft zur Unterzeichnung zurückgezogen. Darüber hinaus ist der notwendige Einbezug der Schweiz als transitierendes Drittstaat gemäß Artikel 13 Absatz 2 Satz 1 VO (EU) 2017/1938 notwendig; Italien und Deutschland liegt ein Vereinbarungsentwurf mit der Schweiz vor, damit die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 der Verordnung grundsätzlich sichergestellt werden können.
Für Deutschland ist aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von

12. Regionale Dimension

Italien umgesetzt werden bzw. wie Italien seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.

- **Luxemburg:** Ein Entwurf für ein bilaterales Solidaritätsabkommen wurde im Frühjahr 2022 von Deutschland per Ministerbrief übersendet, im Nachgang entsprechender Rücksprachen auf Fachebene.
Am 05. Mai 2023 teilte Belgien Deutschland mit, dass die der Fernleitungsnetzbetreiber Creos Luxembourg S.A. (CREOS) gegenüber Deutschland zur technischen und finanziellen Abwicklung von marktbasieren und nicht-marktbasieren Anfragen von Solidaritätsgas berechtigt ist. Allerdings teilte Luxemburg Deutschland mit, dass die gesetzliche Grundlage, die das mit der Anfrage von Solidaritätsgas aus Deutschland zusammenhängende finanzielle Risiko und den möglichen Liquiditätsbedarf der CREOS bei der Ausübung seiner Aufgabe adressiert, aktuell nicht besteht. Zur technischen Abwicklung hat CREOS bereits einen Bilanzkreisvertrag beim deutschen Marktgebietsverantwortlichem Gas, der Trading Hub Europe GmbH (THE); gleichsam ist CREOS bei der Prisma European Capacity Platform GmbH zur Buchung von Kapazitäten für die Durchleitung registriert. Unklarheit besteht bei Luxemburg über den Standard-Gasverkaufsvertrag, der für die technische und finanzielle Abwicklung von Solidaritätsgas notwendig wäre.
Im Falle einer Solidaritätsanfrage von Deutschland an Luxemburg, und vorausgesetzt der gemeinsame belgisch-luxemburgische Gasmarkt ist noch nicht außer Kraft gesetzt, werden nach der Einschätzung Luxemburgs die angeforderten Gasmengen nur über den bidirektionalen belgisch-deutschen Grenzübergangspunkt Eynatten möglich sein, da der Grenzübergangspunkt Remich zwischen Deutschland und Luxemburg aus technischen Gründen und aus heutiger Sicht nur den Gastransport von Deutschland nach Luxemburg ermöglicht.
Zur Umsetzung von marktbasieren Solidaritätsanfragen aus Deutschland arbeitet Luxemburg aktuell zusammen mit Belgien an einer gemeinsamen Plattform, auf der Marktteilnehmende aus Belgien und Luxemburg Gas anbieten können. Nach vollständiger Ausschöpfung der marktbasieren Maßnahmen würden sowohl Luxemburg, als auch Belgien jeweils individuell auf die Solidaritätsanfragen ihrer infrastrukturell verbundenen EU-Nachbarstaaten mit nicht-marktbasieren Maßnahmen reagieren können.
Für Deutschland ist aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von Luxemburg umgesetzt werden bzw. wie Luxemburg seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.
- **Niederlande:** Ein Entwurf eines bilateralen Solidaritätsabkommens wurde im Frühjahr 2022 von Deutschland an die Niederlande per Ministerbrief übersendet.
Für Deutschland ist aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von den Niederlanden umgesetzt werden bzw. wie die Niederlande seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.

12. Regionale Dimension

- **Polen:** Seit April 2022 erhält Deutschland keine Rückmeldung Polens zum Verhandlungsstand des durch Deutschland übersendeten Entwurf für ein bilaterales Solidaritätsabkommen, trotz mehrerer Gespräche, auch auf Minister- und Staatssekretärs-Ebene und Zusage Polens bereits im Dezember 2021, dass man sich inhaltlich final auf ein Solidaritätsabkommen verständigt habe.
Für Deutschland ist aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von Polen umgesetzt werden bzw. wie Polen seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.
- **Tschechien:** Ein Entwurf für ein bilaterales Solidaritätsabkommen lag nach intensiven Verhandlungen im Jahr 2021/ 2022 unter Einbeziehung von Marktakteuren und Regulierungsbehörden beider Seiten vor. Beide Energieminister hatten sich zuletzt im Juli 2022 in einer bilateralen Absichtserklärung gegenseitig zugesichert, dass das Abkommen finalisiert und unterschrieben werden solle. Seit September 2022 erhält Deutschland keine Kommunikation seitens Tschechiens, um den Prozess final abzuschließen.
Für Deutschland ist aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von Tschechien umgesetzt werden bzw. wie Tschechien seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.
- Mit **Dänemark** und **Österreich** hat Deutschland am 14. Dezember 2020 bzw. 01. Dezember 2021 bilaterale Solidaritätsabkommen abgeschlossen. Mit Österreich hat Deutschland hinaus die gegenseitigen Prozesse zur technischen Abwicklung von Solidaritätsgas ausgetauscht.
Für Deutschland ist aktuell unklar (Stand Juli 2023), wie die Anwendung des Grundsatzes der Solidarität gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 von Dänemark umgesetzt werden bzw. wie Dänemark seine Solidaritätsverpflichtungen gemäß Artikel 13 VO (EU) 2017/1938 gegenüber Deutschland erfüllen wird.

I. Anhang: Schätzung der Gasmengen, die von durch Solidarität geschützten Kunden verbraucht werden können

I. Anhang: Schätzung der Gasmengen, die von durch Solidarität geschützten Kunden verbraucht werden können

Definition geschützter und nicht-geschützter Kunden

Deutschland definiert die Gruppe geschützter Kunden gemäß Artikel 6 Absatz 1 VO (EU) 2017/1938 in § 53a EnWG Sicherstellung der Versorgung von Haushaltskunden mit Erdgas wie folgt:

1. **Haushaltskunden sowie weitere Letztverbraucher im Erdgasverteilernetz, bei denen standardisierte Lastprofile** anzuwenden sind, oder **Letztverbraucher im Erdgasverteilernetz, die Haushaltskunden zum Zwecke der Wärmeversorgung beliefern** und zwar zu dem Teil, der für die Wärmelieferung benötigt wird. Letztere können z.B. Letztverbraucher sein, die Blockheizkraftwerke im Quartier betreiben und auf Erdgas zum Betrieb der Wärmeerzeugung angewiesen sind.
 Letztverbraucher mit standardisierten Lastprofilen sind Erdgaskunden bei denen die Ausspeiseleistung maximal 500 kWh/Stunde beträgt und die jährliche Gasentnahme 1.500 MWh nicht überschreitet. Hierunter fallen regelmäßig kleine und mittlere Unternehmen der Sektoren Gewerbe, Handel und Dienstleistungen.

2. **Grundlegenden soziale Dienste** beinhalten Dienste in den Bereichen Gesundheitsversorgung, essentielle soziale Versorgung, Notfallversorgung, Sicherheit, Bildung oder öffentliche Verwaltung. Gemeint sind hier nur die Erbringer des grundlegenden sozialen Dienstes selbst, nicht ihre Dienstleister und Zulieferer.

Tabelle 7: Beispiele grundlegender sozialer Dienste

Kategorie	Beispiel
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Angebote der Kindertagesbetreuung - Schulen - Hochschulen
Gesundheitsversorgung	<ul style="list-style-type: none"> - Krankenhäuser - Medizinische Versorgungszentren - Arztpraxen
Grundlegende soziale Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> - Betrieb von Gas- und Stromnetzen - Stromversorger - Wasserversorger - Abwasserbeseitiger - Abfallentsorger - Altenheime - Pflegeheime
Notfall	<ul style="list-style-type: none"> - Feuerwehr - Technisches Hilfswerk (THW) - Rettungsdienste
Öffentliche Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben – darunter sind die Tätigkeiten zu verstehen, die ein öffentliches Gemeinwesen kraft öffentlichen Rechts zwingend zu erfüllen hat

I. Anhang: Schätzung der Gasmengen, die von durch Solidarität geschützten Kunden verbraucht werden können

Sicherheit

- Polizei
- Justizvollzugsanstalten
- NATO
- Bundeswehr

3. **Fernwärmeanlagen**, die keinen Brennstoffwechsel vornehmen können, insoweit sie Haushaltskunden, Standardlastprofilkunden und solche Kunden beliefern, die grundlegende soziale Dienste erbringen.

Als nicht-geschützte Kunden verbleiben diejenigen Kunden, die nicht in den oben genannten Kategorien genannt sind.

Gasversorgungsunternehmen haben im Falle einer teilweisen Unterbrechung der Versorgung mit Erdgas oder im Falle außergewöhnlich hoher Gasnachfrage oben genannte Kunden mit Erdgas zu versorgen, solange die Versorgung aus wirtschaftlichen Gründen zumutbar ist. Zur Gewährleistung einer sicheren Versorgung dieser Kunden mit Erdgas kann insbesondere auf marktbasierende Maßnahmen zurückgegriffen werden.

Tabelle 8: Schätzung des Erdgasverbrauchs der Kundenstrukturen in Anlehnung an § 53a EnWG für das Jahr 2021

Kunden im Sinne von § 53a EnWG	Kategorie	Mrd. kWh	Anteil
geschützte Kunden	Privathaushalte und Wohnungsgesellschaften	314	31%
	Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	132	13%
	Fernwärmeversorgung	40	4%
	Systembedingter Eigenverbrauch	10	1%
nicht-geschützte Kunden	Industrie	364	36%
	Stromversorgung	121	12%
	Fernwärmeversorgung	30	3%
Verbrauch geschützter Kunden		496	49%
Verbrauch nicht-geschützter Kunden		516	51%

Quelle: Destatis, BDEW, Stand August 2022 (vorläufige Daten).

Definition lebenswichtiger Bedarf geschützter Kunden

Sowohl nicht geschützte als auch geschützte Kunden können lebenswichtigen Bedarf an Gas haben. Im Fall einer Gasmangellage dienen die Maßnahmen der BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler dazu, diesen lebenswichtigen Bedarf an Gas in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Gasmengen zu sichern. Geschützte Kunden genießen deshalb keinen absoluten Schutz. Die BNetzA in ihrer Rolle als Bundeslastverteiler kann aber nicht ausschließen, dass in einer Gasmangellage auch gegenüber geschützten Kunden Anweisungen ergehen, den Gasbezug zu reduzieren. Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass sie auf Anweisung der Bundesnetzagentur ihren Gasbezug vollständig einstellen müssten.

Im Falle einer Gasmangellage sollen geschützte Verbraucher auf den „Komfort“-Anteil ihres Gasbezugs verzichten, ohne dass durch Entscheidungen der Bundesnetzagentur der lebenswichtige Gasbedarf eingeschränkt wird. Bei den

I. Anhang: Schätzung der Gasmengen, die von durch Solidarität geschützten Kunden verbraucht werden können

nicht geschützten Kunden dürfte der Anteil des lebenswichtigen Bedarfs im Allgemeinen geringer sein als im Bereich der geschützten Kunden.

- Ein Beispiel für lebenswichtigen Bedarf bei nicht geschützten Kunden ist die Herstellung lebenserhaltender Medikamente, die nicht importiert werden können.
- Ein Beispiel für nicht lebenswichtigen Bedarf geschützter Kunden ist der Gasbezug, um private Pools oder eine Sauna zu heizen.

Diese Systematik macht es erforderlich, den lebenswichtigen Bedarf an Gas bei den nicht geschützten Kunden genauer zu definieren. Dazu ermittelte die BNetzA schutzbedürftige Bedarfe.

Auch die EU-Kommission sah diese Systematik in ihrem „*European Gas Demand Reduction Plan*“ im Jahr 2022 im Kontext der Bewältigung der Energiekrise vor. Der Plan sah den Gasbezug bei geschützten Kunden als teilweise nicht lebenswichtig an. Der „*European Demand Reduction Plan*“ enthielt den Vorschlag, die Raumwärme in Gebäuden der öffentlichen Verwaltung zu reduzieren. Umgekehrt erkannte er bestimmte Gasbezüge bei nicht geschützten Kunden als schützenswert an. Diese Definition wurde in der bis zum 18. Dezember 2023 befristeten EU (VO) 2022/2576 umgesetzt.

II. Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus

II. Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat aufgrund der Erwartungen zur Versorgungssituation mit Erdgas am 30. März 2022 zunächst die Frühwarnstufe und am 23. Juni 2022 die Alarmstufe nach dem nationalen Notfallplan ausgerufen. Aufgrund der Verlängerung der VO (EU) 2022/1369 über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage bis zum 31. März 2024 und der grundsätzlich geänderten Versorgungssituation im Vergleich zu den vergangenen Jahr bedarf es auf Bundesebene der Aufrechterhaltung notwendiger Maßnahmen/ Verordnungen, wobei die Anwendbarkeit ihrer Rechtsfolgen an die Aufrechterhaltung von Krisenstufen geknüpft ist. So kann adäquat auf die Versorgungssituation, auch kurzfristig, reagiert werden sowie die Wiederbefüllung der Erdgasspeicher, insb. mit Blick auf die Versorgung im Winter 2023/24, unterstützt bzw. gewährleistet werden.

Gemäß Artikel 7 Absatz 2 VO (EU) 2022/1369 listet Tabelle 9 die im Jahr 2022 getroffenen freiwilligen Maßnahmen, die in Deutschland umgesetzt wurden und zu einer Senkung der Gasnachfrage und die grundsätzlich zur Stabilisierung der Energieversorgung in der Notfallstufe beitragen können. Darüber hinaus besteht ein wichtiger Beitrag zur Vorbereitung auf eine potentielle Gasmangellage in der situationsangemessenen Einleitung von Maßnahmen, die der Einsparung von Erdgas dienen und zur Füllung der Erdgasspeicher genutzt werden können. Die öffentliche Wahrnehmung und Einsicht in die angespannte Situation und daraus resultierende freiwillige Gasverbrauchsreduzierungen sind ein wichtiger Beitrag, um drohende einschneidende Maßnahmen zu verhindern oder zumindest zu mildern.

Tabelle 9: In Deutschland im Jahr 2022 umgesetzte freiwillige Maßnahmen, die u.a. zu einer Senkung der Gasnachfrage beitragen können

#	Name der VO (Abkürzung)	Erläuterung/ Details	In Kraft seit
1.	Energiesicherungsgesetz (EnSiG)		
	A. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975 und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften (BT-Drs. 20/1501)	<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzt Verordnungsermächtigungen für Schaffung einer digitalen Plattform für Erdgas, für Abweichungen im Umweltrecht, Umsetzung von Regelungen zu Solidaritätsmaßnahmen für Erdgas - Regelungen für Treuhandverwaltung und Enteignung von Unternehmen der kritischen Infrastruktur - Regelung Preisanpassungsrecht nach § 24 EnSiG - Änderungen im EnWG, insbesondere zu Zugang zu LNG-Anlagen, Regelung für Haftungsfragen bei Gasspeichern - Änderung der GasSV zur Implementierung der digitalen Plattform 	22. Mai 2022
	B. Formulierungshilfe zur Änderung des EnSiG als Maßgabe zum Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz (EKGB)	<ul style="list-style-type: none"> - Änderung des BImSchG mit Einfügung der §§ 31a-31d für Fuel Switch (siehe hier auch Ausführungen zu laufender Nummer 10) - EnSiG: Ergänzung eines Entschädigungsanspruchs für Enteignungen Gasspeicher im Krisenfall (§ 11a) sowie Einfügung Regelungen zur 	12. Juli 2022

II. Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus

#	Name der VO (Abkürzung)	Erläuterung/ Details	In Kraft seit
		Kapitalmaßnahmen (§ 17a) sowie Regelungen zur Einführung einer Ermächtigung Gasumlage (§ 26) und zu Leistungsverweigerungsrechten (§§27, 28), Wirtschaftsstabilisierung (§ 29), Präventive Maßnahmen (§ 30)	
	C. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften (EnSiG 3.0)	<ul style="list-style-type: none"> - EnSiG 3.0 ändert die Verordnungsermächtigung für befristete Abweichungen der Betriebssicherheitsverordnung (betrifft Öllager); Streichung der §§ 27 und 28; Ergänzung § 30 (Transportprivilegierung) auch für Betriebs-, Hilfs- und Abfallstoffe - Änderung des BImSchG (Nachtabstaltung WEA) - EnWG, insbesondere zur Höherauslastung Netze (siehe laufende Nummer 19) sowie Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG), Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) etc. zu weiterem Hochlauf EE-Anlagen, Anpassung LNGG 	13. Oktober 2022
	D. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der Enteignungs- und Entschädigungsregelungen §§ 11, 12 EnSiG an Rechtsprechung BVerfG - Enteignungstatbestand § 23a EnSiG zu Gasröhren - EnWG-Änderung, u.a. Berichtspflicht Wasserstoffnetze 	01. Dezember 2022
2.	Energiesicherungstransportverordnung (EnSiTrV)	<ul style="list-style-type: none"> - Präventiv wirkende Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 30 EnSiG/ Tatbestandsvoraussetzung ist drohende Knappheit von Kohle, Erdgas oder Erdöl → geknüpft an Frühwarnstufe oder alternative Anlässe nach § 30 Absatz 2 EnSiG (wie z.B. Abruf von Kraftwerken nach §§ 50a-50d EnWG sein oder die Nichteinhaltung von Brennstoffvorgaben nach § 50b EnWG oder der Abruf von Mengen nach Erdölbevorratungsgesetz) - Ende der Präventivmaßnahme ist dann erreicht, wenn Krisenfall sicher vermieden ist, z.B. sobald kein Indikator mehr für die Krisenstufe vorliegt 	29. August 2022 BAnz AT 29. August 2022 V1
3.	Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (EnSikuMaV)	<ul style="list-style-type: none"> - Präventiv wirkende Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 30 EnSiG/ Tatbestandsvoraussetzung ist drohende Knappheit von Kohle, Erdgas oder Erdöl → geknüpft an Frühwarnstufe oder alternative Anlässe nach § 30 Absatz 2 EnSiG (wie z.B. Abruf von Kraftwerken nach §§ 50a-50d EnWG sein oder die Nichteinhaltung von Brennstoffvorgaben nach § 50b EnWG oder der Abruf von Mengen nach Erdölbevorratungsgesetz) - Ende der Präventivmaßnahme ist dann erreicht, wenn Krisenfall sicher vermieden ist, z.B. sobald kein Indikator mehr für die Krisenstufe vorliegt 	01. September 2022 BGBl I S. 1446
4.	Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen (EnSimiMaV)	<ul style="list-style-type: none"> - Präventiv wirkende Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 30 EnSiG/ Tatbestandsvoraussetzung ist drohende Knappheit von Kohle, Erdgas oder Erdöl → geknüpft an Frühwarnstufe oder alternative Anlässe nach § 30 Absatz 2 EnSiG (wie z.B. Abruf von Kraftwerken nach §§ 50a-50d 	23. September 2022 BGBl. I S. 1530

II. Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus

#	Name der VO (Abkürzung)	Erläuterung/ Details	In Kraft seit
		<p>EnWG sein oder die Nichteinhaltung von Brennstoffvorgaben nach § 50b EnWG oder der Abruf von Mengen nach Erdölbevorratungsgesetz)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ende der Präventivmaßnahme ist dann erreicht, wenn Krisenfall sicher vermieden ist, z.B. sobald kein Indikator mehr für die Krisenstufe vorliegt 	
5.	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (BlmSchG), §§ 31a bis 31l	<ul style="list-style-type: none"> - Regelungen für die kurzfristige Durchführung eines Fuel Switch, die Nutzung von Einsparmöglichkeiten, Beschleunigungsoptionen für Genehmigungsverfahren und Abweichungsmöglichkeiten für den Fall der Nicht-Verfügbarkeit erforderlicher Betriebsmittel - Setzen das Vorliegen einer „ernsten oder erheblichen Gasmangellage“ voraus (diese Voraussetzung wäre bei Zurückstufung von Alarmstufe auf Frühwarnstufe nicht mehr erfüllt und die geschaffenen Sonderregeln wären nicht mehr anwendbar) - Sofern die auf Grundlage der §§ 31a – 31l gewährten Ausnahmen nicht bereits aufgrund einer gesetzlichen Regelung bzw. auflösenden Bedingung entfallen, können die Zulassungsbescheide im Einzelfall widerrufen werden. 	<p>§§ 31a-d: 12.07.2022 BGBl. I S. 1054</p> <p>§ 31k: 13. Oktober 2022 BGBl. I S. 1726</p> <p>§§31e-j, l: 26. Oktober 2022 BGBl. I S. 1792</p>
6.	Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften (EKBG)	<ul style="list-style-type: none"> - EKBG schuf insb. die gesetzliche Grundlage für krisenbedingte Rückkehr von Kohlekraftwerken, die sich in verschiedenen Reserven befanden oder in absehbarer Zeit stilllegen mussten. Zu den auf dieser Grundlage erlassenen Abrufverordnungen (StaaV + VersResAbV) vgl. die beiden nachfolgenden Zeilen. - EKBG schuf VO-Ermächtigungsgrundlage zum Erlass von Maßnahmen zur Reduzierung der Gasverstromung, z.B. den befristeten vollständigen Ausschluss der Erzeugung elektrischer Energie durch den Einsatz von Erdgas („Gas-raus“-VO). Gas-raus-VO wurde bisher noch nicht erlassen. 	12. Juli 2022
7.	Verordnung zur befristeten Ausweitung des Stromerzeugungsangebots durch Anlagen aus der Versorgungsreserve (Versorgungsreserveabrufverordnung - VersResAbV)	Auf Grundlage der VersResAbV dürfen die fünf Braunkohlekraftwerke der Versorgungsreserve befristet an den Markt zurückkehren.	01. Oktober 2022
8.	Gesetz zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 08.10.2022 ("EnSiG 3.0"), §§ 49b, 50a EnWG - Stromangebotsausweitungsverordnung (StaaV)	<ul style="list-style-type: none"> - konkret betroffen: temporäre Höherauslastung des Höchstspannungsnetzes gem. § 49b EnWG - § 49b Absatz 1 S. 1 EnWG knüpft die temporäre Höherauslastung an die befristete Teilnahme von Netzreservekraftwerken am Strommarkt aufgrund von § 50a Absatz 1 EnWG in Verbindung mit § 1 Absatz 1 StaaV an. - Die befristete Teilnahme setzt nach § 50a Absatz 1 S. 1 EnWG und § 1 Absatz2 StaaV mindestens die Alarmstufe voraus. 	<p>§§ 49b, 50a EnWG: 13. Oktober 2022 BGBl. I S. 1726</p> <p>§ 1 StaaV: 01. Oktober 2022 BAnz AT 30. September 2022 V1</p>
9.	Förderrichtlinien „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft – Zuschuss und Kredit“ und „Bundesförderung für Energie- und	Über die „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ (Eew) werden Investitionen u.a. in Energieeffizienzmaßnahmen	10. August 2022

II. Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus

#	Name der VO (Abkürzung)	Erläuterung/ Details	In Kraft seit
	Ressourceneffizienz in der Wirtschaft – Förderwettbewerb“	in Industrie und Gewerbe gefördert. Aufgrund der Energiekrise wurde folgendes beschlossen: <ul style="list-style-type: none"> - Wenn der Einsatz geförderter Erdgas-betriebener Anlagen durch die Verwendung von Redundanzenanlagen auf Basis z.B. Öl ersetzt wird, ist das nicht förderschädlich. - Bivalente Brenner, die neben Erdgas auch Öl nutzen können, sind ebenso nicht förderschädlich Diese Ausnahmen gelten nur für den Zeitraum in dem die Alarmstufe oder die Notfallstufe des nationalen Notfallplans Gas ausgerufen ist.	
10.	Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen sowie zur Änderung von § 246 Baugesetzbuch (BauGB)	Gesetz sieht neben Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen (erhöht durch zusätzliche VO) auch Instrumente vor, mit denen der Marktgebietsverantwortliche (Trading Hub Europe) tätig werden kann, um die Füllstandsvorgaben zu erfüllen.	30. April 2022
11.	Verordnung zur Zurverfügungstellung unterbrechbarer Speicherkapazitäten zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit	Die Rechtsverordnung dient der frühzeitigen Befüllung von Gasspeichern mit besonders niedrigem Füllstand. Sie sieht vor, dass die Betreiber von Gasspeicheranlagen mit besonders niedrigem Füllstand dem Marktgebietsverantwortlichen die Speicherkapazitäten in Höhe der nicht genutzten Speicherkapazitäten auf unterbrechbarer Basis zur Verfügung zu stellen haben, was insbesondere für die zeitnahe Aufnahme der Befüllung des Speichers Rehden durch Trading Hub Europe notwendig war.	02. Juni 2022
12.	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen anlässlich eines Brennstoffwechsels wegen einer ernsten oder erheblichen Gasmangellage (Brennstoffwechsel-Gasmangellage-Verordnung - BG-V)	Die VO sieht bestimmte befristete Ausnahmen für den Wechsel des Brennstoffes oder für die Erhöhung von Lagerkapazitäten aufgrund einer ernsten oder erheblichen Gasmangellage von der VO über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vor. Die Bestimmungen zielen darauf ab, die Verfahren zur Errichtung, wesentlichen Änderung und Betrieb von insbesondere Lageranlagen, die für einen Brennstoffwechsel benötigt werden, kurzfristig zu beschleunigen und zu erleichtern. Gleichzeitig soll ermöglicht werden, die Lagerkapazität für Mineralöltanks kurzfristig zu erhöhen, um so zusätzlich zur Versorgungssicherheit beizutragen.	26. Oktober 2022
13.	Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Rahmen des Gesetzes zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften vom 8. Oktober 2022 (EnSiG 3.0)	<ul style="list-style-type: none"> - Befristetes Aussetzen der Bemessungsleistungsgrenze für Biogasanlagen in den Kalenderjahren 2022 und 2023 - Vorübergehende Flexibilisierung der Voraussetzungen für den sog. Güllebonus von Altanlagen im Zeitraum 13. Oktober 2022 bis 30. April 2023 - Vorübergehende Ausweitung der EEG-Ausschreibungen für PV-Freiflächenanlagen bis zu einer installierten Leistung von 100 MW im Jahr 2023 	zu 1./ 2.: 13. Oktober 2022 zu 3.: 01. Januar 2023
14.	Elektrizitätssicherungsverordnung (EltSV)	<ul style="list-style-type: none"> - Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 1 EnSiG - Inkrafttreten geknüpft an die Feststellung des Krisenfalls geknüpft (VO nach § 3 Absatz 3 EnSiG) 	26. April 1982 (BGBl. I S. 514)

II. Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus

#	Name der VO (Abkürzung)	Erläuterung/ Details	In Kraft seit
15.	Gassicherungsverordnung (GasSV)	- Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 1 EnSiG - Inkrafttreten geknüpft an die Feststellung des Krisenfalls (= Notfallstufe= geknüpft (VO nach § 3 Absatz 3 EnSiG)	26. April 1982 (BGBl. I S. 517)
16.	Heizöl-Lieferbeschränkungs-Verordnung (HeizölLBV)	- Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 1 EnSiG - Inkrafttreten geknüpft an die Feststellung des Krisenfalls geknüpft (VO nach § 3 Absatz 3 EnSiG)	26. April 1982 (BGBl. I S. 536)
17.	Kraftstoff-Lieferbeschränkungs-Verordnung (KraftstoffLBV)	- Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 1 EnSiG - Inkrafttreten geknüpft an die Feststellung des Krisenfalls geknüpft (VO nach § 3 Absatz 3 EnSiG)	26. April 1982 (BGBl. I S. 520)
18.	Mineralölausgleichs-Verordnung (MinÖIAV)	- Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 1 EnSiG - Inkrafttreten geknüpft an die Feststellung des Krisenfalls geknüpft (VO nach § 3 Absatz 3 EnSiG)	13. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2267)
19.	Energiesicherungsgesetzentschädigungsverordnung (EnSiGEntschV)	- Verordnungen entsprechend Energiesicherungsgesetz, § 1 EnSiG - Anwendungsbereich bedingt Enteignungen im Krisenfall, dies ist geknüpft an die Feststellung des Krisenfalls/ Notfallstufe geknüpft (VO nach § 3 Absatz 3 EnSiG)	16. September 1974 (BGBl. I S. 2330)

Über die in Tabelle 9 umgesetzten rechtlichen Grundlagen hinaus haben die Bundesregierung und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ein breites Portfolio an Maßnahmen ergriffen, um die Vorsorge zu stärken und die Versorgungssicherheit mit Erdgas in Deutschland zu gewährleisten. Dazu zählen insbesondere folgende Maßnahmen:

Einkauf von Erdgas:

Das BMWK hat bereits im März 2022 über den Marktgebietsverantwortlichen Gas, Trading Hub Europe GmbH (THE), Erdgas beschaffen lassen. Insgesamt konnten rd. 950 Mio. m³ Erdgas erworben werden, die bis Ende Mai 2022 in die Erdgasspeicher eingebracht wurden.

Sicherung der Liquidität der Akteure auf dem Markt für Gaseinkauf

Um das Funktionieren des Energiemarktes - und damit der Energieversorgung - sicherzustellen und besonders betroffenen Unternehmen angesichts der stark gestiegenen Erdgaspreise die notwendige Liquidität zu sichern, hat die Bundesregierung mit KfW-Krediten unterstützt. Zusätzlich hat die Bundesregierung, als Teil des Schutzschildes für vom Ukraine-Krieg betroffenen Unternehmen, ein neues Absicherungsinstrument geschaffen. Hierbei geht es um Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln. Sie müssen Sicherheitsleistungen (sog. Margins) finanzieren, die umso höher sind, je stärker die Preise steigen. Damit die Energiehändler genug Liquidität haben, stellt die Bundesregierung finanzielle Mittel in Form von Kreditlinien der KfW bereit und sichert sie über eine Bundesgarantie ab.

II. Anhang: In Deutschland umgesetzte Maßnahmen zur Bewältigung der angespannten Versorgungssituation mit Erdgas im Jahr 2022 und darüber hinaus

Gasspeichergesetz

Das am 25. März 2022 vom Deutschen Bundestag verabschiedete „Gasspeichergesetz“ ist am 30. April 2022 in Kraft getreten. Es regelt, dass Gasspeicher zu Beginn der Heizperiode fast vollständig gefüllt sein müssen, um sicher durch den Winter zu kommen. Dafür werden konkrete Füllstände vorgegeben: Zum 01. Oktober müssen die Speicher zu 80 Prozent gefüllt sein, zum 01. November zu 90 Prozent und am 01. Februar immer noch zu 40 Prozent.

Befüllung des größten Gasspeichers Rehden sowie weiterer Gasspeicher

Um ausreichende Füllstände von Gasspeichern in Deutschland sicherzustellen, wurde am 01. Juni 2022 eine Ministerverordnung erlassen, die am 02. Juni 2022 in Kraft getreten ist. Diese Verordnung ermöglicht es, Erdgasspeicheranlagen mit besonders niedrigen Ständen rechtzeitig aufzufüllen. Damit konnte auch Deutschlands größter Gasspeicher in Rehden, der vormals historisch niedrige Stände aufwies, befüllt werden. Die Einspeicherung erfolgt durch den Marktgebietsverantwortlichen Gas Trading Hub Europe GmbH (THE), der für diese Aufgabe Kreditlinien für die Einspeicherung erhielt.

Der Gasspeicher in Rehden stand im Eigentum der Gazprom-Germania-Gruppe, die im Verlauf des Jahres 2022 durch die Bundesregierung unter Treuhand gestellt und letztlich durch die Bundesregierung übernommen wurde (heute Securing Energy for Europe GmbH, SEfE). Anders als Speicher anderer Eigentümer wurde u.a. der Speicher in Rehden in den Jahren 2021/ 2022 nur in geringfügigem Maß befüllt. Erst durch die Aktivitäten der THE stiegen die Füllstände wieder.

Zügiger Ausbau der LNG-Infrastruktur

Deutschland hatte bis zum Winter 2022 keine Anlandeinfrastruktur für Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG). Ab dem Jahr 2022 trieb die Bundesregierung mit Hochdruck die Errichtung von sogenannten schwimmenden LNG-Terminals voran. Sie hat erstens vier Spezialschiffe, sogenannte Floating Storage Regasification Units (FSRU), gesichert, auf denen Flüssigerdgas wieder in Erdgas umgewandelt werden. Zweitens hat sie mit einem LNG-Beschleunigungsgesetz die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um den Bau der nötigen Anbindungen an Land zu beschleunigen. So konnten bereits ab dem Winter 2022/23 zwei FSRU-Schiffe in Betrieb gehen können und so LNG in das deutsche Gasversorgungsnetz eingespeist werden kann.

Absicherung der Treuhandverwaltung der Gazprom Germania-Gruppe (nunmehr Securing Energy for Europe GmbH, SEfE)

Um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, hat die Bundesregierung die Treuhandverwaltung der Gazprom Germania-Gruppe längerfristig abgesichert, durch Überführung der bisherigen Treuhand nach Außenwirtschaftsrecht in eine Treuhand nach dem Energiesicherungsgesetz und letztlich der vollständigen Eigentümerübernahme durch die Bundesregierung. Zugleich hat die Bundesregierung das durch Sanktionen von russischer Seite ins Straucheln geratene Unternehmen über ein Darlehen vor der Insolvenz bewahrt. Mit diesem Vorgehen behält die Bundesregierung den Einfluss auf diesen Teil der kritischen Energieinfrastruktur und verhindert eine Gefährdung der Energiesicherheit.

III. Anhang: Musterprotokoll für die Sitzungen des Krisenteams Gas

III. Anhang: Musterprotokoll für die Sitzungen des Krisenteams Gas

Vertraulich – Kenntnis nur wenn nötig

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat – Aktenzeichen

Sitzung Krisenteam Gas - Frühwarnstufe

Online, Tag, Datum, Uhrzeit/ Sitzungsdauer

– Protokoll –

Teilnehmende

- BMWK: N/N (Leitung)
- BNetzA: N/N (Leitung in Abwesenheit von N/N BMWK)
- FNB: N/N (Name FNB)
- MGV: N/N
- Vertretende der Bundesländer
 - Für Norddeutschland: N/N (Bundesland)
 - Für Ostdeutschland: N/N (Bundesland)
 - Für Süddeutschland: N/N (Bayern)
 - Für Westdeutschland: N/N (Nordrhein-Westfalen)
- Weitere Organisation: N/N
- BMI: N/N

Sitzungen des Krisenteam Gas – Frühwarnstufe

- Das BMWK hat am Mittwoch, 30. März 2022, 08:30 Uhr, die **Frühwarnstufe ausgerufen**.
- Seit Mittwoch, 30. März 2022 finden die „**Sitzungen des Krisenteam Gas**“ statt.
- **Ziel der Sitzungen des Krisenteams:** Nach Notfallplan Gas **berät das fachlich übergreifende Krisenteam das BMWK** im Vorfeld und im Verlauf einer Krise. Aufgabe des Krisenteams ist insbesondere die **Sicherstellung eines Konsultationsmechanismus** zwischen den an der Bewältigung der Krise beteiligten Akteuren. Dadurch soll der Austausch der notwendigen Informationen übergreifend gewährleistet werden.
- Die **Sitzungen des Krisenteams finden montags und donnerstags, 10:30-11:00 Uhr**, bis auf Weiteres statt. Sofern Bedarf besteht, finden Sitzungen des Krisenteams auch dienstags, donnerstags sowie an Wochenenden und Feiertagen statt. Um zu gewährleisten, dass das Krisenteam auch jederzeit ad hoc zu seinen Sitzungen zusammenkommen kann, wird eine Erreichbarkeit über Threema sichergestellt.

TOP 1: Lageeinschätzung durch FNB/MGV/Weiterer Organisation

- **Lastflüsse:** Beschreibung Netzsituation

Aus/ Nach	Entry/ Exit	Mengen (GWh/Tag)	Details	Vorheriger Bericht
AUT	Entry/ Exit	#		
BEL	Entry/ Exit	#		
CHE/ ITA	Entry/ Exit	#		

III. Anhang: Musterprotokoll für die Sitzungen des Krisenteams Gas

CZE	Entry/ Exit	#		
DNK	Entry/ Exit	#		
FRA	Entry/ Exit	#		
NLD/H-Gas	Entry/ Exit	#		
NOR	Entry/ Exit	#		
POL	Entry/ Exit	#		
LNG	Wilhelmshaven	#		
	Lubmin	#		
	Brunsbüttel	#		

- Bilanzkreise
- Regelenergie

Regelenergie Datum		Aktueller Börsenpreis	
L-Gas Verkauf	ca. # Euro/MWh	Einkauf	ca. # Euro/MWh
H-Gas Einkauf	ca. # Euro/MWh	Verkauf	ca. # Euro/MWh

- Speicher
- Händler
- Cyber
- Internationales

TOP 2: Aus Lageeinschätzung diskutierte und folgende Aktivitäten

TOP 3: Weitere Maßnahmen/ Aktivitäten im Kontext Krisenvorbereitung/ -management

TOP 4: Beratung/ Diskussion über Nicht-/ Ausrufung sowie Aufrechterhaltung einer Krisenstufe

TOP 5: Organisation

Stehende Hinweise

- **Krisensitzungen am Wochenende sowie Dienstags, Mittwochs und Freitags** werden über die eingerichtete Threema-Gruppe „Krisenteam/ -sitzung Gas“ einberufen; sensible Daten sollten nicht über Threema geteilt werden.
- **Zentrale Emailadresse BMWK** für über Krisenteam-hinausgehende Themen: lagezentrum@bmwk.bund.de.
- **Einbezug weiterer Organisationen:** Die Hinzuziehung weiterer Verbände und Organisationen (z.B. ÜNB, ggf. großer/ repräsentativer VNB, Börsenplatz) sowie zusätzlicher Vertreterinnen und Vertreter von Fernleitungsnetzbetreibern und Bundesländern zur Unterstützung der Arbeiten des Krisenteams wird situationsabhängig und entsprechend der Notwendigkeit an die Bewältigung der Krise beraten und gegebenenfalls angefragt.

Externe Kommunikation/ Medien

- **Inhalte dieses Protokolls sind nicht zu veröffentlichen.**
- **Tägliche Lageberichte der BNetzA:** Für die öffentliche Berichterstattung erfolgt eine separate werktägige Lageberichterstattung durch die BNetzA. Der Lagebericht ist bis 13:00 Uhr auf der Website der BNetzA, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/start.html, und via Twitter veröffentlicht. Dies ist auch der Verweis auf die „Ergebnisse des Krisenteams“.

III. Anhang: Musterprotokoll für die Sitzungen des Krisenteams Gas

- Weitere **Hintergrundinformationen zum Thema Krisenvorsorge** finden sich auf der Website der BNetzA, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/HintergrundFAQ/start.html.
- Bei **Presseanfragen** ist auf die Veröffentlichungen der BMWK-Pressestelle hinzuweisen. Ansprechpartner für spezielle Einzelfragen bzgl. Kommunikation ist *N/N*, BMWK.

IV. Anhang: Voraussetzungen für den Abruf von marktbasierem und nicht-marktbasierem Solidaritätsgas gemäß VO (EU) 2017/1938 aus Deutschland durch infrastrukturell mit Deutschland verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien

IV. Anhang: Voraussetzungen für den Abruf von marktbasierem und nicht-marktbasierem Solidaritätsgas gemäß VO (EU) 2017/1938 aus Deutschland durch infrastrukturell mit Deutschland verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien

1. Benennung Single Point of Contact (SPoC) ggü. Deutschland

- a. MS benennt offiziell einen Single Point of Contact (SPoC) gegenüber BMWK (buero-web4@bmwk.bund.de) nebst Kontaktdaten.
- b. MS ermächtigt SPoC im Namen des und für den MS marktbasierendes und nicht-marktbasierendes Solidaritätsgas von Deutschland anzufragen sowie technisch und finanziell abzuwickeln.
- c. Sobald sich der SPoC ändert, so benennt MS den geänderten SPoC offiziell gegenüber BMWK (buero-web4@bmwk.bund.de) ohne weitere Aufforderung durch Deutschland. Deutschland geht davon aus, dass immer der jeweils zuletzt benannte SPoC durch den MS befugt ist Solidaritätsgas anzufragen sowie technisch und finanziell abzuwickeln.

2. Eröffnung Bilanzkreis und Abschluss Bilanzkreisvertrag

- a. SPoC eröffnet einen Bilanzkreis (BK) in Deutschland bei Trading Hub Europe GmbH (THE) ODER benennt einen bereits vorhandenen Bilanzkreis, den der SPoC/ MS zur Abwicklung nutzen wird. Hierzu kontaktiert SPoC THE unter folgender Adresse market-development@tradinghub.eu, +49210259796404.
 - Bei der ersten Kontaktaufnahme des SPoC nimmt SPoC das BMWK in Kopie mit buero-web4@bmwk.bund.de.
 - Nach der Eröffnung des Bilanzkreises erhält der SPoC Zugang zum Kundenportal der THE unter <https://www.tradinghub.eu/en-gb/Portals/Custom-Portal>.
Die Nutzungsbedingungen des THE-Portals "Supplementary terms and conditions of THE for the use of portals" finden sich in ihrer jeweils aktuellsten Fassung unter „Portals“ unter <https://www.tradinghub.eu/en-gb/Download/Download-center-THE#la-129898-portals>.
- b. Für den Fall, dass der MS als SPoC offiziell ein Unternehmen, z.B. einen Fernleitungsnetzbetreiber, gegenüber dem BMWK benennt, das noch nicht als Bilanzkreisverantwortlicher bei THE registriert ist, übermittelt der SPoC zur Eröffnung des Bilanzkreises und zum Abschluss des Bilanzkreisvertrags folgende Informationen an THE (market-development@tradinghub.eu):
 - i. Vollständig ausgefüllte und unterschriebene Vorlage „Vollmacht des Unternehmens für den Nutzer“; dieses erhalten Sie bei der Registrierung im THE-Kundenportal;
 - ii. Gültige personenbezogene Unternehmens-Email-Adresse (keine Nutzung von Sammelpostfächer und keine allgemein zugänglichen Email-Domains wie zum Beispiel Gmail, Yahoo);
 - iii. Zustellfähige Geschäftsadresse laut Handelsregisterauszug für den Leistungsempfänger;
 - iv. Rechnungsempfänger;
 - v. Angabe einer Email-Adresse für den Empfang der Rechnung als *.pdf (nur Sammelpostfach und Unternehmens-Email-Adresse zulässig);

IV. Anhang: Voraussetzungen für den Abruf von marktbasierendem und nicht-marktbasierendem Solidaritätsgas gemäß VO (EU) 2017/1938 aus Deutschland durch infrastrukturell mit Deutschland verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien

- vi. Marktpartner-Code in der Rolle Bilanzkreisverantwortlicher
 - Codenummer für Marktteilnehmer des deutschen Gasmarkts der DVGW Service & Consult GmbH als Tochterunternehmen des DVGW - Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., mehr Informationen und Registrierung unter [https://codevergabe.dvgw-sc.de/ ODER](https://codevergabe.dvgw-sc.de/ODER)
 - Global Location Number (GLN), mehr Informationen und Registrierung unter: <http://www.gs1.org/standards/id-keys/gln>;
- vii. Code of the European Union Agency for Cooperation of Energy Regulators (ACER) für das Centralized European Register of Energy Market Participants (CEREMP), mehr Informationen unter <https://www.acer-remit.eu/portal/ceremp>;
- viii. Kontaktdaten relevanter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Unternehmens des SPoC;
- ix. Vollständige Bankverbindung des Unternehmens des SPoC (u.a. IBAN, BIC bzw. SWIFT);
- x. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer;
- xi. Digitale Zertifikate für die elektronische Übersendung von EDIFACT Geschäftsnachrichten sowie ggf. Angaben und Unterlagen zum gewünschten Kommunikationsweg im Sinne der 1:1 Kommunikation nach Maßgabe des Kommunikationsdatenblatts der THE, abrufbar unter https://www.tradinghub.eu/Portals/0/Kommunikationsdatenblatt/2022_THE%20Communication%20Data%20Sheet.pdf?ver=ppOSROukprm8t-OCIFdr5w%3d%3d;
- xii. Bei der Einschaltung von Dienstleistern (in dem Fall SPoC) vollständig ausgefüllte und unterschriebene Vorlage „Power of Attorney for Service Provider (Balancing Group Manager)“, abrufbar unter https://www.tradinghub.eu/Portals/0/Sicherheitsplattform%20Gas%20-%20Datenerhebung%20BNetzA/Dateien%2029.%20September%202022/BKV_EN_Power%20of%20attorney%20for%20Service%20Provider.pdf?ver=5_gxRY1beDA5yVv6IGLZJw%3d%3d.
- xiii. Handelsregisternummer;
- xiv. Handelsregisterauszug, der nicht älter als drei (3) Monate ist;
- xv. Soweit vorhanden: Bescheinigung des Hauptzollamtes für Erdgaslieferanten nach § 38 (3) Energiesteuergesetz (EnergieStG);
- xvi. Soweit vorhanden: Möglichkeit der Bereitstellung eines Nachweises eines zertifizierten Compliance-Management-Systems;
- xvii. Letzten drei (3) testierten Jahresabschlüsse beziehungsweise die Eröffnungsbilanz;
- xviii. (Europäisches) Führungszeugnis des Unternehmens des SPoC (bei natürlichen Personen) beziehungsweise aller Mitglieder der Geschäftsführung (bei juristischen Personen), der Prokuristen und des Nutzers im Original oder als beglaubigte Kopie. Auf dem Führungszeugnis sind alle Angaben mit Ausnahme von Vor- und Nachnamen, Geburtsdatum, Ausstellungsdatum und Inhalt vor der Übermittlung unkenntlich zu machen;
- xix. Zusicherung, dass gegenwärtig keine Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens des SPoC vorliegt und dass keine gerichtlichen

IV. Anhang: Voraussetzungen für den Abruf von marktbasierem und nicht-marktbasierem Solidaritätsgas gemäß VO (EU) 2017/1938 aus Deutschland durch infrastrukturell mit Deutschland verbundenen EU-Nachbarstaaten, inkl. Italien

Verfahren rechtshängig sind, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens führen werden;

- xx. Beglaubigte Kopie der Vorderseite des Personalausweises aller Mitglieder der Geschäftsführung und etwaiger Prokuristen sowie des Nutzers. Auf der Personalausweiskopie sind alle Angaben mit Ausnahme von Vor- und Nachnamen, Geburtsdatum, Unterschrift und Gültigkeitsdauer vor der Übermittlung unkenntlich zu machen. Eine fehlende Unkenntlichmachung der Angaben führt zur unverzüglichen Löschung der übersandten Kopie und ist neu i.S.d. Satzes 2 einzureichen.

Für den Fall, dass der MS kein Unternehmen als SPoC benennt bitten wir um die Koordination eines Gesprächstermins mit THE (market-development@tradinghub.eu) und BMWK (buero-web4@bmwk.bund.de) zur Klärung erforderlicher Unterlagen.

Der SPoC bzw. MS informiert das BMWK sobald der Bilanzkreisvertrag bei THE abgeschlossen ist.

3. Registrierung bei betroffenen Fernleitungsnetzbetreibern (FNBs)

SPoC registriert sich bei dem/ den potentiell betroffenen FNB, um Kapazitätsbuchungen Transportnominierungen vornehmen zu können (die Kapazitätsbuchung bei dem jeweiligen FNB erfolgt in der Regel über die Prisma-Plattform); hierfür ist der unter #2 registrierte Bilanzkreis zu nutzen.

Sollte SPoC nicht über einen Kontakt bei potentiell betroffenen Fernleitungsnetzbetreibern verfügen, so kontaktiert der SPoC bzw. der MS das BMWK (buero-web4@bmwk.bund.de).

4. Registrierung bei Prisma für Kapazitätsbuchung

SPoC registriert sich bei der Prisma European Capacity Platform GmbH zur Buchung von Kapazitäten; Registrierung unter <https://app.prisma-capacity.eu/registration/wizard/start>.

5. Zustimmung zu bilateralem Standard-Gasverkaufsvertrag

Für den Bezug von marktbasierter Solidarität schließen SPoC bzw. MS bilaterale Verträge mit im THE-Marktgebiet registrierten Bilanzkreisverantwortlichen. Hierfür wird idealerweise ein Standardvertrag verwendet.

SPoC bzw. MS informieren das BMWK (buero-web4@bmwk.bund.de) über ihre Perspektiven hierzu.

Sollten z.B. Standardverträge nach EFET verwendet werden, so müssten zu deren Abwicklung ähnliche Informationen wie unter #2b beschrieben den Bilanzkreisverantwortlichen vorgelegt werden.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
ACER	Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators)
ANB	Ausspeisenetzbetreiber
AUT	Österreich
BAnz	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BEL	Belgien
BG-V	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen anlässlich eines Brenn-stoffwechsels wegen einer ernsten oder erheblichen Gasmangellage, Brennstoffwechsel-Gasmangellage-Verordnung
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge, Bundesimmissionsschutzgesetz
BKV	Bilanzkreisverantwortlicher
BLastV	Bundeslastverteiler
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BNetzA	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CHE	Schweiz
CEREMP	Centralized European Register of Energy Market Participants
DSM	Demand-Side-Management
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
GasSpFüllstV	Verordnung zur Anpassung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen, Gasspeicherfüllstandsverordnung
GLN	Global Location Number
EE	Erneuerbare Energien
EEG	Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien, Erneuerbare-Energien-Gesetz
EEW	Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft
EEX	European Energy Exchange
EFET	Verband europäischer Energiehändler (European Federation of Energy Traders)
EG	Europäische Gemeinschaft
EKGB	Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangel-lage durch Änderungen des Energiewirtschafts-gesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften, Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz
EltSV	Verordnung zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung in einer Versorgungskrise, Elektrizitätssicherungsverordnung
ENB	Einspeisenetzbetreiber
EnergieStG	Energiesteuergesetz
EnSiG	Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung, Energiesicherungsgesetz
EnSiGEntschV	Verordnung über das Verfahren zur Festsetzung von Entschädigung und Härteausgleich nach dem Energiesicherungsgesetz, Energiesicherungsgesetzentschädigungsverordnung

Abkürzungsverzeichnis

EnSikuMaV	Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen, Kurzfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung
EnSimiMaV	Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen, Mittelfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung
EnSiTrV	Verordnung zur priorisierten Abwicklung von schienengebundenen Energieträgertransporten zur Sicherung der Energieversorgung, Energiesicherungstransportverordnung
ENTSO-G	Verband der Europäischen Fernleitungsnetzbetreiber für Erdgas (European Network for Transmission System Operators for Gas)
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung, Energiewirtschaftsgesetz
EU	Europäische Union
FNB	Fernleitungsnetzbetreiber
FRA	Frankreich
FSRU	Schwimmende Speicher- und Regasifizierungseinheit (Floating Storage Regasification Unit)
Gas-Einspar-VO	Verordnung (EU) 2022/1369 des Rates vom 05. August 2022 über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage
Gas-Notfall-VO	Verordnung (EU) 2022/2576 des Rates vom 19. Dezember 2022 über mehr Solidarität durch eine bessere Koordinierung der Gasbeschaffung, zuverlässige Preis-Referenzwerte und den grenzüberschreitenden Austausch von Gas
GasNZV	Verordnung über den Zugang zu Gasversorgungsnetzen, Gasnetzzugangsverordnung
GasSV	Verordnung zur Sicherung der Gasversorgung in einer Versorgungskris, Gassicherungsverordnung
GCG	Koordinierungsgruppe Erdgas (Gas Coordination Group)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWh	Gigawattstunde
HeizölLBV	Verordnung über Lieferbeschränkungen für leichtes Heizöl in einer Versorgungskrise, Heizöl-Lieferbeschränkungs-Verordnung
H-Gas	Hochkalorisches Erdgas (High-calorific gas)
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
ITA	Italien
KraftstoffLBV	Verordnung über Lieferbeschränkungen für Kraftstoff in einer Versorgungskrise, Kraftstoff-Lieferbeschränkungs-Verordnung
KoV	Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegeneren Gasversorgungsnetzen
kWh	Kilowattstunde
L-Gas	Niederkalorisches Erdgas (Low-calorific gas)
LNG	Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas)
LNGG	Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases, LNG-Beschleunigungsgesetz
LRD	Regelenergieprodukt Load Reduction
LTO	Long Term Options
MFT	Marktfahrplantooll
MGV	Marktgebietsverantwortlicher
MinÖIAV	Verordnung über einen Mineralölausgleich in einer Versorgungskrise, Mineralölausgleichs-Verordnung
MOL	Preisreihenfolge (Merit Order List)

Abkürzungsverzeichnis

MS	Mitgliedstaat	
MWh	Megawattstunde	
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Netzausbaubeschleunigungsgesetz	Übertragungsnetz,
NATO	Nordatlantikpakt (North Atlantic Treaty Organization)	
NLD	Niederlande	
NOR	Norwegen	
POL	Polen	
PV	Photovoltaik	
ReCo	Regionales Koordinierungssystem für Erdgas (Regional Coordination)	
RLM	Registrierte Leistungsmessung	
SEfE	Securing Energy for Europe GmbH	
SiPla	Sicherheitsplattform Gas	
SoS	Versorgungssicherheit (Security of Supply)	
SPoC	Zentrale Anlaufstelle (Single Point of Contact)	
SSBO	Strategische Optionen zur Vorhaltung von Gas (Strategic Storage-Based Option)	
StaaV	Verordnung zur befristeten Ausweitung des Stromerzeugungsangebots durch Anlagen aus der Netzreserve, Stromangebotsausweitungsverordnung	
STB	Short Term Balancing Services	
THE	Trading Hub Europe GmbH, Marktgebietsverantwortlicher Gas	
THW	Technisches Hilfswerk	
TK	Transportkunde	
TWh	Terrawattstunden	
UGSB	Untergrundspeicherbetreiber	
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber	
VersResAbV	Verordnung zur befristeten Ausweitung des Stromerzeugungsangebots durch Anlagen aus der Versorgungsreserve, Versorgungsreserveabrufverordnung	
VHP	Virtueller Handlungspunkt	
VNB	Verteilnetzbetreiber	
VO	Verordnung	
VS-nfD	Verschusssache - nur für den Dienstgebrauch	